

Nr. 12

'89

Dezember

Postver-

triebsstück

G 7426 E

Erscheint

monatlich

20. Jahrgang

Jahresabo

33,- DM

Einzelpreis

3,- DM

ISSN-Nr.

0936-1405

AIB DRITTE WELT ZEITSCHRIFT

- Afghanische Konsenssuche
- Zerbrechlicher Frieden im Libanon
- Südafrika: ANC durchbricht Bann

Sowjetische Außenpolitik

Abschied von der Dritten Welt?



PAHL-RUG, GOTTESW. 54 5000 KOEL
G 7426 E 504691 573
FORUM
BUCHSTR. 14-15
2800 BREMEN 1

Kommentar

Die Geduld ist am Ende 3

Sowjetunion

Neue Weltpolitik unter Gorbatschow 4
Abschied von der Dritten Welt? 6
Rede M. Gorbatschows in Kuba 8
Bericht M. Gorbatschows vor den Volksdeputierten 10
Gespräch mit Nodari Simonia 11

Afghanistan

Suche nach einem Konsens 15
Interview mit M.A. Nabizada 18

Türkei – Kurdistan

Vom „Glück“ der Kurden, Türken sein zu müssen 21
„Terroristenprozeß“ gegen die PKK 23
Gespräch mit Kemal Burkay (TEVGER) 24

Libanon

Der zerbrechliche Frieden 26

Lateinamerika

1. Bundeskongreß „Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492–1992“ 28

Südafrika

Der ANC durchbricht den Bann 30
Aufruf südafrikanischer Kirchen und Gewerkschaftsführer für verstärkte Sanktionen 31
Rede Walter Sisulus 32

EG – Dritte Welt

Die Lomé-IV-Verhandlungen 34
Erklärung von Nichtregierungsorganisationen 37

Kultur

Filme aus der Dritten Welt sind im Kommen 38

Stichwort

Blut 40

Internationalismus

Thesendiskussion: Beitrag von Wolfram Brönnner 41

Rezension

Vergangenheit und Gegenwart Kurdistans 43

Infos zur Solidarität

Literaturpreis; Unterrichtsreihe „Hunger in Afrika“; U-Boot-Affäre; Dritte-Welt-Kalender; Ausländerpolitik 45

Kurzinformationen

Menschenrechte, Ökologie, Westsahara, Äthiopien, USA – Panama, El Salvador, Palästina, Jordanien 46



Sowjetische Außenpolitik

Nahezu fünf Jahre nach Gorbatschows Machtantritt hat die „Perestroika“ die sowjetische Außenpolitik, die Dritte-Welt-Politik inbegriffen, einschneidend verändert. Die Weltpolitik ist in Bewegung geraten. Zugleich hält sich der Verdacht, die UdSSR befinde sich auf dem Rückzug aus der Dritten Welt. Läßt Moskau die Befreiungskräfte im Stich?

Seite 4



Libanon

Am 5. November d.J. wurde ein neuer Staatspräsident, der Maronit René Mu'awad, gewählt. Dies markiert einen ersten Erfolg in der Umsetzung der „Nationalen Versöhnungsscharta“, die am 22. Oktober im saudischen Taif vom libanesischen Parlament gebilligt wurde. Und es weckt Hoffnungen auf eine dauerhafte politische Lösung der Libanonkrise.

Seite 26



Südafrika

Trotz der Freilassung von Walter Sisulu und anderen führenden Mitgliedern des Widerstands, trotz weiterer Lockerungen der Repression deutet sich noch kein grundlegender Wandel des Apartheidregimes an. Aber der Druck auf die Klerik ist enorm angewachsen, der ANC faktisch entbannt.

Seite 30

I M P R E S S U M

DRITTE-WELT-Zeitschrift. Gegr. 1970 als Antimperialistisches Informationsbulletin (AIB). Erscheint monatlich. ISSN-Nr. 0936-1405. **Anschrift der Redaktion:** DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21-2 46 72. **Herausgeber:** Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff. **Redaktion:** Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Hanne Denk, Georg Diederichs, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp. **Ständige Mitarbeit:** Joachim Becker, Frank Braßel, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Rolf Radke, Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter Schütt, Petra Sittig, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning. **Weitere MitarbeiterInnen** dieser Ausgabe: Aleks F. Arndt, Tatjana Chahoud, Annegret Ergenzinger, Helmut Groschup, Bruni Höfer. **Redaktionsschluß:** 10. November 1989. **Namentlich gekennzeichnete Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion. **Titel:** Gestaltung Udo Tremmel. **Nachdruck von Beiträgen** bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 51 08 68, 5000 Köln 51, Teletex 2 214 284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 02 21-3 60 02/0. **Adressenänderungen** bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben. **Jahresabonnement:** Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft 3 DM. Doppelheft 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft. **Kündigungen:** Wenn das Abonnement nicht spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes gekündigt wird, verlängert es sich um 1 Jahr. **Satz:** Die Feder, Wetzlar. **Druck:** Plambeck & Co, Neuss. **Konten:** Post giro Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50), Stadtparkasse Köln 10 652 238 (BLZ 370 501 98). **Anzeigenleitung:** Joachim Vranke, Tel. 02 11-1 60 01/13. **Anzeigen:** Pahl-Rugenstein Verlag, Ila, Solidaridad, AKP, SP-Verlag. **Fotonachweis:** Newsweek, Time, El Pais, IHT, Jeune Afrique, Cinematograph, CUBA SI FEER, TAS, ADN/ZB, M. Helminen, Bakzhair, Sygma, DRITTE-WELT Archiv. Der gesamten Auflage liegt ein Spendenaufruf des ASK bei. Der AbonnentInnenauflage liegt ein Buchprospekt des Pahl-Rugenstein Verlages bei.

Die Geduld ist am Ende



STEFAN FLAIG
MITARBEITER DES
INFORMATIONSBÜROS NICARAGUA

Der grausamste Angriff der Contra seit langem, der am 22. Oktober d.J. 19 Reservisten das Leben kostete und neun zum Teil schwer verletzte, brachte bei der nicaraguanischen Regierung das Faß zum Überlaufen. Sie hob den seit März 1988 andauernden einseitigen Waffenstillstand mit Wirkung vom 1. November auf. Mit der Aufkündigung ergriff Präsident Daniel Ortega eine zum Schutz der Bevölkerung längst notwendig gewordene Maßnahme.

Schließlich führte die Contra allein in den Monaten September und Oktober 183 Angriffe auf vorwiegend zivile Personen und Objekte durch, die die Gesamtzahl der Toten seit dem Beginn des einseitigen Waffenstillstands auf 798 anwachsen ließen. Besagter Blutzoll und im gleichen Zeitraum registrierte 1251 verletzte sowie 1495 vermißte und entführte Personen machen deutlich, warum die Sandinisten nicht weiter eine Feuerpause akzeptieren konnten, „in der wir eine Pause machen und die Contras feuern“, wie dies Daniel Ortega formulierte.

Der Überfall auf die Gruppe von Reservisten, die sich auf dem Weg in ihre Heimatorte befand, um sich in die Wahlregister einzuschreiben, ist Bestandteil der Strategie des Söldnerheeres, die von dem Oppositionsbündnis UNO mit Violeta Chamorro an der Spitze zumindest stillschweigend geduldet wird. Dies beweist ein von dem Oberkommandierenden der Contra und ehemaligen Somoza-Oberst, Enrique Bermudez, unterzeichnetes und in Costa Rica verteiltes Kommuniqué. Darin läßt die Contra verlauten, daß sie die Einschreibung von KomplizInnen und MitarbeiterInnen der Sandinisten verhindern wird. Die Interventionsmethoden der Contra und der UNO in den Wahlprozeß reichen von Versuchen, die Landbevölkerung mit Lebensmittel-, Kleider- und Medikamentengeschenken zu „überzeugen“ bis zur Entführung und Ermordung von WahlhelferInnen sowie Angriffen auf Einschreibebüros.

Die in den letzten Wochen intensivierten Attacken der Contra behindern nicht nur in flagranter Weise den Wahlprozeß in Nicaragua – was die „Förderer der Demokratie“ im internationalen Dunstkreis der Bush-Administration zu keinerlei Stellungnahmen veranlaßt. Sie verletzen auch eklatant die Vereinbarung der zentralamerikanischen Präsidenten von Tela im August diesen Jahres.

Darin wurde als Ergebnis des Esquipulas-Friedensprozesses und in Übereinstimmung mit der Resolution 637 des Si-

cherheitsrates der Vereinten Nationen vom 27. Juli 1989 (die USA stimmten der Resolution zu) ausdrücklich die freiwillige Demobilisierung und Wiedereingliederung der Mitglieder der Contra und ihrer Familien in Nicaragua oder dritten Ländern festgelegt. Nach der in den Vereinbarungen festgeschriebenen Regularien soll die Demobilisierung 90 Tage nach der Institutionalisierung der internationalen Überwachungs- und Kontrollkommission abgeschlossen sein. Faktisch bedeutet dies: bis spätestens 5. Dezember 1989.

Aber die Entwicklungen seit dem Treffen von Tela zeigten, daß angesichts des Widerstands der USA, Honduras' und der Contras an eine Demobilisierung bis zu dem genannten Termin nicht zu denken ist. Unter diesen Umständen waren die Sandinisten gezwungen, diplomatisch und militärisch gleichzeitig in die Offensive zu gehen. Die Aufkündigung des Waffenstillstands dürfte weniger in der Vermutung zu suchen sein, daß Ortega dem Druck des radikalen Flügels der FSLN nachgegeben hat. Sie erfolgte wohl auch nicht aus wahlkampfaktischem Kalkül heraus, um der Wahlbevölkerung noch einmal deutlich den Krieg als Hauptfaktor für die wirtschaftliche Misere vor Augen zu führen. Vielmehr nutzten die Sandinisten den Gipfel amerikanischer Staaten in Costa Rica Ende Oktober dazu, endlich den Mantel des Schweigens in der internationalen Politik und Öffentlichkeit zu brechen.

Vier Monate vor den für die Zukunft des revolutionären Nicaragua entscheidenden Wahlen ist die Aufkündigung des Waffenstillstands ein für den Schutz der Bevölkerung notwendiger Schritt und ein diplomatisch-strategisch wichtiger

Schachzug. Er dient dazu, die beteiligten nationalen, regionalen und internationalen Akteure zu zwingen, eindeutiger zu den Aktivitäten der Contra und der internen Opposition mit den Vereinigten Staaten im Hintergrund Stellung zu beziehen.

Natürlich schrien die Falken in den USA und deren Marionetten des Oppositionsbündnisses UNO auf. Allgemeiner Tenor war natürlich, daß die SandinistInnen, aus Angst die Wahlen zu verlieren, den politischen Prozeß in Nicaragua militarisieren wollten. Der nach eigenen Angaben treueste Verbündete der SandinistInnen im deutschen Bundestag, Hans Jürgen Wischniewski, und alle lateinamerikanischen Präsidenten kritisierten sofort die Entscheidung Daniel Ortegas. Die US-Regierung hielt sich erwartungsgemäß alle Optionen offen.

Doch wie der bald nach der Aufkündigung des Waffenstillstands erfolgte Beschluß des UN-Sicherheitsrats, endlich, wie in Tela vereinbart, eine UN-Sicherheitsgruppe in das Grenzgebiet zwischen Honduras und Nicaragua zu entsenden, zeigte, entpuppte sich alles als rhetorisches Strohfeuer.

Die USA wissen zu gut, daß der Atomisierungsprozeß des maroden Contrahaufens zu weit fortgeschritten ist, als daß eine militärische Wiederbelebung einen Sinn machen könnte. Zum anderem würde die offizielle Wiederaufnahme der militärischen Hilfe die Position von Bush auf dem Gipfel mit Gorbatschow, wo es u.a. um den Mittelamerikakonflikt gehen soll, und auf dem bevorstehenden Treffen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) nicht gerade stärken.

Der von dem venezolanischen Präsidenten Perez initiierte Versuch, eine Vermittlung der Gruppe der Acht zustande zu bringen, ist für die außenpolitischen Strategen der USA Hinweis genug, daß sie die lateinamerikanischen Staaten nicht bedingungslos hinter sich wissen.

Der Schritt der SandinistInnen hat nicht, wie vielfach befürchtet, zu deren internationaler Isolation geführt, sondern im Gegenteil für eine neue Dynamik im Friedensprozeß gesorgt. Die USA waren recht schnell bereit, die sich in internen Machtkämpfen befindlichen Söldner und Honduras an den Verhandlungstisch in New York zu lassen. Ob dies aber mehr als ein Abrücken Bushs von dem pathologischen Interventionismus seines Amtsvorgängers Reagan bedeutet oder aber lediglich ein taktisches Einlenken aufgrund der nationalen und internationalen Konstellation ist, bleibt abzuwarten.



Begegnung von Michail Gorbatschow im Dezember 1988 in New York am Rande der UN-Vollversammlung mit dem scheidenden US-Präsidenten Ronald Reagan (Mitte) und seinem Nachfolger George Bush. Die Dialogpolitik hat die Weltlage verändert und damit auch die Spielräume für Befreiungsprozesse erweitert

SOWJETUNION

Neue Welt- politik unter Gorbatschow

Die gewandelte sowjetische Außenpolitik unter Gorbatschow hat die Ausgangslage in der Welt, auch jene in der Dritten Welt, sichtlich verändert. Wir ziehen Bilanz und gehen der Frage nach: Was ist das eigentlich Neue an der „Perestroika“ (Umgestaltung) der Außen- und Dritte-Welt-Politik Moskaus? Befindet sich die UdSSR wirklich auf dem Rückzug aus der Dritten Welt? Antworten aus erster Hand holten wir bei Prof. Nodari Simonia (Moskau) ein. Er plädiert für eine fortgesetzte, wenngleich realistischere Befreiungshilfe.



Sowjetische Truppen beim Rückzug aus Afghanistan im Februar 1989; Moskau-Besucher Daniel Ortega bei Michail Gorbatschow. Die Hilfe für Nicaragua und Afghanistan wird fortgesetzt, wenngleich der militärische Anteil zurückgeschraubt wird

WOLFRAM BRÖNNER

Neuerungen und Auswirkungen der sowjetischen Außenpolitik

Abschied von der Dritten Welt?

Nahezu fünf Jahre nach Gorbatschows Machtantritt hat die „Perestroika“ die sowjetische Außenpolitik und mit ihr die Weltlage einschneidend verändert. Zugleich hält sich der Verdacht, die UdSSR nehme Abschied von der Dritten Welt.

Die Bilanz, die der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse Mitte d.J. für seinen Wirkungsbereich zog, kann sich sehen lassen: „Alle wesentlichen Erfolge unserer Außenpolitik sind eine direkte Folge, ein direktes Erzeugnis der Perestroika. Ich meine, die Hauptsache ist, daß wir es geschafft haben, den Geist der Konfrontation in den internationalen Beziehungen beiseite zu räumen und ihn durch den Dialog zu ersetzen. Unsere Beziehungen haben sich mit niemandem verschlechtert. Wir haben die Beziehungen, die wir bereits unterhielten, weiterentwickelt und neue aufgenommen . . . Unsere Beziehungen zu der uns umgebenden Welt sind sogar ausgeglichener und ruhiger geworden.

Dies hat einen hohen Stellenwert, nicht zuletzt, weil die Bedrohung durch Konfrontation oder Krieg zurückgedrängt worden ist. Wir haben unsere Sicherheit gestärkt, nicht durch die Einführung neuer Superstreitkräfte und von mehr Waffen, sondern durch die Einführung der richtigen Politik. Das internationale Ansehen unseres Landes hat bemerkenswert zugenommen, da unsere Worte und Taten Vertrauen finden.“

Auf der Ergebnisliste des seit 1985 amtierenden Gromyko-Nachfolgers rangieren neben dem Abrüstungseinstieg auch beachtliche Veränderungen in Asien ganz mit vorne. „In erster Linie“, so Schewardnadse, „möchte ich anführen . . . das INF-Abkommen (zur Verschrottung der atomaren Mittelstreckenraketen seitens der USA und der UdSSR vom Dezember 1987; d. Verf.), das Genfer Abkommen zu Afghanistan (vom April 1988; d. Verf.), die Wiener Konferenz der Länder Europas, der USA und Kanadas (Verhandlungen über die konventionelle Abrüstung; d. Verf.), die Normalisierung mit China, die Sicherstellung der grundlegend neuen Herangehensweise an die Beziehungen zu sozialistischen und Entwicklungsländern.“ (1)

Hier wäre das Vorankommen politischer Lösungsprozesse in mehreren regionalen Konflikten zu ergänzen, voran die Friedensprozesse in Angola/Namibia, in Mittelamerika/Nicaragua (siehe Gorbatschows Rede in Kuba), dann die Beendigung des Golfkrieges unter dem Druck der UNO. Mitgefördert bzw. ermuntert wurde durch sie ein Schub für nationale Befreiungsprozesse, den der Unabhängigkeitsprozeß in Namibia, die palästinensische Intifada und Staatsproklamation oder der Wiederaufschwung des Widerstands in El Salvador und Südafrika signalisieren.

Bestätigt wurden somit zwei Grundannahmen der neuartigen Außenpolitik unter Gorbatschow, die in der spannungsgeladenen Weltlage des Jahre 1985/86 noch waghalsig anmuteten: Erstens sei die Welt durchaus reif für eine Überwindung des zweiten Kalten Krieges, für die Ablösung der eskalationsträchtigen Ost-West-Konfrontation durch eine Ära des weltpolitischen Dialogs und der Abrüstung. Zweitens könnten auf diese Weise die politischen Spielräume der fortschrittlichen Kräfte wieder erweitert werden, erste Schritte zum Abbau der größten globalen Bedrohungen (Atomkriegsgefahr/

MIT IHREM VORSTOß „ABRÜSTUNG FÜR ENTWICKLUNG“, DEM BEITRITT ZUM ROHSTOFFFONDS USW. HAT DIE SOWJETUNION IHRE MITVERANTWORTUNG FÜR DIE LÖSUNG DER PROBLEMLAGEN DER DRITTEN WELT ERSTMALS ANERKANNT, SICH ZUR BETEILIGUNG VERPFLICHTET

Wettrüsten, ökologischer „Infarkt“, Unterentwicklung/Entwicklungsländerkrise) getan, ein „neuer Befreiungsimpuls“ in der Dritten Welt und eine umfassende Erneuerung des in die Krise geratenen Sozialismus begünstigt werden. (2)

Was genau ist damit gemeint, wenn von den Erneuerern in Moskau die „dialektische Wechselseitigkeit der inneren und außenpolitischen Aspekte“ (3) hervorgehoben wird?

Zunächst einmal waren sie sich von vorneherein bewußt, daß das Gelingen der Perestroika, der Umgestaltung der sozialistischen Gesellschaft, in hohem Maße vom internationalen Durchsetzungsvermögen des „neuen Denkens“, der neuen sowjetischen Außenpolitik, abhängen würde. Ihre 1987/88 einsetzende selbstkritische Debatte zur alten Außenpolitik (4) ergab, daß die Sowjetunion unter Breschnew durch eine Überbetonung des militärischen Faktors sowohl mit zur akuten Kriegsgefahr, zur Zuspitzung globaler Bedrohungslagen beigetragen hat, als auch damit das eigene wirtschaftliche Potential ausgehöhlt hatte.

„Eine kritische Analyse der Vergangenheit zeigte“, so hieß es in den Thesen zur 19. Unionsparteikonferenz der KPdSU (Juni/Juli 1988), „daß auch unsere Außenpolitik von Dogmatismus und subjektivistischem Herangehen gekennzeichnet war . . . Im Kampf um das militärstrategische Gleichgewicht wurden in der Vergangenheit nicht immer die Möglichkeiten ausgeschöpft, die Sicherheit des Staates durch politische Mittel zu gewährleisten. Wir ließen uns dadurch ins Wettrüsten hineinziehen, was nicht ohne Auswirkungen auf die sozialökonomische Entwicklung des Landes und auf seine internationale Position bleiben konnte.“ (5)

Zur auf Dauer nicht verkraftbaren Ressourcenvergeudung durch das Wettrüsten, das militärische Engagement in Afghanistan usw. kam die im Vergleich zu den kapitalistischen Industriestaaten (v.a. Japan, EG) mangelnde Nutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution hinzu. Dies zusammengekommen bewirkte, daß die Weltmacht UdSSR an zunehmend engere wirtschaftliche und politische Grenzen stieß, was auch ihre Einfluß- und Hilfsfähigkeit gegenüber Befreiungskräften in der Dritten Welt beeinträchtigen mußte. „Wir selbst haben“, so Michail Gorbatschow im November 1987, „deutlich gespürt, wie der internationale Impuls des Sozialismus in der Zeit der Stagnation immer mehr nachließ. So war die Umgestaltung in der UdSSR auch von diesem Standpunkt aus herangereift.“ (6)

Um aus dieser Schwäche- bzw. Defizitposition (7) herauszukommen, entschieden sich die KPdSU-Erneuerer für einen radikalen Bruch mit der überholten Politik nach innen und außen, d.h. für eine demokratische Umgestaltung des autoritär-bürokratischen Sozialismusmodells und – gleichlaufend – für eine nicht bei einzelnen Korrekturen haltmachende, sondern grundlegend erneuerte Außenpolitik.

Worin bestand der Kern der außenpolitischen Neuerungen? Angesagt war ein realistischeres, von Selbstüberschätzungen der sozialistischen Staaten bzw. Weltmacht UdSSR gereinigtes Herangehen. Insofern – so die Thesen der 19. Unionskonferenz – „spiegelte (das neue Denken) die Realitäten der Welt von heute wider, einer vielfältigen und widersprüchlichen Welt mit globalen Bedrohungen für die Existenz des Menschengeschlechts und zugleich mit einem enormen Potential für Koexistenz, Zusammenarbeit und politische Lösung akuter Probleme.

Das neue politische Denken hat es ermöglicht, eine Reihe großer Ideen hervorzubringen, die die Phantasie einer beunruhigten Welt in ihren Bann schlugen. Die wichtigsten sind: ein Programm für die etappenweise Beseitigung der Kernwaffen bis zum Jahr 2000, ein System umfassender Sicherheit, die Freiheit der Wahl des Systems, der Interessenausgleich, das ‚europäische Haus‘, Umgestaltung der Beziehungen im asiatisch-pazifischen Raum, ausreichende Verteidigungsfähigkeit und nicht-offensive Doktrin, internationale ökonomische Sicherheit, Festigung der nationalen und regionalen Sicherheit durch Senkung des Rüstungsniveaus, Bereitschaft zum beiderseitigen Abzug ausländischer Truppen und zur Auflösung ausländischer Stützpunkte auf fremden Territorien, vertrauensbildende Maßnahmen, die Idee von der unmittelbaren Einbeziehung der Autorität der Wissenschaft in die Weltpolitik.

Das ist unser außenpolitisches Credo.“ (8)

Radikal geändert hat sich auch der Stil der außenpolitischen Aktivitäten Moskaus. „Glasnost“ (Offenheit) hielt Einzug auch in den militärischen Bereich, wo anstelle überzogener Geheimniskrämerei nun erstmals Daten über Waffenbestände, Eigenverluste im Afghanistankrieg (13 800) u.ä. veröffentlicht wurden. Gestrichen wurden die unter Gromykos Regie üblichen Vorbehalte gegenüber dem Kontroll- und Verifikationsverlangen der Westmächte, welches sich als stetiger Bremsklotz für Verhandlungen über Rüstungsbeschränkungen bzw. Abrüstung erwiesen hatte.

Gebrochen wurde mit einem weiteren Tabu, indem wiederholt durch einseitige Vorleistungen Anstöße gegeben wurden, Verhandlungen über Abrüstungsschritte aufzunehmen bzw. zu beschleunigen. Im Dezember 1988 gab Präsident Gorbatschow vor der UNO die Entscheidung bekannt, innerhalb der nächsten zwei Jahre einseitig die sowjetischen Streitkräfte um 500 000 Mann, nebst 10 000 Panzern, 8500 Geschützen und 800 Kampfflugzeugen, abzubauen.

Zeitgleich sollten dem Abzug der Roten Armee aus Afghanistan auch drastische Truppenreduzierungen in Osteuropa (DDR, CSSR, Ungarn), im Fernen Osten der UdSSR und in der Mongolei folgen. Im Mai d.J. gab Moskau die Kürzung des Militäretats bis 1991 um 14 %, bis 1989 um 33 % (1987 und 1988 war er eingefroren) und die Umstellung von 40 % der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion (Konversion) bekannt. (9)

Mit Hilfe der sensibilisierten Öffentlichkeit bzw. Friedenskräfte in den NATO-Staaten, also einer Art Volksdiplomatie, und der Nichtpaktgebundenen suchte die sowjetische Führung damit den in Gang gesetzten Entspannungsprozeß stetig neu anzustoßen. Daß sie die Abrüstung als das Schlüsselement ihrer Außenpolitik und einer Veränderung der Weltlage ansah, machte sie bereits im Januar 1986 deutlich. Mit ihrem 3-Stufen-Programm zur Beseitigung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2000 legte sie das bis dahin umfassendste und radikalste Abrüstungskonzept vor.

Sie rückte damit zugleich die ursächliche Verknüpfung von Wettüsten und Entwicklungs- bzw. Schuldenkrise der Dritten Welt ins Blickfeld, die abgelöst werden müsse durch das „Prinzip ‚Abrüstung für Entwicklung‘“. Die Lösung des globalen Problems Unterentwicklung/Schuldenkrise wurde verbunden „mit der Kürzung der Rüstungsausgaben und mit der Umverteilung der Ressourcen für Ziele der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung.“ (10)

Auf der ersten UN-Konferenz „Abrüstung und Entwicklung“ vom August/September 1987 schlug Gorbatschow die Einrichtung eines Fonds „Abrüstung für Entwicklung“ im Rahmen der UNO vor, der durch Rüstungskürzungen der Industriestaaten, insbesondere von NATO und Warschauer Vertrag, gespeist und allen Staaten offenstehen solle. Er erklärte die Bereitschaft der UdSSR, sich an einem solchen Fonds zu beteiligen. (11)

Im August 1987 trat die UdSSR während der 7. Handels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) in Genf dem Fonds des Integrierten Rohstoffprogramms bei, womit die entscheidende Hürde für dessen Inkrafttreten beiseite geräumt wurde. Auch hier blieb Washington weiter außen vor. Mit diesen beiden Schritten brach Moskau mit seinem ehernen Standpunkt, allein die Westmächte seien als Verursacher von Unterentwicklung und ungleichem Tausch zur Wiedergutmachung gegenüber den Entwicklungsländern verpflichtet, wohingegen dies für die sozialistischen Industriestaaten als Nichtkolonialmächte gegenstandslos sei. Unter Gorbatschow bekannte sie sich nunmehr zur Mitverantwortung wie zur Beteiligung an einer multilateralen Finanzierung bzw. an systemübergreifenden Lösungen zugunsten der Dritten Welt.

In die gleiche Richtung weist das Pochen der UdSSR darauf, daß den Entwicklungsländern in internationalen Institutionen wie UNO, Weltbank/Internationaler Währungsfonds usw. sowie im Rahmen eines weltweiten ökonomischen Sicherheitssystems ein gleichberechtigter Status einzuräumen und die Schuldenfrage in multilateralen Foren, einschließlich der UNO, zu verhandeln sei. In seiner UNO-Rede im Dezember 1988 bekundete Gorbatschow zudem die Bereitschaft, den Schuldnerländern der Sowjetunion ein langfristiges Moratorium (Laufzeit bis zu 100 Jahren, was faktische Abschreibung heißt) zu gewähren und den schwächstentwickelten Ländern die Schulden ganz zu erlassen. Geplant ist eine Schuldensstreichung für 22 extrem arme Entwicklungsländer, darunter Mosambik, Südjemen und Äthiopien. (12)

Desweiteren ist die UdSSR unter Gorbatschow bestrebt, ihre bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen zur Dritten Welt erheblich auszuweiten. Dabei soll von einer zu einseitigen Festlegung auf sozialistische bzw. revolutionäre Länder hinsichtlich des Handels abgesehen, die Projekthilfe grundsätzlich neugeordnet (weg vom „Gigantismus“, Ausweitung des landwirtschaftlichen Bereichs usw.) und mit ersten Gemeinschaftsunternehmen (Indien!) begonnen werden.

Rückläufig sind kommerzielle Rüstungsexporte der UdSSR in die Dritte Welt, so daß sie im zurückliegenden Jahr von den USA erstmals in den 80er Jahren als führender Waffenlieferant überholt wurde. Dieser „Rückzug“ kann jedoch nur als moralisch gebotener, als friedensfördernder Trend angesehen werden.

Insgesamt positive Auswirkungen für die Völker der Dritten Welt müssen wohl auch den mit den sowjetisch-amerikanischen Gipfel-

gesprächen einhergegangenen Initiativen zur politischen Lösung langwieriger regionaler Konflikte (14) bescheinigt werden. Sie haben teils die Lage in Krisenzentren erheblich entschärft (Nicaragua, Angola, Kriegsende Irak-Iran), teils Dialogprozesse auf den Weg gebracht (Kambodscha, Westsahara), teils eine politische Verhandlungslösung (Palästina, Afghanistan) ein Stück nähergerückt.

Den Afghanistan-Lehren kommt dabei aus der Sicht der UdSSR ein besonderer Stellenwert zu. Die Negativerfahrungen des sowjetischen Truppeneinsatzes im Afghanistankrieg und der internationale Gegendruck (Verurteilungen durch die UNO, islamische Staaten, westliche Wirtschaftssanktionen usw.) trieben die politischen Kosten enorm in die Höhe und stellten die in der Breschnew-Ära allzu bereitwillig überzogene militärische Seite der Moskauer Unterstützung für teils bonapartistische „sozialistische“ Revolutionsregimes (Somalia, Irak, m.E. auch Äthiopien) in Frage. Afghanistan zeigte, wie unhaltbar und folgeschwer der unter Breschnew eingeführte Lehrsatz bestimmter von der „Unumkehrbarkeit“ auch sozialistisch orientierter Entwicklungen war, das der Doktrin der „begrenzten Souveränität“ sozialistischer Staaten ähnelte.

Von allergrößter Bedeutung für das sowjetische Prestige war andererseits, daß nach dem Abzug der letzten sowjetischen Einheiten



Sowjetisches Luftabwehrsystem in Angola. Solche Waffen trugen mit zum Erfolg über die südafrikanischen Interventionen bei

im Februar 1989 das vorausgesagte Blutbad in Kabul bzw. der Zusammenbruch der Regierung Nadjibullah ausblieb. Die UdSSR erhielt auch angesichts monatelanger Belagerung städtischer Zentren durch die Mojahedin die Versorgung und sonstige Unterstützung der VerteidigerInnen aufrecht. Die Chancen auf eine politische

wendigkeit gemeinsamer Bemühungen um die Überwindung der Unterentwicklung, der Diskrepanz zwischen den entwickelten und Entwicklungsländern, die Herstellung einer neuen, gerechten internationalen Wirtschaftsordnung, die Hilfe für notleidende Menschen.

Zum vierten, gemeinsame Verantwortung für die Erhaltung der Natur und Zivilisation. Die Entschlossenheit, alles zu tun, um ein nukleares Inferno zu verhindern, der moralischen Degradierung Hindernisse in den Weg zu legen, die ganze Menschenfamilie den Weg des Fortschritts gehen zu lassen.

Durch diese Ideen ist der sowjetische Plan einer kernwaffenfreien und für alle sicheren Welt inspiriert, der in der Ansprache auf der Tagung der UNO-Vollversammlung im Dezember vorigen Jahres dargelegt wurde. Die gleichen Ideen wurden zahlreichen Vorschlägen – vielseitigen und einseitigen – der sozialistischen Länder Europas und Asiens zugrunde gelegt.

Mit ihnen stehen das von den Entwicklungsländern unter aktiver Beteiligung Kubas unterbreitete Programm einer neuen Wirtschaftsordnung, der Abrüstung für die Entwicklung, Initiativen einer Reihe von nichtpaktgebundenen und neutralen Staaten des Westens und der Sozialistischen Internationale im Einklang.

Die Durchsetzung des neuen Denkens ist natürlich kein einfacher, kein leichter Prozeß. Allzu stark sind die Traditionen, Stereotypen und Gewohnheiten der Vergangenheit. Wir sehen, wie mühsam es von einigen westlichen Politikern wahrgenommen wird, die häufig zu Rückfällen der Politik der Stärke, zu Versuchen neigen, anderen ihren Willen aufzuzwingen.

Unser Verhalten ist anders. Möge jedes Volk den von ihm souverän gewählten Weg gehen, das Leben selbst, die Geschichte wird jedoch zeigen, welcher dieser Wege vorzuziehen ist. Wir glauben an die gewaltigen Möglichkeiten des Sozialismus. Die Anhänger des Kapitalismus bleiben ihrem System treu. Das darf jedoch kein Hemmschuh für die Lösung internationaler Probleme auf der Basis der allgemeinen grundlegenden menschlichen Werte sein.

Die dringlichste Aufgabe ist heute die Beilegung regionaler Konflikte. Analysiert man ihre Ursachen, so kommt man unschwer zu dem Schluß, daß sie am häufigsten als Folge der Einmischung von außen, des Bestrebens entstehen, die Völker daran zu hindern, ihre Wahl selbständig zu treffen.

Handlungen dieser Art sucht man mit den Interessen der Sicherheit und mit der Berufung auf politische oder ideologische Werte und Prinzipien zu begründen, die als Doktrinen formuliert werden. Ich will aber ohne jegliche Umschweife erklären, daß wir entschieden gegen beliebige Theorien und Doktrinen sind, die den Export der Revolution oder der Konterrevolution, alle Formen einer fremdländischen Einmischung in die Angelegenheiten souveräner Staaten rechtfertigen. Nur auf einer solchen Grundlage können die bestehenden regionalen Konflikte beigelegt und ihre Entstehung in der Zukunft ausgeschlossen werden.

Die Sowjetunion ließ sich von eben dieser Haltung leiten, als sie ihre Truppen aus Afghanistan abzog. Wir erfüllten die bei den Verhandlungen in Genf übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft, bis auf den Tag genau, und sind berechtigt zu verlangen, daß sich die anderen Teilnehmer an diesem Abkommen ebenso verhalten.

Leider unternimmt Pakistan, den von ihm übernommenen Verpflichtungen

Koalitionslösung sind gewachsen. Der Vorwurf, Moskau würde mit diesem Truppenrückzug die verbündeten Revolutionäre hilflos zurück-, also im Stich lassen, wurde damit entkräftet.

Meines Erachtens kann auch die in sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen zu Afghanistan und Nicaragua (siehe Gorbatschows Rede in Kuba) vereinbarte gleichgewichtige Verminderung bzw. Einstellung der Militärhilfe nicht als Ausstieg aus der Verantwortung ausgelegt werden, da sie eben beiderseitig ist. Die empfindlichsten Abstriche bei den regionalen Kompromißlösungen aber mußten wohl die draußen gebliebenen gedrängten nationalen Befreiungsbewegungen El Salvadors (FMLN), Südafrikas (ANC) und Namibias (SWAPO) machen; z.B. mußte der ANC seine Basen auf angolanischem Boden räumen. Bei unausbleiblichen Zugeständnissen der verhandelnden Revolutionsregierungen, der UdSSR oder Kuba, wurden sie als schwächste Glieder der Lösungskette meistbetroffen. Aber geschah dies ganz ohne Rücksprache? Wurde den BefreiungskämpferInnen keine Ersatzhilfe geboten? Wir wissen nichts Genaues, also sollten wir – im Sinne Irwin Silbers (siehe DRITTE WELT 8/9/1989, S. 24-26) – mit „Verrats“-Urteilen geizen.

Auch eine substantielle Aufkündigung der Hilfsverpflichtungen Moskaus für die maßgeblichen Frontstaaten Nicaragua, Angola, Mosambik, Afghanistan und Kambodscha oder für Befreiungsbewe-

gungen wie den ANC, die SWAPO, die PLO u.a. läßt sich bislang nicht ausmachen.

Also kein Abschied Moskaus von der Dritten Welt, von der Befreiungshilfe!

Anmerkungen

- 1) Glasnost International, Moskau, Nr. 6/1989, S. 15/16
- 2) Vgl. Gorbatschow-Ansprache zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution am 4.11.1987, in: Sowjetunion heute (SUH), Köln, Sondernummer November 1987, S. 29, und Michail Gorbatschow, Perestroika, Köln 1988, S. 151
- 3) Ebenda
- 4) Siehe: Gorbatschow-Ansprache . . . , a.a.O., sowie Reden von E. Schewardnadse und W. Daschitschew in: J. Reusch (Hg.), Abschied von der Abschreckung. Die sowjetische Diskussion, Köln 1989, S. 54-80
- 5) SUH, Sondernummer Juli 1988, S. 13
- 6) Gorbatschow-Ansprache . . . , a.a.O.
- 7) Siehe H. Dieterich in: DRITTE WELT 4/1989, S. 41-44
- 8) SUH, a.a.O.
- 9) Daten nach: International Herald Tribune, Paris, 8.12.1988 und 8.6.1989; Neue Zeit, Moskau, Nr. 20/1989
- 10) Programm 2000, Düsseldorf 1986, S. 15/16
- 11) Siehe: DRITTE WELT 6/1989, S. 5-8
- 12) Nach: SUH, Nr. 1/1989 und Peace News Bulletin, Helsinki, Nr. 16/1989
- 13) Siehe ausführlich: DRITTE WELT 12/1988, S. 41-45
- 14) Siehe Gesamtbetrachtung in: DRITTE WELT 7 und 8/1988 und J. Primakows sowjetische Sichtweise in: DRITTE WELT 11/1988, S. 16-20

Rede Michail Gorbatschows in Kuba Die Weltpolitik schrittweise umgestalten!

Auf seinem Staatsbesuch in Kuba sprach der sowjetische Präsident und KPdSU-Generalsekretär, Michail Gorbatschow, am 4. April 1989 vor der Nationalversammlung in Havanna. Dabei steckte er den neuen weltpolitischen Kurs Moskaus ab und ging auf Regionalkonflikt-Lösungsprozesse ein.

In den letzten zwei Jahren ist es zu einer Wende zur Gesundung der Lage gekommen. (. . .)

Es ist wohl zum erstenmal nach dem Weltkrieg im Laufe einer relativ kurzen Zeit gelungen, einen Fortschritt bei der Lösung akuter Probleme zu erzielen, die das internationale Leben jahrzehntelang vergifteten. Eindrucksvolle Fortschritte sind auch beim Abbau der nuklearen Gefahr, bei der politischen Regelung militärischer Konflikte, bei der Erweiterung und Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten erzielt worden, die unterschiedlichen sozialen Systemen und politischen Bündnissen angehören. (. . .)

Die Gefahr für die Menschheit und ihre Existenzbedingungen bleibt bestehen. Folglich muß man die kollektiven Anstrengungen verzweifachen, ja verdreifachen, um das herannahende Unheil abzuwenden. Folglich muß man die Isolation überwinden und alle möglichen Anstrengungen auf die Lösung lebenswichtiger globaler Probleme konzentrieren.

Auf der Suche nach Auswegen aus dem heutigen gefährlichen Zustand sind wir zu dem gelangt, was heute überall in der Welt als neues politisches Denken bekannt ist. (. . .)

Wir sind überzeugt: Gestützt auf diese reale gegenseitige Abhängigkeit der Interessen, kann und muß man weiter gehen und das ganze System der internationalen Beziehungen Schritt für Schritt umgestalten. Dazu bedarf es des politischen Willens aller seiner Teilnehmer, der sich auf eine Art Philosophie der gesamtmenschlichen Solidarität stützt.

Es handelt sich in erster Linie um die Vorrangigkeit der gesamtmenschlichen Interessen, um die Anerkennung der unverbrüchlichen Tatsache, daß an der Schwelle des 21. Jahrhunderts die Sicherheit eines jeden Staates in allen ihren Aspekten – im politischen und wirtschaftlichen, im ökologischen und militärischen – nur zuverlässig im System der internationalen Sicherheit insgesamt gewährleistet werden kann. Das zum ersten.

Zum zweiten, die Freiheit der Wahl, Unzulässigkeit von Diktat und Einmischung in den internationalen Angelegenheiten, die Anerkennung legitimer Interessen aller anderen Länder durch jedes Mitglied der Weltgemeinschaft und die Notwendigkeit der Regelung entstehender Probleme mit friedlichen, politischen Mitteln.

Zum dritten, die Förderung der Entwicklung. Die Anerkennung der Not-



Gorbatschow-Visite in Havanna im April d.J.: Begrüßung durch Kubas Ministerpräsident Fidel Castro

zuwider, eine direkte bewaffnete Einmischung in die Angelegenheiten Afghanistans. Dadurch beraubt es das afghanische Volk der Möglichkeit, über sein Schicksal selbst zu entscheiden. Auch die Vereinigten Staaten von Amerika nehmen von der Einmischung in den afghanischen Konflikt nicht Abstand.

Freilich erkennen jene, die meinten, die Republik Afghanistan werde am Tage nach dem Abzug der sowjetischen Truppen zusammenbrechen, jetzt allmählich an, daß sie deren Kräfte und Möglichkeiten unterschätzt haben. (. . .)

Wir in der Sowjetunion meinen, daß die Schlichtung des afghanischen Konfliktes ein Prüfstein für die gesamte Weltgemeinschaft ist. Ist doch die Regelung aller regionalen Probleme an der Reihe. Wir hoffen, daß die konstruktive Verhaltensweise die Oberhand gewinnen wird.

Es besteht Hoffnung auf die Beendigung eines anderen regionalen Konfliktes – im Südwesten Afrikas. Die Sowjetunion erwies den angolanschen Patrioten Hilfe in ihrem Kampf gegen die Kolonialherren, ließ sie angesichts der Aggressionen nicht schutzlos dastehen. Und wer anders, wenn nicht wir, sollte sich darüber freuen, daß dieses leidgeprüfte Land endlich Frieden und Sicherheit erlangen wird! Ich will speziell auf die Heldentat der kubanischen Internationalisten eingehen, die viele Jahre lang am Schutz der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität Angolas teilgenommen haben. Heute geht diese erhabene historische Mission ihrem Ende zu.

Von prinzipieller Bedeutung ist es, daß nicht nur die Unabhängigkeit Angolas verteidigt worden ist, sondern sich auch eine reale Perspektive eröff-

net hat, dem schandvollen Erbe der Kolonialzeit – der Versklavung Namibias – ein Ende zu setzen. Das Volk dieses Landes wird einen eigenen unabhängigen Staat bilden und in die gleichberechtigte Familie der afrikanischen Staaten eintreten können. Das wird ein großer Sieg der Gerechtigkeit und des gesunden Menschenverstandes in den internationalen Angelegenheiten sein.

Die Sowjetunion ist bereit, zusammen mit Kuba und allen Mitgliedsstaaten der Organisation der Vereinten Nationen ihren Beitrag zur Erfüllung der Abkommen zu Namibia zu leisten sowie die endgültige Beseitigung des Kolonialismus und Rassismus auf dem afrikanischen Kontinent zu fördern.

Einer der ältesten und gefährlichsten regionalen Konflikte ist verbunden mit der Okkupation arabischen Bodens durch Israel und der Verweigerung des Rechts des arabischen Volkes von Palästina auf Unabhängigkeit. (. . .)

An der Lösung des nahöstlichen Knotens sind nicht nur die unmittelbar Beteiligten des Konfliktes – die arabischen Staaten und Israel, sondern auch Europa, an das diese Region eng angrenzt, die USA und natürlich auch die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten stark interessiert. Darum hielten und halten wir es für notwendig, die Bemühungen im Interesse einer Nahost-Regelung zu aktivieren.

Schließlich eröffnet sich im Rahmen des Geschehens der letzten Zeit die Perspektive einer friedlichen Regelung der Konfliktsituation um Nicaragua.

Die unlängst in San Salvador beim Treffen von Präsidenten der Länder der Region erzielten Vereinbarungen legen, wie uns scheint, festen Grund zur Errichtung des Friedens in Mittelamerika. Von besonderem Belang ist der Beschluß über die Auflösung der Contras sowie die Verpflichtungen Nikaraguas zur weiteren Demokratisierung des Lebens im Lande. (. . .)

Die Normalisierung der Lage in der Region hängt natürlich in vielem vom Beitrag der benachbarten Staaten Nikaraguas sowie von der Stellung der USA ab, wo neben dem Verständnis für neue Realitäten in Mittelamerika die Tendenz erhalten bleibt, sich an den Prinzipien der Politik der Stärke festzuhalten. In diesem Zusammenhang ruft der Beschluß über die Fortsetzung der Hilfe an die Contras tiefe Besorgnis hervor. Wir können ferner die in Washington zuweilen vernehmbaren Erklärungen nicht akzeptieren, die den Charakter unserer Beziehungen zu Kuba und Nicaragua entstellen.

Unsere Einstellung zu der Regelung der Probleme in Mittelamerika bleibt unverändert. Wir plädieren für die lateinamerikanische Lösung des Konflikts auf der Grundlage des Interessenausgleichs aller betreffenden Seiten ohne jegliche Einmischung von außen und unter Gewährleistung des Rechtes eines jeden Volkes auf selbständige Entwicklung und für die Unterstützung friedensstiftender Bemühungen der UNO und der OAS. Wir können der Erklärung des US-Vizepräsidenten Quayle nicht beipflichten, in der die Länder Mittel- und Lateinamerikas als „Hinterhof“ der USA angesehen werden. (. . .)

Heute besteht die reale Möglichkeit, Frieden und Sicherheit in der Region herbeizuführen. Eine der wichtigsten Bedingungen dafür ist die Einstellung militärischer Lieferungen nach Mittelamerika, woher auch immer.

Wir unterstützen die gerechte Sache des nikaraguanischen Volkes und wünschen ihm von ganzem Herzen Frieden, sichere Unabhängigkeit, die Lösung aller komplizierten Probleme, mit denen es konfrontiert ist. (. . .)

Bericht Michail Gorbatschows vor dem Kongreß der Volksdeputierten

Leitlinien und Prinzipien der sowjetischen Außenpolitik

Vor dem ersten Kongreß der Volksdeputierten, des nunmehr höchsten Organs der sowjetischen Staatsmacht, trug Präsident Gorbatschow am 30. Mai 1989 im Moskauer Kreml die neuen Leitlinien und Prinzipien der Außenpolitik vor. Diese fanden nach eingehender, teils kontroverser Diskussion auch Eingang in einen Appell des Kongresses an die Völker der Welt. Darin hieß es: „Die Sowjetunion beabsichtigt, diese Prinzipien in ihrer Außenpolitik streng zu befolgen. Dies ist von nun an und für immer unsere außenpolitische Strategie.“

Die Perestroika in der Sowjetunion mußte auch unsere gesamte internationale Tätigkeit erfassen, aber sie konnte nicht unter Beibehaltung der bisherigen Außenpolitik durchgesetzt werden. Die grundlegenden Wandlungen in der außenpolitischen Linie ergeben sich aus dem neuen politischen Denken, das sich mit der Befreiung von dogmatischen Vorstellungen und von Schlußfolgerungen entwickelte, die nur für ihre Zeit richtig waren, aber den Realitäten unserer Tage nicht entsprechen.

Das neue Denken stellt eine dynamische Konzeption dar, die sich weiterentwickelt und vertieft. Ihr Hauptausgangspunkt bleiben die Schlußfolgerungen des XXVII. Parteitages der KPdSU (März 1986; d.Red.) von der tödlichen Gefahr der Kernwaffen und der Hochrüstung für die Existenz der Menschheit, von der Ganzheit und wechselseitigen Abhängigkeit der heutigen Welt, von der Veränderung des Charakters ihrer Widersprüche und des Inhalts des weltumspannenden Fortschritts.

Das neue Denken basiert auf der Anerkennung der Priorität gesamt-menschlicher Interessen und Werte; der allgemeingültigen ethischen Normen als unabdingbares Kriterium jeder Politik; der sozialen und politischen Entscheidungsfreiheit, die eine Einmischung in die Angelegenheiten eines beliebigen Staates ausschließt; der Notwendigkeit einer Entideologisierung zwischenstaatlicher Beziehungen. Trotz der gravierenden Unterschiede der Gesellschaftssysteme besitzt jetzt jedes die objektive Chance, in eine prinzipiell neue, friedliche Periode der Menschheitsgeschichte einzutreten. (...)

Die internationale Hochspannung ist abgeflaut, die unmittelbare Nuklearkriegsgefahr gebannt. Die Menschen der verschiedenen Länder haben einander gewissermaßen ins Auge gesehen und erkannt, wie dumm Feindseligkeit ist. Die Reduzierung der nuklearen Rüstungen hat begonnen. Die Europäer sind daran gegangen, die militärische Konfrontation, die gefährlichste der Welt, abzubauen. Wir haben unsere Truppen aus Afghanistan abgezogen und mit ihrem Abzug aus den Ländern unseres Bündnisses begonnen. Das Land hat sich der Außenwelt geöffnet, um einen würdigen Platz in der internationalen Arbeitsteilung einzunehmen und deren Vorteile zu nutzen. Beschränkungen und Vorurteile, die unserer wirksamen Beteiligung an der Lösung globaler Probleme sowie dem wissenschaftlichen und kulturellen Austausch im Wege standen, sind beseitigt.

Unsere Außenpolitik wendet sich an die ganze Welt. In jedem konkreten Fall gibt es natürlich eine eigene Spezifik, eigene besonders wichtige Akzente – sowohl im bilateralen Aspekt wie auch vom Standpunkt der regionalen und internationalen Bedeutsamkeit aus.

Das gilt in erster Linie für die sozialistischen Länder. Unsere Beziehungen zu ihnen widerspiegeln eine sehr verantwortungsvolle Etappe in der Entwicklung der sozialistischen Welt. In vollem Maße spürten wir das während des Besuches bei unserem großen Nachbarn, der Volksrepublik China. Die Normalisierung der Beziehungen mit ihr ist ein Ereignis von weltweiter Bedeutung. (...)

Die wichtigste Ausrichtung unserer außenpolitischen Tätigkeit bildet die Teilnahme an der Errichtung des „gesamteuropäischen Hauses“. Die prinzipiellen Ideen sind bekannt. Sie sind in den Gebrauch der Öffentlichkeit und der Verhandlungspraxis eingegangen. Die Grundlagen der gesunden Perestroika-Beziehungen mit allen Staaten, die am KSZE-Prozeß teilnehmen, sind geschaffen worden, und sie gewinnen an Dynamik.

Wir werden in der asiatisch-pazifischen Region konsequent die Linie von Wladiwostok weiterverfolgen. Die Aufgaben sind hier noch mannigfaltiger. Mit vielen Ländern wurden sowohl die „Tagesordnung“ wie auch die Tonalität der Beziehungen bestimmt – wohlwollend, konstruktiv, achtungs-



Historischer Händedruck am 16. Mai d.J. in Beijing: Besucher Michail Gorbatschow und Deng Xiaoping besiegeln die sino-sowjetische Normalisierung

voll. Wie überall gibt es hier Länder, Beziehungen zu welchen wir auch in Zukunft besondere Aufmerksamkeit widmen werden. In erster Linie geht es um das große Indien.

Alle sind sich darüber im klaren, daß die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen für die Weltpolitik von erstrangiger Bedeutung sind. Wir sind bereit, mit den USA auf einer überschaubaren und stabilen Grundlage zusammenzuwirken, sind bereit, voranzukommen und dabei die Kontinuität mit neuen Ideen zu vereinigen.

In diesen Jahren ermittelten wir außergewöhnliche Möglichkeiten für nähere und produktivere Kontakte zu Lateinamerika und Afrika. Hierbei bestehen ebenfalls gemeinsame Probleme und auch eine eigene Spezifik in den Beziehungen zu einzelnen Ländern.

Unser erstrangiges Anliegen ist nach wie vor die Festigung der guten Nachbarschaft mit allen angrenzenden Staaten.

Der Kongreß der Volksdeputierten soll die **Prinzipien unseres außenpolitischen Kurses für die kommenden Jahre** erörtern und gesetzgebend verankern. Ich meine, daß es um folgendes gehen sollte:

- die Sicherheit des Landes muß vor allem mit politischen Mitteln als ein Bestandteil der allumfassenden und gleichen Sicherheit, im Prozeß der Entmilitarisierung, Demokratisierung und Humanisierung der internationalen Beziehungen gewährleistet werden, wobei wir uns auf das Ansehen und die Möglichkeiten der UNO stützen müssen;
- die Kernwaffen müssen im Zuge des Verhandlungsprozesses vernichtet werden, der sich auf Abrüstung und Reduzierung des Verteidigungspotentials der Staaten auf vernünftig hinreichendes Maß orientiert;
- unzulässig sind die Anwendung von Gewalt und die Androhung von Gewalt für die Erreichung irgendwelcher politischer, wirtschaftlicher oder anderer Ziele; in den Beziehungen zu anderen Ländern ist die Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität unumstößlich;
- nicht Konfrontation, sondern Dialog und Verhandlungen mit der Zielsetzung auf den Interessenausgleich müssen zur einzigen Methode der Lösung der internationalen Probleme und der Beilegung von Konflikten werden;
- wir sind für die Einbeziehung der sowjetischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft auf gegenseitig vorteilhafter und gleichberechtigter Grundlage, für eine aktive Teilnahme an der Formierung und Einhaltung der Regeln der gegenwärtigen internationalen Arbeitsteilung, des wissenschaftlichen und technischen Austausches sowie des Handels, für Zusammenarbeit mit allen, die dazu bereit sind.



Von der UdSSR gebauter Staudamm im sozialistisch orientierten Südjenen



GESPRÄCH MIT NODARI SIMONIA

Zur neuen sowjetischen Außen- und Dritte-Welt-Politik

Von Illusionen freimachen!

Für Prof. Nodari Simonia, Vizedirektor des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, gab es eine Reihe von Gründen, die eine Umgestaltung der sowjetischen Außen- und Dritte-Welt-Politik erforderlich machten. Sie reichen vom inneren Zwang zur Abrüstung bis hin zur Revision des Sozialismusbildes, wie er in Moskau im Gespräch mit Wolfram Brönnner erläuterte.

FRAGE: Was war Ihres Erachtens der herausragende Beweggrund für die Neuformulierung der sowjetischen Außenpolitik? War es der wirtschaftliche Reformbedarf nach der Stagnation der Breschnew-Ära, der Abrüstungsaspekt, Afghanistan oder gar die theoretische Aufwertung der globalen Probleme?

N. SIMONIA: Ich glaube, es handelt sich um eine Mischung von Problemen, nicht um ein einzelnes. Man kann nicht ein Einzelnes herauslösen. Wir waren jahrzehntelang über unsere Außenpolitik unzufrieden, über unsere Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, über immer weniger positive Ergebnisse auf allen Gebieten. Es wurde schließlich entschieden, den gesamten Komplex unserer Beziehungen zur Außenwelt neu zu überdenken.

Was die Frage der Abrüstung anbetrifft, so steht sie in engem Zusammenhang mit unseren inneren Problemen, nicht nur mit unserer Außenpolitik.

FRAGE: D. h. doch wohl, es gab wirtschaftliche und außenpolitische Sachzwänge für eine neue sowjetische Weltpolitik. Immerhin fand Gorbatschow 1985 ja auch noch einen akuten militärisch-politischen Spannungszustand, eine Weltkriegsgefahr vor, die es zurückzudrängen galt...

N. SIMONIA: Nicht nur das. Es war außerdem offensichtlich geworden, daß die Rüstungskontrollverhandlungen festgefahren waren, so daß es notwendig wurde, unser ganzes Herangehen radikal zu ändern. Und es galt, die Amerikaner dazu zu zwingen, ihre Herangehensweise ebenfalls zu ändern.

Zum anderen haben wir ins Kalkül gezogen, daß wir eine Menge Geld brauchen, um die Reformen durchzuführen. Anfangs hatte Gorbatschow vielleicht die Hoffnung, daß wir etwas an der Leitung verändern, eine diszipliniertere Wirtschaft einrichten, einige Ausgaben kürzen, einige Veränderungen vornehmen könnten, und das könnte genügen, um die Wirtschaft zu beschleunigen. Aber nach einem halben bis einem Jahr des Durchdenkens dieser Dinge ist er zu der Auffassung gelangt, daß das ganze System geändert werden muß, nicht allein die Wirtschaft, sondern das System als Ganzes, auch die Gesellschaft, der gesamte Überbau.

Aber um eine solche gewaltige Veränderung durchzuführen, braucht man mehr Geld und die Umverteilung aller dieser Haushaltsausgaben. Und der größte Posten ist die Rüstung, die außerordentlich teuer ist. Das ist jetzt offensichtlich, nachdem die Zahlen veröffentlicht wurden.

Es wurde also notwendig, eine andere Richtung einzuschlagen. Das Problem war so drängend, daß wir sofort darangingen, Abrüstungsinitiativen zu starten; zunächst auf dem Gebiet der Atomwaffen, danach auch der konventionellen Rüstung.

FRAGE: Und was ist mit einigen tiefgehenden Engagements der UdSSR in der Dritten Welt?

N. SIMONIA: Veränderungen hinsichtlich der Dritten Welt geschahen aus dem Verständnis heraus, daß es da eine Menge von Schwierigkeiten gibt und ihr Ende nicht absehbar wäre, sei es in Afrika, sei es in Afghanistan, sei es in Kambodscha.

Wir haben gesehen, daß es, solange es ein Herangehen in alter

Weise an diese Probleme gibt, nichtheilende Wunden an unserem Körper geben wird, ein Ausbluten, eine Verschwendung von viel Geld und immer mehr Menschen, die in diese schlechten, verlustbringenden Angelegenheiten hineingezogen werden. Daher entwickelte sich die Idee, auch diesen Aspekt zu überdenken. Weiter gab es auch noch die Idee, daß sogar unsere nichtmilitärische Zusammenarbeit überprüft werden müsse, auch die mit Ländern wie Vietnam, Angola und Kuba.

Wir haben festgestellt, daß wir auf allen Gebieten dieselben Fehler gemacht haben, und das ist logisch. Wenn man in der heimischen Wirtschaft nicht gut ist, wie kann man dann außerhalb des Landes gut sein? Wenn man seine eigene vertraute Wirtschaft nicht bewältigen kann, wie kann man dann Vietnam helfen, seine Wirtschaft wieder aufzubauen? Man wird dann die gleichen Fehler machen, und wir haben auch die gleichen Fehler gemacht.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, alles zu überdenken. Jedes Stück unserer Außenpolitik oder unserer Praxis der Zusammenarbeit mit dem Ausland ging unserer Führung durch den Kopf, langsam, Stück für Stück. Es ist nur logisch: Wer A sagt, muß auch B sagen. Und das geht durch das ganze Alphabet.

FRAGE: Bedeuten die von Ihnen aus Afghanistan gezogenen Lehren (siehe **DRITTE WELT** 11/1989) nicht auch in der Konsequenz, daß sich die Möglichkeiten des militärischen Eingreifens der Weltmächte USA und UdSSR in der Dritten Welt allgemein verringert haben, daß es heute engere Grenzen für das Ausspielen der militärischen Karte in der Dritten Welt gibt? Oder würden Sie nicht so weit gehen?

N. SIMONIA: Ich stimme mit Ihnen überein.

FRAGE: Und weshalb? Etwa, weil die Dritte Welt mehr Eigenständigkeit, mehr Beharrungsvermögen gewonnen hat?

N. SIMONIA: Ja, genau das. Wir in der Sowjetunion, die Leute, die für die Politik verantwortlich sind, haben immer noch eine etwas patriarchalische Herangehensweise an diese Probleme. Wir sind die Erwachsenen, und sie sind die Kinder. Aber das ist nicht korrekt, sie sind keine Kinder mehr.

Nicht alle Politiker in meinem Land haben ihre Einstellung geändert, ihr Denken geläutert, und verstehen die Wirklichkeit. Sie glauben immer noch, daß sie jemandem außerhalb ihres Landes Lehren erteilen könnten. Aber sie können keine Lehren erteilen, weil es draußen in der Dritten Welt eine Menge Politiker gibt, die sehr viel weiser sind als diese Sorte von Politikern in meinem Land.

FRAGE: Ihr Nein zur Bevormundung oder zur Einmischung gegenüber verbündeten Ländern gilt als eine Säule des Neuen Den-

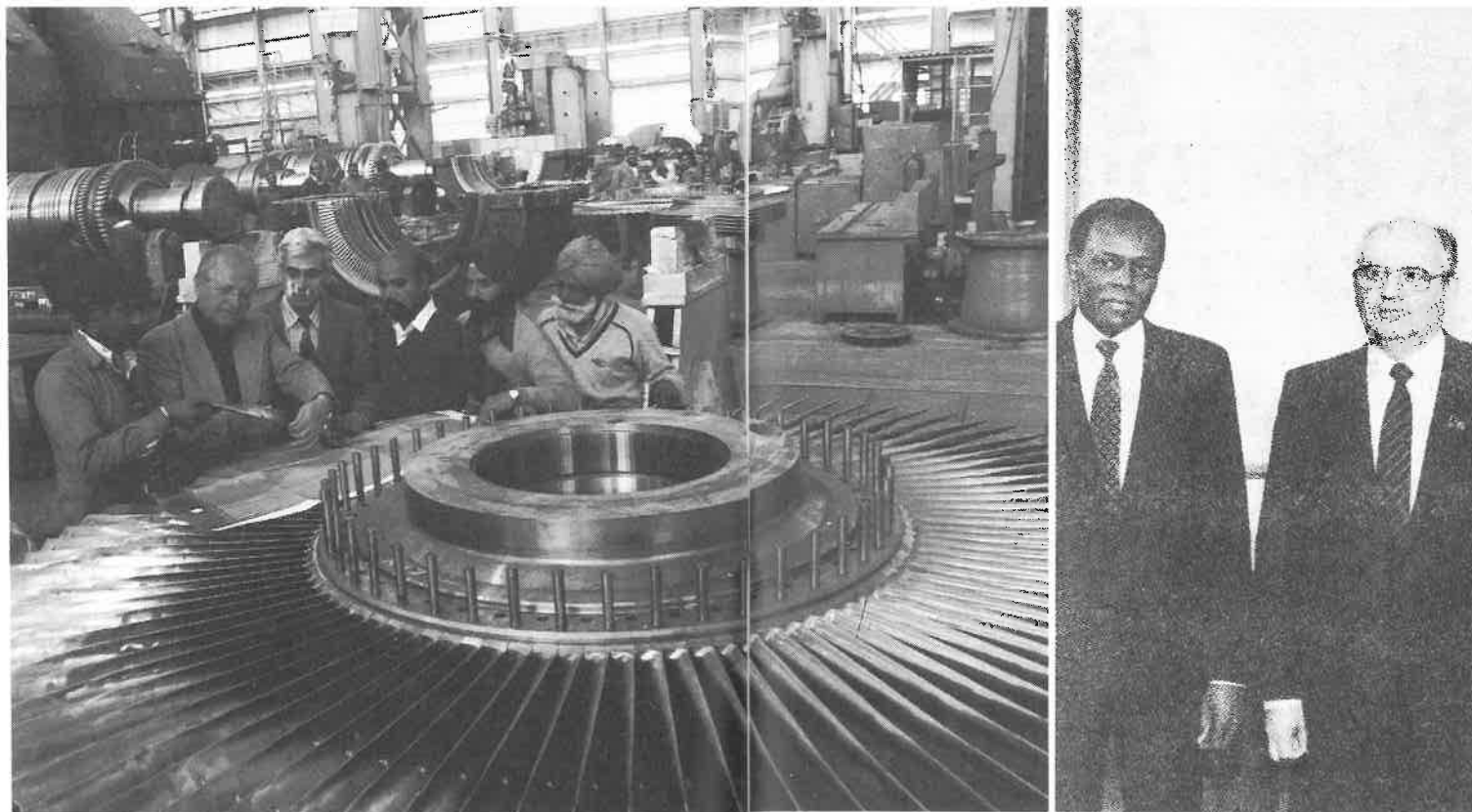
WIR MÜSSEN ABSTAND NEHMEN VOM GLÜCKSPIELERKONZEPT, KÖNNEN ABER NICHT UNSERE SOLIDARITÄT MIT REVOLUTIONÄREN KRÄFTEN IN DEN VERSCHIEDENSTEN LÄNDERN, ETWA NICARAGUA, PREISGEBEN.

kens. Welche verdient es noch, besonders hervorgehoben zu werden?

N. SIMONIA: Allen voran der Realismus. Er ist das Schlüsselwort aller meiner Ausführungen. Was braucht man, was ist Neues Denken? Realismus, nicht mehr.

FRAGE: In der Konzeption des Neuen Denkens spielte das Prinzip „Abrüstung für Entwicklung“ von Anbeginn eine Rolle. 1988 gab es eine gemeinsame Plattform der KPdSU mit der SPD zu diesem Thema. Darin findet sich ein Punkt, der besagt, daß, wenn der globale Abrüstungsprozeß zum Tragen käme, dies den Beginn der Abrüstung zugunsten der Entwicklung einläuten könne. Was meinen Sie, müßte im Abrüstungsprozeß realisiert werden, damit jenes Prinzip praktisch zum Tragen kommen könnte?

N. SIMONIA: Erforderlich wäre der Einstieg in die konventionelle Abrüstung, denn die atomare allein kann uns nicht helfen. Die Atomwaffen machen nicht die hauptsächliche Geldausgabe aus.



Mit sowjetischer Unterstützung in Hardwar (Indien) errichtetes Werk für Elektroschwermaschinenbau; rechts: Moskau-Besuch des angolanischen Präsidenten dos Santos im Jahr 1986

FRAGE: Die Ausgaben für die atomare Rüstung betragen ungefähr 10 % der gesamten Militärausgaben, nicht wahr?

N. SIMONIA: Ja, der Hauptanteil unserer Gesamtausgaben in der ganzen Welt bezieht sich auf die konventionelle Rüstung. Das ist der Punkt. Das bedeutet Truppenverminderungen und große Reduzierungen in der Rüstungsindustrie, die diese normalen Truppen mit Rüstungsgütern versorgt.

Mich stimmen auch die jetzt in Europa stattfindenden Verhandlungen über die Frage einer Kürzung der konventionellen Rüstungen optimistisch. Wenn das eintritt, kann dieser Prozeß wirklich große finanzielle Ressourcen freisetzen, die teilweise für unsere eigene Entwicklung, teilweise für die Entwicklung der Außenwelt, der Länder der Dritten Welt, verwendet werden können. Das ist ein durchaus realistisches Programm.

FRAGE: Erwarten Sie denn in naher Zukunft einen größeren Schritt vorwärts in diese Richtung?

N. SIMONIA: Ich bin optimistisch, weil ich die sich verändernden Bedingungen in der ganzen Welt sehe. Verhaltensweisen ändern sich. Eine Einbeziehung breiter Massen in den Friedensprozeß findet statt. Die Volksdiplomatie wird jetzt zu einer realen Form. Sie kann indirekt Einfluß auf Regierungsentscheidungen nehmen.

Das ist zwar ein sehr komplizierter Prozeß, aber schließlich führt dies alles dazu, daß es Verschiebungen in den Positionen westlicher Regierungen gibt, einschließlich der amerikanischen. Es ist ein harter Kampf, es ist ein langwieriger Kampf, der Rückschläge mit sich bringen wird, aber am Ende wird ein Fortschritt stehen. Und ich hoffe, daß er Ergebnisse bringen wird.

FRAGE: Was halten Sie von der Auffassung, daß mit der politischen Lösung regionaler Konflikte ein Schub in Richtung Entmilitarisierung einhergehen könnte? Es handelt sich ja dabei um die am meisten hochgerüsteten Regionen der Dritten Welt. Sollte es eine Art von Entmilitarisierung für diese Regionen geben, so würde wohl auch der Druck auf die beteiligten Großmächte, sich zurückzuziehen, zunehmen. . .

N. SIMONIA: Ich stimme völlig mit Ihrem Grundgedanken überein. Ja, die regionalen Entwicklungen haben einen hohen Stellenwert für Abrüstung und Entmilitarisierung.

Was mich jedoch während dieser letzten zwei, drei Jahre am meisten beunruhigt hat, ist das sog. Mini-Wettrüsten zwischen den Entwicklungsländern selbst. Das wird für mich immer besorgniserregender, weil sie an diesem Prozeß beteiligt sind und sich ihre eigenen Militärindustrien schaffen. Sie kaufen eine Menge Rüstungs-

güter, hochentwickelte Rüstungen zum Teil, und sie entwickeln ihre eigenen Raketen und so weiter.

Ich befürchte, daß wir dem nicht genügend Aufmerksamkeit schenken aufgrund unseres alten Denkens, daß sie immer noch unwichtige Kinder seien, und wir uns dann eines Tages der Lage gegenübersehen, daß wir nach irgendeiner Art von Abrüstungsabkommen zwischen Ost und West neuen Gefahren ausgesetzt sind,

DIE MÖGLICHKEITEN, IN DER DRITTEN WELT EINE SOZIALISTISCH ORIENTIERTE ENTWICKLUNG IN EINER VIELZAHL VON LÄNDERN AUFRECHTZUERHALTEN, SIND ÄHNLICH BEGRENZT WIE DIE HILFSFÄHIGKEIT DER SOZIALISTISCHEN INDUSTRIESTAATEN.

welche von einigen Entwicklungsländern ausgehen, die zwischenzeitlich zu Großmächten geworden sind, darunter große Länder wie Brasilien oder Indien.

FRAGE: Aber das bedeutet doch in erster Linie, daß die Notwendigkeit wächst, sie in solche Abrüstungskonzepte einzubeziehen?

N. SIMONIA: Das schon. Aber es wird notwendig sein, diese Frage in den Vordergrund zu rücken, nachdem wir in einen umfangreichen Abrüstungsprozeß mit den USA eingetreten sind. Dann werden Frankreich und Großbritannien an der Reihe sein, sich stärker an diesem Prozeß zu beteiligen. Danach müssen sich die Entwicklungsländer an den Anstrengungen beteiligen. Andernfalls wird es ein doppeltes Spiel geben.

FRAGE: In der neuen sowjetischen Außenpolitik wurde die sog. Breschnew-Doktrin, d. h. eine begrenzte Solidarität bzw. ein Interventionsanspruch, umschrieben als „sozialistischer Internationalismus“, gestrichen. Wird der Internationalismus jetzt von Staatsraison abgetrennt?

N. SIMONIA: Wir haben das Wort tatsächlich arg mißbraucht. Wenn es in unserem Interesse lag, mehr Allianzen gegen den Imperialismus zusammenzuzimmern, dann sagten wir, das sei Internationalismus. Wir benutzten ihn genauso zur Rechtfertigung aller unserer Einmischungsakte nach außen.

Wir pflegten zu sagen, wir erfüllen unsere internationalistische

Pflicht und schickten Truppen nach Afghanistan. Stand das im Einklang mit der marxistisch-leninistischen Lehre? Wir können mit der Losung des Internationalismus nicht den Export der Revolution rechtfertigen.

FRAGE: Und was macht im positiven Sinn Ihr heutiges Selbstverständnis von Internationalismus aus?

N. SIMONIA: Wir müssen meiner Auffassung nach die ursprüngliche Bedeutung des Wortes „Internationalismus“ überdenken und neu beleben. Was bedeutet das denn wirklich?

Internationalismus bedeutet doch Solidarität mit gleichwertigen politischen Kräften. Wir können nicht davon abgehen, revolutionären Kräften in den verschiedensten Ländern zu helfen, wenn sie eine wirkliche Revolution beginnen.

FRAGE: Was verstehen Sie unter wirklicher Revolution?

N. SIMONIA: Ich verstehe darunter, daß es eine Revolution gibt, an der die Massen beteiligt sind, so daß die Revolutionäre ihre eigene gesellschaftliche Basis haben. Ich denke zum Beispiel, daß es sich in Nicaragua um eine wirkliche Revolution handelt. Sie haben den bewaffneten Kampf begonnen, aber sie hatten eine soziale Basis. Deswegen sind sie an die Macht gelangt und noch immer an der Macht. Ansonsten wären sie unverzüglich gestürzt worden.

Das Problem besteht darin, daß eine Entscheidung getroffen und dem Land geholfen werden muß, wenn offensichtlich ist, daß es eine Teilnahme des Volkes oder zumindest der Mehrheit des Volkes gibt. Dann ist ein größeres Hilfsengagement gerechtfertigt. Das ist Solidarität, Internationalismus, das ist in Ordnung.

Aber das bedeutet nicht, auch nicht in diesem Fall, daß man sofort Truppen nach Nicaragua senden muß. Aber man muß versuchen, direkte Hilfe zu leisten, indem man bestimmte Kompromisse schließt, Verhandlungen führt und organisiert, Lebensmittelhilfe leistet, Medikamente, Lehrer, Berater, alles Mögliche schickt. Aber das heißt nicht, daß man die Revolution an ihrer Stelle macht. Das ist der Kernpunkt von Solidarität, von Internationalismus.

FRAGE: Heißt das auch, daß die Hilfe der Sowjetunion auch in Zukunft die Unterstützung bedrohter Revolutionsprozesse gegen imperialistische Interventionen einschließen wird?

N. SIMONIA: Ja natürlich. Wenn man sieht, daß sie von äußeren Kräften bedroht sind, dann muß man ihnen helfen, diese schädlichen Aktivitäten von außen auszugleichen.

Man kann nicht den Entwicklungsländern das Recht auf gesellschaftlichen Fortschritt, auf irgendeine Art von Fortschritt verweigern. Wir können nicht mit den Amerikanern übereinstimmen, die uns vor vielen Jahren einmal den Vorschlag gemacht haben, auf der Grundlage des Status quo friedlich zu koexistieren. Das ist unmöglich. Man kann die Geschichte nicht aufhalten.

Geschichte ist Entwicklung. Und es wird immer Revolutionen, Gegenrevolutionen, alles mögliche geben. Diese Wirklichkeit müssen wir sehen. Das ist eine Sache, die heute sehr wichtig ist, auch wegen der Gefahr der Atomwaffen. Wir müssen deshalb zugleich unser Bestes versuchen, zu irgendeiner Art von internationaler Übereinkunft zwischen den Großmächten zu kommen, daß wir bei solchen Ereignissen in diesen Ländern nicht eingreifen, daß wir diese Länder nicht als Erprobungsgelände für unsere Waffen betrachten.

Wir müssen von dieser Art des Herangehens Abstand nehmen. Wir müssen Abstand nehmen vom Glücksspielerkonzept Amerikas, das ein sozialistisch orientiertes Land als Gewinn für die UdSSR und als Verlust für die USA betrachtet. In der Wirklichkeit ist es manchmal genau umgekehrt. Denn wenn es ein sozialistisch orientiertes Land gibt, das sehr arm, sehr rückständig und nicht in der Lage ist, sich selbst zu verteidigen, dann bringt das für uns so viele Verluste mit sich, daß es ein „Spielgewinn“ für Amerika ist, nicht für uns. Wir müssen deshalb davon Abstand nehmen.

Und es muß so etwas wie einen Verhaltenskodex, einen Moral-kodex für Großmächte geben. Das ist eine Notwendigkeit. Das ist nicht die glänzende Idee eines einzelnen Menschen, eines einzelnen Landes, es ist eine objektive Notwendigkeit. Wir sind bereit dazu. Das ist ein Teil unseres Neuen Denkens. Aber es ist sehr schade, daß Amerika noch immer auf dem alten interventionistischen Standpunkt verharret.

FRAGE: Sie haben bei der Suche nach Alternativen und Lösungs-



Entwicklungshilfe am richtigen Ort: sowjetische Ärztin in Managua

wegen ihre Kontakte wohl durchgängig verbreitert, gerade auch in den kapitalistischen Hauptländern. Was bewog sie dazu?

N. SIMONIA: Weil wir traditionell den revolutionären Prozeß in den 50er bis 70er Jahren nur in den Entwicklungsländern sahen, vergaßen wir immer wieder völlig die westlichen Länder und die strategischen Interessen der linken Kräfte, der Kommunisten und Sozialdemokraten dieser Länder. Ihnen gebührt Beachtung.

Sie sind ebenfalls dabei, ihre Position in diesen kapitalistischen Gesellschaften zu überdenken und sich eine neue Sicht ihrer Entwicklungsperspektiven in diesen Ländern anzueignen. Wenn man es ernst nimmt, ist der sozialökonomische Aspekt des Sozialismus in diesen westlichen Ländern am besten vorbereitet.

Wir haben früher alle unsere Aufmerksamkeit darauf gerichtet, den Opportunismus aufzuspüren, und linke Kräfte in den westlichen Ländern der Abweichung vom Marxismus angeklagt. Aber in Wirklichkeit versuchen sie, neue Lösungen zu finden, neue Herangehensweisen, neue Erklärungen für Prozesse, die in diesen Ländern ablaufen.

Wenn es morgen in Westeuropa ein sozialistisches Land geben wird, sind wir sofort ein rückständiges Land im gesellschaftlichen Sinne. Das dürfen wir nicht vergessen. Wir haben von diesen Ländern eine Menge zu lernen. Wir müssen die ganze Welt sehen, nicht nur einen Aspekt, nicht nur die Entwicklungsländer oder sozialistischen Länder.

FRAGE: Sie unterziehen in der UdSSR gegenwärtig ihr Sozialismusbild einer Revision. Was bedeutet das angewandt auf die Dritte Welt, auf dortige Aussichten auf sozialistische Entwicklungsprozesse?

N. SIMONIA: Die ursprüngliche Idee eines kurzen Weges des weltrevolutionären Prozesses zum Sozialismus erwies sich als illusionär. Wir sehen heute klarer denn je, daß es ein ungleichmäßiger Prozeß ist, ein langsamer Übergangsprozeß. Er benötigt nicht nur Jahrzehnte, sondern vielleicht 100 oder 200 Jahre. Es gibt daher jetzt auch einen Bruch unserer Illusionen über die Möglichkeit, das System des Weltsozialismus über Asien, Afrika und Lateinamerika im Schnellverfahren auszudehnen.

Es gab bis in die 70er Jahre bei uns einige Illusionen infolge einiger Sozialismus-Ergebnisse wie China, Vietnam, Nordkorea – das war die erste Welle der volksdemokratischen Revolutionen. Dann gab es eine zweite Welle, die der sozialistischen Orientierung. Es wird einige Ergebnisse unter dem Strich geben, die sehr bescheiden ausfallen werden. Der Rest wird in die kapitalistische Orientierung zurückfallen, so wie es im Fall Ägypten geschehen ist.

Wir müssen damit rechnen, daß noch mehr Länder von der sozialistischen Orientierung abgehen werden, die sich jetzt noch auf diesem Weg befinden, vielleicht Äthiopien, vielleicht der Südjemen usw.

FRAGE: Sie haben bei der ersten Gruppe – einmal abgesehen von der Mongolei und Laos – Kuba vergessen!

N. SIMONIA: Das war ein Versehen, man darf es nicht vergessen. Ich meine, es wird ein Nettoergebnis mit Kuba geben.

Vielleicht halten sich einige der Länder, die heute als sozialistisch orientiert bezeichnet werden. Meines Erachtens haben sie eine Chance, wenn sie „Reformisten“ sind, wenn sie nicht von ei-

nem Tag auf den andern oder innerhalb von einem oder zwei Jahren radikale revolutionäre Veränderungen einzuführen suchen.

FRAGE: Heißt das auch eine gemischte Wirtschaft wie in Nicaragua?

N. SIMONIA: Ja. Simbabwe ist das beste Beispiel für die Lösung dieser Art von Problem.

Worin ist sie zu sehen? Wenn die revolutionärdemokratischen Führungen in ihren Ländern überlebt haben, dann müssen sie alle ihre Anstrengungen darauf konzentrieren, eine Neue Ökonomische Politik zu machen, wie sie von Lenin formuliert wurde. Sie müssen verschiedene Formen des Staatskapitalismus im Innern und nach außen anwenden. Sie leiden nicht deshalb Not, weil sie zuviel Kapitalismus haben, der sie bekämpft, sondern – wie Lenin es in bezug auf Rußland sagte – sie leiden Not, weil es ihnen an Kapitalismus mangelt. Darin besteht ihr Problem.

Sie brauchen deshalb eine Menge Kapitalismus, aber kontrolliert durch die revolutionärdemokratische Regierung.

FRAGE: Was unterscheidet diese dann noch von einer bourgeoise oder probourgeoise geführten Regierung in der Dritten Welt?

N. SIMONIA: Das Problem besteht darin, daß es sehr viel schwieriger ist, wenn revolutionäre Demokraten an die Macht gelangen und auf den Sozialismus orientieren wollen.

Es ist dann nämlich doppelt schwierig: Wenn man die inneren Bedingungen des Landes, die mangelnden sozioökonomischen Voraussetzungen nimmt, so ist das eine Seite. Die andere Seite besteht darin, daß eine sehr große Hilfe von außen dafür notwendig ist. Aber die Möglichkeiten der UdSSR und der ganzen Gruppe der sozialistischen Länder sind sehr begrenzt.

FRAGE: Worin sehen Sie die tieferen Ursachen dieser Begrenztheit?

N. SIMONIA: Die erste Ursache ist in der Geschichte zu suchen. Sie wurzelt darin, daß der Sozialismus nicht in hochentwickelten Ländern begann, sondern im rückständigen Rußland. Und wir haben immer noch eine ganze Menge Schwierigkeiten. Deshalb sind unsere Möglichkeiten auf Dauer noch begrenzt.

FRAGE: Also muß eine Konsequenz ja wohl darin bestehen, sozialistisch orientierte Regimes dazu zu ermuntern, ihre Hilfsquellen zu diversifizieren, oder?

N. SIMONIA: Da stimme ich mit Ihnen überein. Ich möchte hinzufügen im Sinne Lenins: „Lieber weniger Sozialismus, aber dafür besser.“

Es wäre besser, nicht so viele sozialistisch orientierte Länder zu haben, sondern nur einige, aber dafür von guter Qualität. Das ist die Hauptidee, daß man nicht versuchen soll, ausgedehnte revolutionäre Veränderungen in der ganzen Welt zu bewerkstelligen oder künstlich mit anzuschieben, keine extensive Art von Veränderungen, sondern eine intensive. Es ist jetzt an der Zeit, zu intensiven revolutionären Veränderungen zu kommen.

AFGHANISTAN

ANNEGRET ERGENZINGER

Eindrücke von einer Afghanistan-Visite

Suche nach einem Konsens

Das zehnjährige Jubiläum der sowjetischen Militärpräsenz in Afghanistan Ende Dezember d.J. fällt aus. Die afghanische Regierungsseite ist – auf sich gestellt – besser als zuvor mit der Verteidigung ihres Landes fertig geworden. Diese Erkenntnis brachte unsere Bremer Mitarbeiterin Annegret Ergenzinger von einem Aufenthalt am Hindukusch mit.

Die Heimkehr der sowjetischen Soldaten, die im Februar d.J. abgeschlossen worden war, hat den Blick für die ausländischen Unterstützer der anderen Seite geschärft: Vor allem Pakistan wird in Afghanistan als aktiver militärischer Intervent und Verletzer des Genfer Afghanistan-Abkommens (vom April 1988) wahrgenommen.

Die gegenwärtige Stärke der von der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) geführten Regierung und des Militärs rührt jedoch auch aus anderen Quellen her. Sie ist daraus erwachsen, daß die DVPA-Regierung ihre Politik geändert hat,

um den Frieden zu erreichen. Mit der Politik der Versöhnung ist sie davon abgegangen, soziale Reformen auf Biegen und Brechen im politischen Alleingang in einem Land mit halbfeudalen Strukturen durchzusetzen.

Die bestehenden innerafghanischen Kräfteverhältnisse anerkennend, will sie mit ihren Gegnern die Macht teilen, um den Krieg zu beenden und die Einheit Afghanistans zu erhalten. „Der Krieg kann von keiner Seite gewonnen werden. Gelitten wird auf beiden Seiten, deshalb muß der Bruderzwist geschlichtet werden“, wiederholt Präsident Nadjibullah immer wieder.

Und er stellt einen Stufen-Friedensplan vor:

- Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz mit den Teilnehmern Afghanistan, Pakistan, Indien, China, Vertretern der Nichtpaktgebundenen, anderen Interessierten sowie den USA und der UdSSR als Garantiemächten. Festlegung der Blockfreiheit, Neutralität und Entmilitarisierung des Landes;
- Parallel dazu ein sechsmonatiger Waffenstillstand und Friedensgespräche aller afghanischen Konfliktparteien mit Hilfe der UNO;
- Bildung einer vorläufigen Regierung, Erarbeitung einer Verfassung und eines Wahl-

Straßenszene in Kabul



SOLIDARIDAD

Berichte über Frauen in Chile

Auf 28 Seiten bringt diese Sonderausgabe der SOLIDARIDAD ins Deutsche übersetzte Artikel aus chilenischen Publikationen von und über die Situation der Frau in Chile.

Aus dem Inhalt:

- Die Situation der Arbeiterinnen
- Zur Lage der Hausangestellten in Chile
- Die Saisonarbeiterinnen
- Violeta Parra - die ewige, irdische Frau
- Kinderprostitution als soziale Krisenerscheinung
- CEMA - die Frauenorganisation des Regimes
- Die chilenische Frau vor dem Gesetz



Die SOLIDARIDAD gibt es für 4,00 DM

Bestellungen an:
Katholische StudentInnen-Gemeinde Münster, Redaktion SOLIDARIDAD, Frauenstr. 3 - 7, 4400 Münster,
Tel. 0251/40027

gesetzes, Verabschiedung durch eine Loya Jirga (große Ratsversammlung);

● Wahlen unter Aufsicht der UNO und/oder der Nichtpaktgebundenen. (2)

Das ist Zukunftsmusik. Für ihre Realisierung hat die Regierung das in ihrer Macht stehende getan, um einer Lösung näher zu kommen: Neben einer Umorganisation des Staatsapparates und der gesellschaftlichen Organisationen, die modernen und traditionellen Kräften Spielraum läßt und in manchem an das Afghanistan von Exkönig Zahir Shah erinnert, hat v.a. die Abgabe von Macht an die Kommandanten der Mujahedin auf dem Land schon heute vertrauensbildende und deeskalierende Effekte.

Seit dem Abzug der Sowjets wurde nach Angaben von Generalmajor Abdul Haq Ulu-mi mit 185 Gruppen, die 33 000 bewaffnete und 35 000 unbewaffnete Afghanen umfassen, ein Waffenstillstand vereinbart. Die Kommandanten verwalten ihre Gebiete selbst und unterhalten Beziehungen zur Zentralregierung nach eigenem Ermessen. Die Regierung unterstützt diese Regionen auf Anforderung mit Waffen und Nahrungsmitteln. Weitere Gruppen, die 17 000 Menschen umfassen, haben einen Friedensvertrag unterzeichnet und arbeiten mit der Regierung zusammen. (3)

Schätzungsweise verfügen die Mujahedin zur Zeit noch über ca. 100 000 bewaffnete Kämpfer, denen eine defensiv orientierte große Armee, Spezialeinheiten, Stammesmilizen und Selbstverteidigungsgruppen gegenüberstehen. Doch sagen Zahlen wenig aus in einem Guerillakrieg, wo mit geringem Aufwand eine Straße, ein Militärposten, ein Dorf oder ein Elektrizitätswerk attackiert werden kann.

Aussagekräftiger sind Nachrichten, daß ein Versorgungskonvoi mit über 1000 Lastwagen – erstmals seit Jahren – von der sowjetischen Grenze entlang der iranischen Grenze via Herat die Stadt Kandahar erreichte. Neben Militärgütern wurden die notwendigen Nahrungsmittel für den Winter transportiert. Die Gruppen entlang der Straße und um Herat haben entweder den Konvoi passieren lassen oder bereits einen Waffenstillstand mit der Regierung vereinbart. In Kandahar, in der Nähe der pakistanischen Grenze, haben lokale Oppositionsgruppen das Angebot des Fundamentalistenführers Hekmatiar aus Pakistan, zusammen mit seiner Gruppe die Stadt einzunehmen, zurückgewiesen.

Die Grenzprovinzen Kunar, Nangahar, Paktia, Zabul und Kandahar werden von den Mujahedin angegriffen oder sind in der Hand der Opposition. Die Straße, die Kabul mit dem Norden und der Sowjetunion verbindet, ist meist frei. Sie wird von Milizen bewacht. Oppositionsgruppen kassieren zuweilen Wegezölle, bevor sie die Güter passieren lassen. In den Provinzen im Norden des Landes herrscht im großen und ganzen Frieden und Zentralafghanistan bleibt sich selbst überlassen.

Die Versöhnungspolitik Nadjibullahs greift hauptsächlich deshalb, weil sie eine



Zusammenkunft der Loya Jirga in Kabul

weitverbreitete Stimmung unter der Bevölkerung aufnimmt. Die AfghanInnen wollen Frieden; sie sind erschöpft von den Rissen und Tragödien, die ihre großen Familien, ihre Sippen, Stämme und einzelnen Völker spalten.

Dies ist auch die **Grundstimmung in Kabul** (4). Im Schmelztiegel des Vielvölkerstaates wird die Friedenspolitik unterstützt und trägt der Regierung Respekt ein. Dies heißt nicht, daß alle KabulerInnen DVPA-AnhängerInnen geworden wären. Es wird viel auf die Regierungspartei geschimpft und häufig an die friedlichen Zeiten von Ex-

könig Zahir Shah erinnert. Damals war Frieden.

Heute ist Krieg in Kabul. Durchschnittlich gehen seit dem Abzug der Sowjets sieben Raketen pro Tag auf Kabul nieder. Bis Ende September d.J. sind nach afghanischen Angaben über 800 ZivilistInnen – Männer, Frauen, Kinder – bei Raketenangriffen in Kabul ums Leben gekommen, 1300 Menschen wurden schwer verletzt. (5) Hauptgesprächsstoff auf den Straßen, in Büros und Privathäusern ist der Austausch von Informationen, wo Raketen niederge-

gangen sind. Jede/r zufällige GesprächspartnerIn wünscht sich Frieden.

Gesprächsthema Nr. 2 in Kabul ist die Versorgungslage. Die Grundnahrungsmittel – Brot und gesüßter Tee – sind so teuer, daß sie das monatliche Einkommen einer gering verdienenden Kleinfamilie übersteigen. Petroleum, das zum Kochen gebraucht wird, ist kaum erhältlich. Viele Stadtteile erhalten nur jeden zweiten Tag Licht, weil ein Kraftwerk von Raketen getroffen wurde.

Zwar bekommen schätzungsweise 240 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes und Soldaten Coupons, für die sie günstig oder umsonst Mehl, Fett, Zucker, Trockenmilch, Waschmittel und Petroleum erhalten. Jedoch reicht die Menge nicht aus, um die großen Familien zu ernähren. In schlechter Erinnerung an den letzten Winter, als Kabul hungerte, weil die Nahrungsmitteltransporte aus der Sowjetunion am Salangpaß durch die Mujahedin und Schneefälle aufgehalten wurden, rüsten sich die KabulerInnen für den Winter.

Auch die Regierung hat Vorsorge getroffen. Der stellvertretende Ministerpräsident Barialai – Bruder des abgesetzten Babrak Karmal und vor wenigen Monaten aus dem Gefängnis entlassen – hat Nahrungsmittelvorräte in Kabul und anderen Städten angelegt. Sie kommen aus der Sowjetunion, wovon der größte Teil gespendet ist. Der letzte schlimme Winter wird sich wahrscheinlich nicht wiederholen. Allerdings rechnen Experten der UN-Unterorganisationen UNICEF und WHO in Kabul damit, daß der Nahrungsmittelbedarf der Schwangeren, Stillenden und Kinder kaum gedeckt werden kann. Die UN-Organisationen verfügen über nur wenig eigene Vorräte, weil die mei-

sten westlichen Länder, einschließlich der Bundesrepublik, sich bisher weigern, humanitäre Hilfe zu leisten. (6)

Die Furcht vor Raketen und vor Hunger geht um in Kabul und zermürbt die Zweimillionenstadt, die viele Flüchtlinge aus den Provinzen beherbergt. Man könne ja noch verstehen, wenn militärische Einrichtungen beschossen würden. Aber warum, so fragen die KabulerInnen, werden fast ausschließlich Privathäuser, Schulen, Kindergärten und Läden getroffen und unschuldige Männer, Frauen, Kinder verletzt und getötet?

Die Wut über diejenigen, die in die Stadt schießen, steigt auf der anderen Seite. Die Opposition, die als Bestandteil ihrer psychologischen Kriegführung wahllos Raketen aus 30-60 km Entfernung in die Stadt feuert

**NADJIBULLAHS
VERSÖHNUNGSPOLITIK GREIFT
HAUPTSÄCHLICH DESHALB,
WEIL SIE EINER
WEITVERBREITETEN
STIMMUNG DER
KRIEGSMÜDIGKEIT
ENTSPRICHT**

und versucht, die Lebensmittelversorgung zu unterbinden, wird verflucht.

Politische Aufrufe und Nötigungen seitens der Opposition stoßen anscheinend auf wenig Resonanz. Der Aufforderung der Opposition an Beamte und Parteimitglieder, ihre Namen an Mittelsmänner weiterzugeben, damit sie beim bevorstehenden Sturm auf Kabul verschont bleiben, wurde kaum befolgt.

Vor einigen Monaten wurden Zettel im Bazar angeschlagen mit der Aufforderung, die Läden zu schließen, da eine Machtübernahme der Mujahedin unmittelbar bevorstehe. Ein Teil der Läden war einige Tage geschlossen, wurde jedoch wieder geöffnet, als nichts geschah. Flugblätter der Gruppe Hekmatiar, in denen Studentinnen angewiesen wurden, den Schleier anzulegen und zuhause zu bleiben, wurden ignoriert.

Der derzeitige Zustand der **Opposition** ist desolat. Ihres gemeinsamen Gegners – der Sowjetunion – beraubt, mit der Kriegsmüdigkeit in den eigenen Reihen und konkrreten Vorschlägen der Gegenseite konfrontiert, handelte sich die „Übergangsregierung“ der Siebener-Allianz (7) in Islamabad eine militärische Niederlage in Jalalabad ein, das sie als zukünftigen Regierungssitz vorgesehen hatte. Weitere angekündigte Offensiven blieben aus oder waren erfolglos. In der Folge nahmen die bewaffneten Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen zu und dominierten streckenweise das Kriegsgeschehen. (8) V.a. Kämpfe zwischen drei der vier Fundamentalistengruppen der Siebener-Allianz führte dazu, daß die

rechtsextremistische Gruppe Hekmatiar vorläufig aus der Allianz ausschied. Die fundamentalistische Gruppe Sayaf – vom wahabitischen Saudi-Arabien unterstützt – hat sich zunehmend isoliert. Dementsprechend erhöhte sich das Gewicht der drei Traditionalistengruppen in der Allianz.

Tendenzen sind erkennbar, daß – durch erheblichen Druck der ausländischen Sponsoren – ein breiteres Zweckbündnis unter Einbeziehung der schiitischen Meschad- bzw. Achter-Allianz im Iran, der lokalen Kommandanten, der afghanischen Intelligenz in Europa/USA und „guter“ Muslime aus Afghanistan, unter Ausschuß der Fundamentalisten, zusammengebracht werden soll. Entsprechende Vorschläge des Exkönigs Zahir Shah weisen in diese Richtung.

Diese Wunschkoalition war im letzten Jahr an den Machtansprüchen und widersprüchlichen Interessen der Siebener-Allianz gescheitert. Auch jetzt ist zu bezweifeln, daß sich diese ebenfalls in sich widersprüchliche Konstellation rasch herausbilden und der Verhandlungswille mit Kabul zunehmen wird.

Wie die vergangenen Monate drastisch gezeigt haben, wäre der Krieg auch dann nicht zu Ende, wenn die DVPA-Regierung zurückträte, was die Traditionalisten fordern. Die mittelfristige Konsequenz wäre ein zweiter Libanon. Afghanistan würde in Einflußgebiete verschiedener, sich ständig bekriegerender Oppositionsgruppen und lokaler Kommandanten zerfallen.

Eine starke Präsenz der Regionalmächte Pakistan, Iran und einiger arabischer Staaten und eine mögliche Konfrontation der Weltmächte würden einen permanenten Krisenherd im Mittleren Osten schaffen. Auch deshalb sind alle Konzepte, die ausschließlich auf die Opposition bauen, Konzepte zur Weiterführung des Krieges nach dem „Sieg“.

UN-Generalsekretär P. de Cuellar: „Ein Konsens muß auf nationaler und internationaler Ebene gefunden werden.“ (9) Wie verhalten sich die internationalen Konfliktparteien zu einer politischen Lösung?

Zweifellos ist die **Sowjetunion** aus berechtigtem Eigeninteresse an einer raschen Lösung des Afghanistankonflikts interessiert. Sowohl national wie international sind die Folgen ihres Militärengagements noch nicht bewältigt. Zudem sind eigene ökonomische Probleme zu lösen, das Haushaltsdefizit von 100 Mrd Rubel spricht für sich. (10) Die Sowjetunion hat jedoch – entgegen den Erwartungen der USA (11) – die DVPA nicht fallenlassen. Sie unterstützt die politischen Lösungsvorschläge der afghanischen Regierung und bringt eigene Initiativen ein.

Eine von der UdSSR gemeinsam mit Pakistan eingebrachte Resolution, die Anfang November d.J. in der UN-Vollversammlung verabschiedet wurde, besagt, daß eine politische Lösung unverzichtbar ist und eine zukünftige Regierung auf breiter Basis zustande kommen muß. Doch bleibt die darin der DVPA zuzubilligende Rolle strittig. (12)

Wracks von überfallenen Regierungskonvois an der Straße zwischen Kandahar und Herat



Die Minderheiten scheuen die Siebener-Allianz

Ethnische Zugehörigkeiten spielten und spielen im Vielvölkerstaat Afghanistan eine große Rolle. In Afghanistan leben 30-35 Völker und große Stämme, darunter acht große Völker: die PaschtunInnen, die TadschikInnen, die Hazarah, die UsbekInnen, TurkmenInnen, Nuristani, BelutschInnen und Pashai. Alle großen und kleinen Völker haben ihre eigene Sprache, Geschichte und Kultur. Die PaschtunInnen machen ungefähr 50 % der Bevölkerung aus und nehmen eine dominierende Rolle in der Geschichte und im aktuellen Konflikt ein. Annegret Ergenzinger sprach für die DRITTE WELT in Kabul mit einem Vertreter der nichtpaschtunischen 50 %. M. A. Nabizada ist Präsident der Abteilung für nationale Angelegenheiten (der Minderheiten), einer Abteilung des Ministerrates, die Vertretungen in acht der 27 Provinzen unterhält.

FRAGE: Ihre Abteilung arbeitet für die Rechte der nationalen Minderheiten. In welcher Weise sind Sie tätig?

M. A. NABIZADA: In der Vergangenheit – vor der Aprilrevolution 1978 – waren die nationalen Minderheiten wegen ihrer Volkszugehörigkeit und teilweise wegen ihres Glaubens politisch, kulturell und ökonomisch mehr oder weniger diskriminiert. Wir versuchen, die Diskriminierung aufzuheben und die nationalen Kulturen zu pflegen.

Zum einen sind wir im kulturellen und bildungspolitischen Bereich aktiv. Wir initiierten z. B. die Pflege der nationalen Kulturen, indem wir erstmalig Wochenzeitungen, Zeitschriften und Radiosendungen unterstützten, die in den Sprachen der Usbeken, Turkmenen, Belutschen und Hazarah erscheinen. Die usbekischen und turkmenischen Kinder werden bis zur vierten Klasse in ihrer Muttersprache unterrichtet. Wir möchten den muttersprachlichen Unterricht bis zur Mittel- oder Oberstufe ausdehnen. Es fehlt uns aber v. a. an Lehrmaterial.

Seit 1982 haben die verschiedenen Völker eigene Vertreter im Parlament, im Senat und in der höchsten Rechtsprechung. Auch heute sind die Minderheiten aber noch nicht ausreichend in den politischen und gesellschaftlichen Gremien repräsentiert. Unsere Arbeit besteht darin, den entsprechenden Einrichtungen weitere Vertreter vorzuschlagen.

FRAGE: Auf welche Weise versuchen Sie, in einen Dialog mit der Opposition zu kommen?

M. A. NABIZADA: Da die Völker der Minderheiten vielfach in Stämme und Sippen unterteilt sind, die sich untereinander verstehen oder nicht verstehen, ist die Haltung der Stammes- und Sippenältesten und der Geistlichen wichtig. Genau so wenig wie wir können die lokalen Kommandanten und die Opposition im Ausland die traditionellen lokalen Führer übergehen und müssen mit ihnen zusammenarbeiten.

In den ersten Jahren der Revolution wurden viele Fehler gemacht. Auch deshalb entstanden Oppositionsgruppen unter den jeweiligen nationalen Minderheiten. Seit einigen Jahren versuchen wir, im Geiste einer politischen Versöhnung zu handeln.

Mit den Stammesältesten und anderen einflussreichen Persönlichkeiten sprechen wir Menschen an, die auch Kontakte und Verbindungen zur lokalen Opposition haben. Wir führen Ratsversammlungen vor Ort durch, um Waffenstillstand und Autonomie oder, wenn es möglich ist,

Frieden zu erreichen. Unter den Vorgängerregierungen von König Zahir Shah und Daoud wurde das Land zentralistisch geführt, und wir bieten erstmalig eine Dezentralisierung der Macht an. Die lokalen Kräfte sind an einer Dezentralisierung entlang ihrer ethnischen, Stammes- und Sippenlinien interessiert.

Wir helfen auch praktisch in den Gebieten, die nicht von der Regierung kontrolliert werden. Sofern die lokalen Kommandanten es zulassen, schicken wir Unterrichtsmaterial und Grundnahrungsmittel.

FRAGE: Welchen politischen Einfluß hat die Opposition unter den nichtpaschtunischen Völkern?

M. A. NABIZADA: Das ist verschieden in den einzelnen Provinzen. Die Opposition in Pakistan hat kaum eine politische Basis unter den anderen Nationalitäten und Minderheiten.

Sechs der Führer der Siebener-Allianz sind Paschtunen und stehen für das „Afghaniat“, die Idee eines großpaschtunischen Reiches. Die nichtpaschtunischen Völker fürchten ihre Vormachtstellung, sie erinnern sich noch gut an ihre Unterwerfung im 19. Jahrhundert und ihre Unterdrückung in diesem Jahrhundert.

Zudem gehören etwa 30 % der Afghanen, meist Menschen nichtpaschtunischer Völker, der religiösen Minderheit der Schiiten an. Sie fürchten die Intoleranz vor allem der sunnitischen Fundamentalisten. Es hat sich ja bereits gezeigt, daß die Siebener-Allianz in Pakistan nicht bereit war, die schiitische Achter-Allianz aus dem Iran an der sog. „Exilregierung“ zu beteiligen.

Weit größeren Einfluß haben lokale Kommandanten mit entsprechender Volks- und Religionszugehörigkeit.

FRAGE: Welchen Einfluß hat die schiitische Achter-Allianz im Iran auf die Grenzgebiete, z. B. in Zentralafghanistan, im Hazarajat? Wie verhält sich die iranische Führung, die bisher die Achter-Allianz unterstützt hat?

M. A. NABIZADA: Die afghanischen schiitischen Gruppen im Iran haben andere Interessen als die Siebener-Allianz in Pakistan. Sie wollen Autonomie in ihren Gebieten. Sie wollen ihren schiitischen Glauben frei ausüben.

Sie fürchten sich auch mehr vor einzelnen Gruppen der Siebener-Allianz als vor der Regierung. Sie haben Einfluß in ihren Gebieten. Sie bekommen auch einige Waffen und Unterstützung aus dem Iran, der seine Interessen dort durchsetzen will.

In Herat und den Grenzprovinzen zu Iran ist es jetzt ruhiger geworden. Flüchtlinge kehren aus

dem Iran zurück und mit einigen wichtigen Kommandanten konnte entweder ein Waffenstillstand oder ein Friedensabkommen vereinbart werden.

Im Hazarajat ist es ruhig. Einige Gruppen streiten sich ab und zu untereinander; es sind auch Gruppen der Siebener-Allianz dort vertreten. Die Regierung läßt dem Gebiet seine Autonomie und unterstützt den Handel und Austausch.

Seit dem Tod von Khomeini ist der Einfluß des Iran schwächer geworden. Schon vorher war Teheran mit dem iranisch-irakischen Krieg beschäftigt. Die gegenwärtige Führung hat innenpolitische Probleme zu lösen und will nicht die islamische Revolution exportieren wie Khomeini.

FRAGE: Wie ist Ihrer Meinung nach der Frieden in Afghanistan erreichbar?

M. A. NABIZADA: Der Frieden ist nur politisch erreichbar, nicht militärisch. Die Geschichte hat gezeigt, daß der Krieg nur Zerstörung bringt.

Auch der Krieg Iran-Irak ist nach neun Jahren durch Verhandlungen beendet worden, als die Bevölkerung nicht mehr konnte. Die Menschen in Afghanistan sind kriegsmüde geworden. Es ist gut, wenn alle Interessierten sich an den Verhandlungstisch setzen und im Dialog die Probleme lösen.

Sehen Sie, ich war vor zwei Monaten auf Pilgerfahrt in Mekka. In Mekka habe ich ein Gebäude ge-



Schiitische Mudjahedin im Hazarajat

sehen, vor dem Männer warteten. Ich war neugierig, und habe sie gefragt, worauf sie warten. Ich stand vor einer Zentrale der saudischen Wahabiten, die Söldner für den „Jihad“ in Afghanistan anwerben. Sie kommen aus fast allen islamischen Ländern, sind arm und werden als Söldner gut entlohnt. Nicht die saudische Armee, die sie ausbildet, geht in den Krieg, diese Arbeitslosen werden nach Afghanistan und häufig in den Tod geschickt. Ähnlich geht es einfachen Afghanen, die für die egoistischen Ziele der Führer der Siebener-Allianz, Pakistans und der USA in den Krieg geschickt werden.

Ich hoffe, daß Saudi-Arabien, Pakistan und die USA sich auf die Realität einstellen. Dann wird der Frieden für unser Land möglich.

Die Sowjetunion unterstützt Afghanistan auch weiterhin materiell. Solange die USA sich nicht auf eine beiderseitige Reduzierung oder Einstellung der Waffenlieferungen einlassen, tut sie dies auch mit Waffen. Zudem kommen 95 % des zivilen Imports, Weizen, Zucker, landwirtschaftliche Maschinen, Saatgut und Düngemittel aus der Sowjetunion, solange der Westen die Handelsbeziehungen auf niedrigster Stufe hält und humanitäre Hilfe verweigert. Ein Drittel der zivilen Importe sind unentgeltlich.

In den USA ist die bisherige Regierungsposition der Unterstützung der Mujahedin bis zum „Sturz der Regierung“ nicht mehr unangefochten.

Die Hardliner mit US-Botschafter Oakley in Pakistan, P. Tomsen, Berater der Übergangsregierung, und Phyllis Oakley, Leiterin des zivilen 100-Mio-\$-Hilfsprogrammes für die „Übergangsregierung“, gehen mit ihren mächtigen Lobbyisten in den USA unbeirrt den Weg der militärischen Lösung.

Die Niederlagen der Mujahedin werden mit zu geringen US-Waffenlieferungen und mit ihrer Uneinigkeit begründet. Größere Waffenlieferungen, eine Isolierung der Radikalfundamentalisten und eine teilweise Ausschaltung der Siebener-Allianz durch die Belieferung der Kommandanten sollen die Zeichen wieder auf Sieg setzen. Allerdings zweifeln auch Hardliner der Bush-Administration daran, daß eine direkte Belieferung der Kommandanten mit Waffen machbar ist. Denn nach wie vor fungiert der pakistanische Geheimdienst ISI u. a. als Waffenverteiler. Und dessen Vorliebe gilt den Fundamentalisten. (13)

Der Ruf nach mehr Waffen – mit dem Hinweis, daß die UdSSR weitaus mehr liefere – ist als Beschaffungsargument für die kommenden US-Haushaltsberatungen zu verstehen. Die USA lehnten nämlich wiederholt die von der UdSSR angebotene Reduzierung oder Einstellung der Waffenhilfe ab. (14)

Auf der anderen Seite mehren sich die Stimmen, die eine politische Lösung wollen. Anthony Beilenson, Vorsitzender des Geheimdienstausschusses des Kongresses: „Weil das amerikanische Volk zu erkennen beginnt, daß wir jetzt in einen chaotischen, vertrackten Bürgerkrieg verwickelt sind und Waffen an islamische Fundamentalisten verschicken, wird die Unterstützung durch den Kongreß schwinden.“ (15)

Drei Senatoren wollen eine Überprüfung der Afghanistanpolitik, wenn bis zum Ende der Kampfsaison keine Erfolge der Opposition vorliegen sollten (16). Zwar ist eine Revision der US-Afghanistanpolitik im Winter 1989/90 nicht zu erwarten und wird sich wahrscheinlich die alte Afghanistanlobby mit ihren Waffenforderungen nochmals durchsetzen. Doch wurde eine zweigleisige Verfahrensweise erzwungen.

Die USA haben mit Exkönig Zahir Shah Kontakt aufgenommen, um seine Unterstützung für die Gegenregierung in Pakistan zu gewinnen (17). Sein derzeitiges Konzept, alle Oppositionsgruppen unter dem Schirm der UNO zu einem Kompromiß zu bringen

und anschließend mit Kabul zu verhandeln, sieht zumindest schon Verhandlungen vor. Dies gilt, obgleich der vorab verlangte Rücktritt Nadjibullahs illusionär ist und alle Beteiligten der Opposition sich nicht an einen Tisch setzen werden. (18)

In Pakistan, das entgegen dem Genfer Abkommen weiterhin 180 Militärlager der Opposition auf seinem Territorium duldet und dessen Armee und Geheimdienst aktiv an den Kämpfen in Afghanistan beteiligt ist, sind die Optionen ebenfalls widersprüchlich.

Auf der einen Seite steht das Kalkül des pakistanischen Militärs, die unruhigen Grenzprovinzen der Paschtunen und Belutschen mit ihren Unabhängigkeitsbestre-

DER DERZEITIGE ZUSTAND
DER OPPOSITION IST, DANK
DEM FEINDBILDVERLUST
(UDSSR) UND JALALABAD,
DESOLAT

bungen ein für alle mal zu befrieden. Dies, indem mindestens ein ihnen genehmes Regime in Afghanistan installiert oder die entsprechenden Grenzprovinzen Afghanistans einverleibt werden bzw. ganz Afghanistan eingemeindet wird. (19) Zwei fundamentalistische Gruppen haben sich bereits für eine Assoziation Afghanistan-Pakistan ausgesprochen (20), weshalb diese bei der Waffenverteilung bevorzugt wurden. Das pakistanische Militär fordert den Sturz der Regierung Nadjibullah und favorisiert die von ihr mitgeschaffene „Übergangsregierung“ in Islamabad.

Demgegenüber ist die Regierung Bhutto an einer raschen Lösung des Afghanistankonflikts interessiert, hat sie doch u. a. auch mit der versprochenen Lösung des Afghanistankonflikts ihren Wahlkampf gewonnen. Die innenpolitischen Probleme Pakistans haben sich mit der Präsenz der afghanischen Oppositionsgruppen verschärft. Waffenhandel, Heroinproduktion und -abhängigkeit, Zusammenstöße indischer und afghanischer Flüchtlinge, wirtschaftliche Konkurrenz sind nur einige Stichworte.

Auf die Duldung durch das Militär und die USA angewiesen (21), hat die Regierung Bhutto jedoch kaum Freiräume. So folgt einer Aufforderung an die „Übergangsregierung“, mit Kabul zu verhandeln, eine Unterstützungserklärung für die Siebener-Allianz. Letztlich dürfte sowieso in Washington entschieden werden, ob Pakistan den Weg zu einer politischen Lösung finden wird.

Im Nachbarland Iran ist die Regierung mit dem Wiederaufbau des vom Krieg zerstörten Landes beschäftigt und an guten Wirtschaftsbeziehungen auch zur Sowjetunion interessiert. (22) Sicher ist Teheran auch an einer Rückkehr der unbeliebten 1,5 Mio afghanischen Flüchtlinge gelegen, die

Lothar Kamp (Hg.)
**ARBEIT IN
DER FABRIK
DER ZUKUNFT**

Lothar Kamp (Hg.)

**Arbeit in der Fabrik
der Zukunft**

1989, 230 S., DM 19,80,
ISBN 3-924800-43-X

Alternative Entwicklungspfade in der Fabrik von morgen. Sozialverträgliche Technikentwicklung. Technikplanung mit Betriebsräten. Gestaltung der Arbeitsorganisation. Qualifizierungspolitik für An- und Ungerlernte. Verringerung von Kontrollen. Handlungsmöglichkeiten. Anhang: Erläuterung wichtiger Grundbegriffe.

Noack, Ehrenstein, Franke

**Energie für die
Stadt der Zukunft**

Der Abschlußbericht des
Bremer Energiebeirates

1989, 240 S. mit Abb., DM
19,80, ISBN 3-924800-25-1

Die Arbeit des Bremer Energiebeirates zeigt, daß es möglich ist, eine umweltverträgliche Energiestrategie sehr konkret im Hinblick auf örtliche und regionale Gegebenheiten und Chancen zu entwickeln. Dies ist auch in allen anderen Städten und Regionen geboten - der Bremer Energiebericht ist hierfür richtungsweisend.

SCHREIB-DIENST
Frauenarbeit im Büro

Ursula Holtgrewe

Schreib-Dienst

Frauenarbeit im Büro

1989, 144 S., DM 24,80,
ISBN 3-924800-83-9

Schreib-Dienst - von jeher war Frauenarbeit im Büro mehr als die Summe technischer Fähigkeiten. Charme und Einfühlungsvermögen galten als unumgängliche Voraussetzung für die »ideale« Sekretärin. Die Technikentwicklung im Büro schafft Freiräume, aber die Geschlechterhierarchie am Arbeitsplatz ist dadurch allein nicht zu überwinden.

im Iran leben. Die von ihnen unterstützte schiitische Meschad- bzw. Achter-Allianz soll kaum mehr materielle Unterstützung genießen.

Andererseits wird weiter für die Einbeziehung der Achter-Allianz in die „Übergangsregierung“ in Islamabad getrommelt. Auf einem internationalen Afghanistanseminar im Oktober d.J. in Teheran, sprach Modjadidi, der Präsident der Gegenregierung. Vom Iran wurde die Notwendigkeit der „Koordination aller Kräfte des Dschihad (des heiligen Krieges)“ (23) betont.

In Westeuropa scheint sich in der Afghanistanfrage nichts zu bewegen, auch im Auswärtigen Amt in Bonn nicht. Hatte Außenminister Genscher noch das Genfer Afghanistan-Abkommen begrüßt, so entschuldigte er sich mit anderen Verpflichtungen, als sein afghanischer Amtskollege Wakil im September d.J. Gespräche mit Brandt und Wischniewski führte. Die bundesdeutsche Botschaft in Kabul ist seit dem Abzug der Sowjets geschlossen. Offenbar scheint noch immer die Haltung vorherrschend zu sein, daß erst nach dem Rücktritt oder Sturz der Kabuler Regierung wieder offizielle Beziehungen aufgenommen werden sollen.

Die Kontakte zu prominenten afghanischen Oppositionellen, die in der Bundesrepublik leben, werden hingegen sorgfältig gepflegt. Die BRD ist das Mekka der Afghanen der liberalnationalistischen Opposition. Zahlreiche ehemalige Minister, Diplomaten, Kaufleute und Intellektuelle des „ancien regime“ leben hier und müssen sich gegen die ebenfalls stark vertretenen fundamentalistischen Gruppen durchsetzen. Strategiedebatten werden geführt, wie die Opposition an die Macht gelangen kann – nach dem Ausschluß/Sturz der Regierung oder ihrer Liquidierung –, je nach politischem Standort (24)

Das Auswärtige Amt (AA) unterstützt u.a. Seminare, Zeitschriften, Reisen, eine afghanische Forschungseinrichtung und das afghanische Kulturzentrum in Bonn. Die Erklärungen des AA und der Bundesregierung, eine politische Lösung zu unterstützen, oder Aufrufe „an alle Beteiligten, im Geist des Realismus und der Toleranz, eine wirklich repräsentative Regierung zu wählen“ (25), stellen sich als diplomatische Sprechblase heraus.

Denn sie sind ausschließlich an die Opposition gerichtet und schließen die Kabuler Regierung von der Toleranz aus. Die Bundesrepublik sieht nämlich „mit großer Sorge, daß das von der Sowjetunion weiterhin unterstützte Regime in Kabul seinen Machtanspruch mit Waffengewalt verteidigen will“ und verweigert humanitäre Hilfe.

Es ist verfrüht, eine politische Lösung unter Einschluß der DVPA-Regierung – und nur dann wird es Frieden geben – für eine ausgemachte Sache zu halten. Die widersprüchlichen Interessen und Optionen der afghanischen Opposition, der USA, Pakistans, des Iran und des Westens sind noch nicht zugunsten einer Variante entschieden. Es zeigt sich lediglich die Tendenz, ne-

ben dem Ziel „Krieg bis zum Sieg“, Verhandlungen für notwendig zu halten.

Eines ist jedoch gewiß: Afghanistan braucht Frieden – bald. Und: Afghanistanpolitik wird auch in der Bundesrepublik gemacht. Mit etwas Nachdruck kann Friedenspolitik daraus werden.

Anmerkungen

- 1) Vgl. DRITTE WELT 5 und 8–9/1989
- 2) Pressekonferenz mit Präsident Nadjibullah in Kabul am 16.9.1989
- 3) Laut Generalmajor Abdul Haq Ulumi auf einer Pressekonferenz am 17.9.1989 in Kabul
- 4) Die folgenden Eindrücke und Informationen stammen aus offiziellen und informellen Gesprächen in Kabul vom September 1989
- 5) Nach Generalmajor Abdul Haq Ulumi am 16.9.1989 in Kabul; in: Le Monde, Paris, 29.9.1989
- 6) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 24.10.1989, Herr Omar von der UNICEF-Health-Section in Kabul
- 7) Zur Charakterisierung der verschiedenen Opposi-

tionsgruppen siehe: DRITTE WELT 3/1989, S. 22 f.

- 8) Frankfurter Rundschau, 15.9.1989
- 9) Dawn, Karachi, 14.9.1989
- 10) Zeitmagazin, Hamburg, 20.10.1989
- 11) IHT, Paris, 11.9.1989
- 12) Vgl. Die Welt, Hamburg, 14.9.1989 und Viewpoint, Lahore, 19.10.1989
- 13) Vgl. IHT, Paris, 4.9.1989; Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 11.5.1989
- 14) Vgl. Neue Zeit, Moskau, Nr. 33/1989
- 15) Frontline, Oakland, 3.7.1989
- 16) FEER, 13.7.1989
- 17) Dawn, 20.9.1989
- 18) Jeune Afrique, Paris, 16.10.1989
- 19) So Parlamentspräsident Gholam Ishaq Khan Anfang 1989
- 20) DRITTE WELT 5/1989, S. 17
- 21) Ebenda, 3/1989, S. 20
- 22) Le Monde, Paris, 15.9.1989
- 23) Monitordienst Naher Osten, Köln, 13.10.1989; Viewpoint, 12.10.1989
- 24) Vgl. z.B. Afghanistan Tribune und Al Sobh
- 25) Antwort des Asienbeauftragten Dr. Zeller im AA vom 1.3.1989 auf einen offenen Brief, welcher abgedruckt wurde in: Dritte Welt 5/1989, S. 18

Zeitschriftenschau

blätter des iz3w, Nr. 161/November 1989

Schwerpunkt: Counterinsurgency: Low Intensity Warfare • Länderbeispiele Bolivien, Guatemala, Philippinen, Südafrika • Das CIA-Secret-Team als Drogendealer • Länderberichte: Libyen, Afghanistan, Namibia, El Salvador • Außerdem: Fatah-Kongreß • Flüchtlinge in Honduras • Kampagne zu Südafrika
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Südostasien Informationen, Nr. 3/September 1989

Ende der Blockkonfrontation in Südostasien? • Die neue sowjetische Asienpolitik von Prof. Dr. Marina E. Trigubenko • Auflösung der Blöcke im asiatisch-pazifischen Raum? • Verlauf der Pariser Kambodscha-Konferenz • Thailand: Vom Kalten Krieg zum heißen Markt • Philippinen: Wie reagiert die Linke auf die neue internationale Situation? • Außerdem: Indonesien: Neue Generationen studentischen Protests? • Birma: Bericht aus einem Flüchtlingslager • Brief aus dem besetzten Osttimor • aktuelle Nachrichten und Berichte zu Indonesien, Malaysia, Osttimor, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam
Einzelpreis 6 DM; Abo 24 DM
Bezug: Südostasien Informationsstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum 1

Lateinamerika Nachrichten, Nr. 198/November 1989

Verschuldung: Der IWF – ein Jahr nach Berlin • Wahlen in Chile: „Demokratie“ statt Diktatur? • Interview mit BewohnerInnen der Armenviertel • Uruguay: Wahlkampf ohne Hoffnung • Brasilien: Einer wird gewinnen • Panama: Der General in seinem Labyrinth • Freier Markt für Kaffee • Argentinien: Lebenslänglich für la Tablada • Mexiko: Ein Haus für Frauen • Nicaragua: Abtreibung • El Salvador: Ergebnisloser Dialog
Einzelpreis 5 DM, Abo 55 DM
Bezug: LN, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 140/November 1989

EG-Außenbeziehungen zu den Ländern der „Dritten Welt“ (Teil 1) • ASEAN • SADCC • AKP (Lomé-Abkommen) • Notizen aus der Szene • Buchbesprechungen • Diskussionsbeiträge • Termine
Einzelpreis 3 DM; Abo 36 DM
Bezug: Forum, Buchstr. 14/15, 2800 Bremen 1

epd-Entwicklungspolitik, Nr. 19–20/1989

Analyse: Ohne menschliches Antlitz – Bericht von der 44. IWF/Weltbank-Jahrestagung • Atombombe der Armen? Chemische Waffen in der Dritten Welt • „Bürgerkrieg ohne Waffen“ – Geschäfte mit der Krise in Argentinien • Hoffnung und Angst – Wahlen in Namibia • Papua-Neuguinea: Zeitbombe im Fly River • Analyse des Agenturangebotes von ANN, APIA und IPS • Information: Kollaps des BMZ-Haushaltes? Repnik in Brasilien • Fünf Jahre Pestizid Aktions-Netzwerk • Dokumentation: D. Senghaas: F. List und die Entwicklungsproblematik • Hintergrundüberlegungen der Europäischen Schuldenkampagne • Schaubild: Schulden made in USA • M. Löwy: Theologie der Befreiung
Einzelpreis 3,30 DM; Abo 55 DM
Bezug: epd, Friedrichstr. 2–6, 6000 Frankfurt 17

envio, Nr. 98/August 1989

Dokumente: Vollständige Texte des Abkommens der nicaraguanischen Regierung und der Oppositionsparteien in Bezug auf die Demobilisierung der Contras • Text des Abkommens der Präsidenten von Tula • Analyse dieser beiden Abkommen sowohl im innenpolitischen Kontext wie auch in Bezug auf die Nicaragua-Politik der USA und die Situation in der Region • Außerdem ein Bericht über das neue Mediengesetz • Die Sonderregelungen für die Zeit des Wahlkampfes werden ebenfalls dokumentiert.
Einzelpreis 6 DM; Abo 29 DM
Bezug: Edition Nahua, Postfach 10 13 20, 5600 Wuppertal 1

Entwicklungspolitische Korrespondenz Nr. 3/September 1989

Rüsselsheim ist überall – Neue Strategien der Automultis: Entwicklungstendenzen und Perspektiven für die „Dritte Welt“ • Strategie des „Global Sourcing“ • Autoindustrie in den europäischen Randländern und der EG-Binnenmarkt • Fordismus in Brasilien • Taiwans Autoindustrie auf Expansionskurs • Scheitern der argentinischen Exportstrategie • Öl, Verschuldung und die Zukunft des Autos • Autoverkehr in Rio de Janeiro • Verkehrspläne in Hongkong • Suzuki in Indien • Über die Marktchancen von Solarfahrzeugen • Die Eisenbahn in China und Indien als alternativer Verkehrsträger
Einzelpreis 5 DM; Abo 27 DM
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

TÜRKEI – KURDISTAN

DIETER FALK

Erkundungen vor Ort

Das „Glück“ der Kurden, Türken sein zu müssen

Die hiesige Presse hat die KurdInnen in der Türkischen Republik entdeckt. Von „separatistischen Terroristen“, die bisweilen auf Soldaten und Zivilisten schießen, von Unterdrückung und einer resignierten Bevölkerung ist die Rede. Unser Mitarbeiter Dieter Falk erkundete die Verhältnisse vor Ort.

Der Besucher begegnet heute in erster Linie einer anderen Realität, der eines offensiven nationalen Selbstbewußtseins der KurdInnen in der Türkei. Darüber hinaus, und nicht davon zu trennen, kann der Reisende allenthalben die Erfahrung machen, daß die kolonialen Mythen der Türkischen Republik auch bei den nichtkurdischen BewohnerInnen Kurdistans – hier der türkischen Minderheit – ihre Wirkung verloren haben. Bis auf AnhängerInnen der pantürkischen faschistischen Nationalen Partei der Arbeit (MCP) scheint es niemanden mehr zu geben, der die offizielle Position des türkischen Staates – Leugnung der Existenz des kurdischen Volkes und Verbot seiner Sprache – gutheißt.

Die Form, in der dem Fremden gegenüber die kurdische Identität bekräftigt wird, ist regional deutlich verschieden. Da gibt es die am Rand Kurdistans gelegenen Städte wie Gaziantep, in deren Zentrum zum großen Teil TürkinInnen leben, während die Dörfer der Umgebung überwiegend kurdisch sind. In diesen Städten scheinen die Assimilations-Maßnahmen des türkischen Staates noch am ehesten Früchte getragen zu haben. Völlig anders hingegen die Situation in Provinzorten wie Halfeti oder Kahta. Halfeti bzw. das nahegelegene Dorf Ömerli ist der Geburtsort des „Apo“ genannten Generalsekretärs der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan. Hier kann von einer „Türkisierung“ keine Rede sein.

Die gesamte Region von Antep im Westen bis weit in die Provinz Mardin im Osten und von der syrischen Grenze bis zum Südost-Taurus im Norden bietet sich nicht für militärische Operationen der kurdischen Guerilla der PKK an, auch wenn sie hier hin und wieder Operationen meist kleineren Maßstabs durchführt. Dieser Teil Nordkurdistans ist relativ flach, landwirtschaftlich und infrastrukturell erschlossen. Darüber hinaus ist der Anteil an nichtkurdischer Bevölkerung v.a. in Städten wie Gaziantep, Kahramanmaraş und Malatya verhältnismäßig hoch. Vor dem Militärputsch von



1980 hatten auf seiten der Linken weniger kurdische Organisationen das Sagen als vielmehr „türkische“, d. h. Organisationen, die für eine Revolution im Rahmen der heutigen Grenzen der Türkischen Republik eintraten, deren Mitglieder im übrigen auch großteils Kurden waren und sind. Inzwischen hat sich aber die politische Landschaft auch hier verändert. Der faschistische Militärputsch vom 12.9.1980 hatte die Linke organisatorisch weitestgehend zerschlagen oder zumindest handlungsunfähig gemacht. Es war im wesentlichen nur die PKK, die dieser Entwicklung schon frühzeitig entgegengetreten ist und auch den Zersetzungsprozeß der sich nunmehr im Exil befindenden Organisationen umkehren konnte. Als sie nach rund zweijähriger Vorbereitung am 15. August 1984 mit Angriffen auf Militärposten in Eruh südlich von Siirt und Şemdinli südöstlich von Hakkâri ihren bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit Kurdistans begann, glaubte außer ihr

selbst niemand, schon gar nicht die übrige Linke, insbesondere die kurdischen Konkurrenzorganisationen, daß er sich erfolgreich entwickeln würde. Die Entwicklung, die die kurdische Nationalbewegung in der Türkei durch diesen Entschluß der PKK genommen hat, ist sichtlich auch in den genannten Regionen, die im engeren Sinne nicht zum Kriegsgebiet gehören, nicht ohne Auswirkung auf die Bevölkerung geblieben. Der Fall jenes Bauarbeiters auf Halfeti, der noch Anfang der 80er Jahre Anhänger der MHP war und der sich heute für die Unabhängigkeit Kurdistans ausspricht und voller Anerkennung vom Mut der kurdischen Guerilleros der PKK spricht, ist alles andere als untypisch. In der Kreisstadt Kahta östlich der Provinzhauptstadt Adıyaman ist, wie in Halfeti, kurdisch die allgemein gebräuchliche Umgangssprache. Hier wie überall sonst im Herzen Kurdistans öffnen ein paar Begrüßungsworte auf Kurmanci, die symbolisieren, daß man von der Existenz der Kur-



den weiß, sichtlich die Herzen der Menschen. Anders als in den größeren Städten, die offensichtlich von einem Heer von Spitzeln durchsetzt sind, wird hier in der Provinz ziemlich offen über Kurdistan gesprochen. Man ist sozusagen unter sich. Weitab von der Region Botan im Osten, die das Hauptkriegsgebiet ist, scheint der kurdische Nationalismus hier jedoch nicht unmittelbar auf die Aktivitäten revolutionärer Organisationen bezogen zu sein.

Was in Botan, wo die Menschen dringende Sorgen haben, außer den selbst Betroffenen keinen interessiert, hat hier, wo die BewohnerInnen den nationalen Befreiungskampf primär aus den ausnahmslos nationalistisch eingestellten türkischen Tageszeitungen kennen, durchaus Bedeutung: die Operationen, die die PKK vor über zwei Jahren in mehreren Dörfern gegen Dorfschützer durchgeführt hatte und bei denen Dutzende von Frauen und Kindern dieser Dorfschützer ums Leben gekommen sind. Auch hier mag niemand die Dorfschützer. Es ist bezeichnend, daß keiner auf den Gedanken kommt, diese kurdischen Kollaborateure, die vom Staat gegen die kurdische Guerilla bewaffnet wurden, kämpften für etwas anderes als Geld, für die Integrität des türkischen Staates etwa. Gleichzeitig haben jedoch die Fotos in der türkischen Presse von den toten Frauen und Kindern ihre Wirkung nicht verfehlt und dem Ansehen der PKK durchaus geschadet.

Der Nationalismus ist daher in solchen Regionen, in denen weder die militärische Präsenz des türkischen Staates drückend ist noch ein direkter dauernder Kontakt zur PKK und entsprechend noch weniger zu anderen kurdischen Organisationen besteht, mehr kultureller Natur. Hier wie auch sonst außerhalb Botans ist der geliebte Volksheld weniger „Apo“ als vielmehr der Sänger Sivan. Bekannt und beliebt ist er allerdings in erster Linie für seine revolutionären Lieder, die er zum großen Teil zu der Zeit gesungen hat, als er noch Mitglied der PKK war.

Daß das faschistische Militärregime und sein ziviler Sprößling trotz aller Bemühungen ihre immer noch blutige Herrschaft über die Türkei und v.a. auch Kurdistan nicht mehr uneingeschränkt ausüben können, zeigt sich u.a. in ihren vergeblichen Bemühungen, die

Guerilla der von der PKK geführten Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) aufzureiben. Dies gilt auch für die weitaus kleineren Organisationen: die Befreiungsarmee Kurdistans, den bewaffneten Arm der Sozialistischen Bewegung Kurdistans (TSK) und die Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee der Türkei (TIKKO) der maoistischen Türkischen Kommunistischen Partei / Marxistisch-Leninistisch (TKP/ML).

Auch auf nichtmilitärischer Ebene entgleitet dem Staat die Kontrolle. Davon zeugen die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 26. März d.J., die Entwicklung der Presse-landschaft sowie die der Volksbewegung. Dies spiegelt sich wider in den Diskussionen, die innerhalb der Türkei aber auch von interessierten Kreisen der NATO-Partner und der CIA über die Kurdenfrage einschließlich des Projektes einer „kulturellen Autonomie“ geführt werden.

Die Kommunalwahlen haben bekanntlich die regierende Mutterlandspartei (ANAP) von Ministerpräsident Özal in Kurdistan praktisch aufgerieben. Frühere ANAP-Städte gingen entweder an andere türkische Rechtsparteien wie Demirels Partei des Rechten Weges (DYP) und die faschistische MÇP oder an die islamistische Wohlfahrtspartei (RP). Letztere siegte außer in ihrer traditionellen Hochburg Konya in Kahramanmaraş, Urfa und Van. Kahramanmaraş, eine ethnisch gemischte Stadt, erlangte im Dezember 1978 traurige Berühmtheit, als sunnitische Fanatiker und Faschisten ein Massaker unter der alevitisch-kurdischen Bevölkerung, die generell als links galt, anrichteten.

Urfa ist wie Konya seit altersher eine religiös geprägte Stadt mit einem starken arabischen Bevölkerungselement. Es liegt auch im Einzugsbereich des „Südostanatolien-Projektes“ (GAP), eines der größten Bewässerungsprojekte der Welt, das von den Wassern des am Atatürk-Damm gestauten Euphrat gespeist werden soll. Die Folgen, die dieses Projekt für diese Region haben wird, die bis zur syrischen Grenze im Süden und über Hilvan und Siverek bis kurz vor Diyarbakir im Nordosten reicht, sind noch nicht zu ermessen. Die türkische Regierung verspricht, daß damit in dieser fruchtbaren Ebene, die noch heute weitgehend durch den Großgrundbe-

sitz der Aghas geprägt ist, eine gewaltige und umfassende wirtschaftliche Entwicklung einsetzen werde. Zweifellos erhofft sie sich damit eine Bindung der kurdischen Bevölkerung an den Staat.

Sollte das Wirklichkeit werden, ist sicher auch mit einem Rückgang der islamischen Tendenzen hier zu rechnen. Wahrscheinlicher ist jedoch eine ganz andere Entwicklung. Den Hauptnutzen werden Agrarkonzerne mit angegliederten Industrien und Ex-Aghas haben. Die lokalen – kurdischen – Kleinbauern werden leer ausgehen und entweder in dieser Region ins Subproletariat absinken oder gar zum Verlassen ihrer Dörfer gezwungen sein. In einzelnen Fällen wurden überdies kurdische Bauern bereits durch türkische Bauern ersetzt. In diesem Fall ist nicht nur mit einer Verstärkung kurdisch-nationalistischer Tendenzen zu rechnen, sondern auch mit einer verstärkten Hinwendung dieser Marginalisierten zu religiösen Pseudoauswegen.

Heute gibt es noch in gewissem Maße eine Übereinstimmung zwischen einem – wenn auch unterentwickelten – kurdischen Bewußtsein und einem islamischen. Die Wahl der RP kann sich für konservativ gesonnene Kurden durchaus mit einer Bekräftigung der kurdischen Identität gegenüber dem türkischen Staat decken, da diese islamistische Partei ausdrücklich keine Anhängerin der türkisch-nationalistischen, kemalistischen Ideologie ist. Gleichzeitig ist die islamistische Strömung jedoch der zukünftige Hauptfeind der durchweg links orientierten kurdischen Nationalbewegung, da mit deren weiterer Entwicklung die türkisch-nationalistischen Parteien innerhalb des kurdischen Volkes immer weiter marginalisiert werden. Das jedenfalls ist die Auffassung eines jungen Rechtsanwaltes in Diyarbakir, die von vielen kurdischen Revolutionären geteilt wird.

Seiner Meinung nach widerspricht die Entwicklung der islamistischen Strömung auch dem strategischen Ziel der kurdischen Bewegung: der Unabhängigkeit Kurdistans. Nicht zuletzt mit dem abermaligen Zusammenbruch der kurdischen Bewegung im Irak nach dem Golfkrieg – einer Bewegung, die seit jeher offiziell nur für Autonomie gekämpft hat – gewinne die Forderung nach „Serxwebûn“, nach staatlicher Unabhängigkeit, immer mehr an Masseneinfluß. Diese Forderung würde überdies von allen kurdischen Organisationen in der Türkei immer schon erhoben, mit Ausnahme vielleicht der Sozialistischen Partei Türkei-Kurdistans (PSKT).

In den größeren Städten zumindest wie Diyarbakir oder Van seien die Anhänger all dieser Parteien durchaus noch präsent. Ihre Aktivitäten beschränkten sich jedoch auf interne Diskussionen und die Verbreitung ihrer legalen Zeitschriften, die in Istanbul erscheinen. Militante parteipolitische Aktivitäten im engeren Sinn hätten sie nicht. Diese Tatsache und die, daß die PKK zwar die einzige wirklich organisierte und kämpfende Kraft in Kurdistan darstelle, aber keine

Rede davon sein könne, daß sie die AnhängerInnen der anderen Organisationen unter ihrer Nationalen Befreiungsbewegung Kurdistans (ERNK) organisieren könne, führe bei allem unübersehbaren Nationalismus dazu, daß in der Bevölkerung doch noch eine weitgehende Hoffnungslosigkeit herrsche.

In der Türkei und auch in Kurdistan – jedenfalls in den größeren Städten – findet man heutzutage ohne Mühe mehr linke Zeitschriften als in der BRD. Fast jede revolutionäre und damit illegale Organisation verfügt über eine Publikation, die legal erscheint. Das verhindert allerdings nicht, daß sie mehr oder weniger regelmäßig beschlagnahmt wird. Auf kurdischer Seite sind das vor allem die Zeitschriften „Mediya Güneşi“, die der Avantgardistischen Arbeiterpartei Kurdistans (PPKK) nahesteht, die zumindest in Diyarbakir im nationalistischen Lager über einen größeren Masseneinfluß verfügen soll, und „Özgürlük Gelecek“, das inoffizielle Organ der PSKT, die aber ähnlich wie die Organisation Rizgarî inzwischen eine reine Intellektuellenorganisation sein soll. Eine der PKK nahestehende Zeitschrift namens „Toplumsal Direliş“ wurde bald offiziell verboten.

Diyarbakir ist nicht nur Ort des berüchtigten Militärgefängnisses, in dem viele Revolutionäre ermordet wurden und dessen Insassen durch mehrere Hungerstreiks einen wesentlichen Teil des Widerstandes gegen die Politik des Regimes getragen haben, es ist v.a. auch das intellektuelle Zentrum Kurdistans. In der Provinz, und hier besonders in den Hochgebirgsgebieten der Region Botan, d.h. in etwa in einem Gebiet, daß im Westen bei Mardin – Standort einer NATO-Radarstation, die vor Jahren einmal Ziel eines Raketenangriffs der PKK war – beginnt, im Norden bis zum Van-See reicht und im Süden und Osten an der syrischen, irakischen und iranischen Grenze endet, ist die Lage jedoch völlig anders. Hier gibt es – so alle dort Befragten – nur die PKK und vielleicht noch die TSK.

Hier ist unübersehbar Kriegsgebiet, v.a. östlich von Cizre bis hinauf nach Çatak. Hier patrouillieren die Kommando-Truppen mit blauen Käppies in kugelsicheren Westen und mit entscherten NATO-Sturmgewehren permanent nicht nur in den Bergen und Dörfern, sondern auch durch die Zentren größerer Orte wie Cizre, Şirnak, Uludere, Beytüşşebab,

PKK-Guerilleros bei der Ausbildung im Libanon (l.); Demonstration am 21. Oktober d.J. in Düsseldorf gegen den PKK-Prozeß



„Terroristenprozeß“ gegen die PKK

Am 24. Oktober d.J. begann vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf ein Prozeß gegen 18 mutmaßliche Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Den Angeklagten werden die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) und weitere Straftaten, darunter Freiheitsberaubung und fünf Morde, vorgeworfen.

Einmalig ist dieses Verfahren nicht nur, weil es sich um den „größten Terroristenprozeß“ (Generalbundesanwalt Kurt Rebmann) der Bundesrepublik handelt und eine besondere Gefährlichkeit der Angeklagten durch den Umbau des Gerichts für 7,5 Mio. DM in einen Bunker und ihre Haltung in einem Plexigaskäfig suggeriert wird. Erstmals wird auf Grundlage des § 129a einer ausländischen Befreiungsbewegung der Prozeß gemacht. Den Angeklagten werden zudem nicht nur Straftaten in der Bundesrepublik, sondern auch zwei Erschießungen in einem Guerillalager im Libanon vorgeworfen.

Ein Verfahren nach § 129a, das Voraussetzung dafür ist, daß die Bundesanwaltschaft (BAW) die Strafverfolgung übernimmt, stellte diese jedoch vor ein schwieriges Problem. Allein schon aus rechtlichen Gründen können Organisationen mit Sitz im Ausland (bei der PKK in Syrien) danach nicht belangt werden. Aus diesem Grund erfindet die BAW eine „terroristische Vereinigung“ innerhalb der PKK mit Sitz in Köln. Während sie einerseits die relative Eigenständigkeit dieser Gruppierung behauptet, was Voraussetzung für die Anklage ist, wird in der 249seitigen Anklageschrift mehrfach festgestellt, daß in der PKK nichts geschehe ohne Befehl ihrer Führung und ihres Generalsekretärs Abdullah Öcalan.

Daß die BAW auf dieser abenteuerlichen Konstruktion beharrt, könnte damit zu tun haben, daß zuwenig Beweise vorliegen, um den Angeklagten konkrete Straftaten nachzuweisen. Die Anklage stützt sich v.a. auf die Aussagen von drei Kronzeugen. Die Verhaftungswelle gegen Kurden im Februar 1988 war ausgelöst worden, nachdem zwei Kurden bei der Polizei vorstellig geworden waren, die behaupteten, von der PKK entführt worden zu sein. Sie berichteten von der Entführung anderer Dissidenten der PKK, ihrer Verurteilung durch ein Volksgericht und von der Vollstreckung von Todesurteilen.

Ihre Aussagen sind jedoch voller Widersprüche und ihre Fluchtgeschichte so abenteuerlich, daß ihre Glaubwürdigkeit bezweifelt werden kann. Einer entkam, als sein Bewacher unter der

Dusche war, der andere unterhielt sich nach Aussagen von Polizisten an einer Autobahntankstelle außerhalb des Wagens mit seinen Entführern und ging dann gemächlich zur benachbarten Polizeidienststelle.

Für die Verteidigung läßt deshalb das Verfahren – auch angesichts der Rechtshilfeersuchen an die Türkei und der Einbeziehung von Straftaten, die im Ausland begangen wurden – nur einen Schluß zu: „Das vorliegende Verfahren ist eine wichtige Unterstützungsaktion zugunsten des türkischen Militärregimes gegen die PKK als „Staatsfeind Nr. 1“ zur Unterdrückung des kurdischen nationalen Befreiungskampfes. So wurde das Verfahren in der Türkei mit Befriedigung als „Eröffnung der zweiten Front in Europa“ zur Kenntnis genommen.“ Die Verteidiger sehen im Verfahren außerdem einen Präzedenzfall für die Verfolgung anderer Befreiungsbewegungen durch die Bundesrepublik.

Bisher solidarisierten sich nur wenige kurdische und bundesdeutsche Organisationen mit den Angeklagten. Bei den 18 000 Demonstrationen, die am 21. Oktober d.J. in Düsseldorf gegen den Prozeß demonstrierten, handelte es sich größtenteils um AnhängerInnen der PKK. Die Ursache für die mangelnde Solidarität liegt u.a. darin, wie die PKK mit vermeintlichen Agenten und Verrätern umgeht. Sie bekennt sich dazu, Agenten und Kollaborateure unschädlich zu machen. Aber im Unterschied zu anderen Befreiungsbewegungen werden auch KritikerInnen aus den eigenen Reihen oder aus anderen Organisationen zu Verschwörern erklärt, die es zu bestrafen gelte.

Bisher hatte die PKK stets eine direkte Beteiligung an der Ermordung ehemaliger Mitglieder oder Angehöriger anderer kurdischer Organisationen bestritten. Anlässlich des jetzigen Prozesses erklärte ihr Führer Öcalan jedoch: „Wir betonen erneut, es kann sein, daß es einige Ereignisse gegeben hat, die aus der Sicht der deutschen Gesetze als Schuldtaten angesehen werden. Diese Schuldtaten können auch Personen aus der Partei im Namen der Partei begangen haben. Die Partei kann auch einige bestrafen, weil sie Verräter und türkische Agenten sind und gegen unseren Kampf konspiriert haben. Es sind solche, die es direkt oder indirekt auf unsere Existenz abgesehen haben. (...) Wenn unsere Gesetze im Widerspruch zu den Gesetzen anderer stehen, so werden diese uns ihren Gesetzen entsprechend verurteilen. Doch es darf nicht im Rahmen der deutschen Gesetze liegen, unsere Revolution zu verurteilen.“

Daß die Bundesrepublik daran ein Interesse hat, macht bereits die Unterstützung, die sie dem türkischen Regime auch bei der militärischen Bekämpfung der PKK zukommen läßt, deutlich. Eine Antwort auf die Frage, ob es sich bei den Getöteten um Agenten dieses Regimes gehandelt hat oder nicht, kann dieser Prozeß deshalb kaum geben.

Nigel Barnes

Hakkari. Vom Cudi-Bergmassiv, das seit Wochen Schauplatz einer mit 15 000 Soldaten und Luftunterstützung durchgeführten Militäroperation und von Massendeportationen ist, fliegen ständig Militärhubschrauber nach Şirnak und anderen Orten mit Armeebasen. Von Uludere nach Beytüşşebab gibt es allein vier Straßensperren.

Diese Maßnahmen sind wohlbegründet.

Im Frühjahr 1989 hat die ARGK stundenlang die Orte Silopi und Şirnak besetzt. Die Tageszeitung „Tercüman“ veröffentlichte am 13. September d.J. eine Liste der Hauptoperationsgebiete der ARGK, in der dieser Sektor an oberster Stelle steht, aber keineswegs alleine. Zu den genannten 12 Gebieten gehören auch die von Iğdır und Tuzluca in der Provinz Kars, die von Genç und Sulhan bei Bingöl, je-

ne von Halfeti und Bozova bei Urfa sowie die von Ovacık und Mazgirt bei Tunceli. Am 12. September – so „Tercüman“ – fanden gleichzeitig mehrere ARGK-Angriffe in der Region von Elbistan im Nordwesten Kurdistans statt.

Was ohnehin logisch ist, wird inzwischen auch von türkischen Medien zugegeben: Dieser Kampf ist ohne die Unterstützung der lo-

Gespräch mit Kemal Burkay (TEVGER)

Wir haben das Recht auf einen eigenen Staat

Am 7. September d.J. hat die Befreiungsbewegung Kurdistans (TEVGER), ein 1988 gegründetes Bündnis aus acht Organisationen (Plattform in: DRITTE WELT 8-9/1988, S. 63 ff.), die internationale Öffentlichkeit aufgefordert, sich gegen den brutalen Einsatz der türkischen Armee in Türkei-Kurdistans, gegen Menschenrechtsverletzungen und Zwangsdeportierungen einzusetzen. Auf einer Pressekonferenz in Bonn äußerte sich Kemal Burkay, Generalsekretär der Sozialistischen Partei Türkisch-Kurdistans (PSKT), u. a. zu den Zielen der TEVGER.

K. BURKAY: Wie jedes andere Volk so hat auch das kurdische Volk ein Recht auf Selbstbestimmung. Wenn dieses Recht verwirklicht wird, wird auch das türkische Volk davon profitieren. Dann wird auch die Demokratisierung der Türkei nicht in Gefahr geraten. Solange die Türkei einen Krieg in Kurdistan führt und es terrorisiert, wird sie sich kaum zu einer Demokratie entwickeln.

Die TEVGER wurde in Türkei-Kurdistans gegründet, und sie kämpft für die Befreiung dieses Teils von Kurdistan. Wir unterstützen jedoch auch den Kampf des kurdischen Volkes in den anderen Teilen Kurdistans zur Erlangung seiner nationalen Rechte und für seine Selbstbestimmung. Ob nun die regionalen und internationalen Bedingungen reif sind, um dieses Ziel zu erreichen, ist eine andere Frage.

Das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes entspricht einem internationalen Prinzip,

dem internationalen Recht. Es hat das Recht, sich loszutrennen und einen unabhängigen Staat zu gründen, wenn es dies will. Doch daneben kämpfen wir dafür, daß dem kurdischen Volk bereits vorher andere Rechte eingeräumt werden; beispielsweise die freie Ausübung der kurdischen Sprache in Wort und Schrift.

Der türkische Staat erkennt jedoch noch nicht einmal unsere Existenz an, er leugnet sie. Und mit dieser absurden Herangehensweise verhindert er die Voraussetzungen einer Diskussion zur friedlichen Lösung der Frage.

FRAGE: Stellen sämtliche oder die meisten kurdischen politischen Organisationen Forderungen wie die TEVGER auf? Und welches politische Spektrum umfaßt TEVGER, wenn die PKK nicht dabei ist?

K. BURKAY: Die TEVGER umfaßt einen großen Teil patriotischer Bewegungen Türkei-Kurdistans. Es laufen Bemühungen, um weitere Organisationen in die TEVGER einzubeziehen.

Was die PKK betrifft, so bestanden Unterschiede in den Kampfformen und in der Herangehensweise an bestimmte Fragen. Wäre es zu Beginn zu Gemeinsamkeiten auf minimaler Basis gekommen, so hätten wir uns einem Zusammenschluß nicht verschlossen. Ich möchte jedoch betonen, daß wir für die Zukunft, d. h. wenn einige Hindernisse überwunden werden können, offen sind.

FRAGE: Vor der Türkei hat der Irak eine Zwangsdeportation der kurdischen Bevölkerung eingeleitet. Die Türkei führt die gegenwärtige Zwangsdeportation mit dem Argument durch, man brauche eine Sicherheitszone zum Irak, was absurd ist, wenn diese Sicherheitszone schon im Irak besteht. Gibt es Hinweise, daß diese beiden „Sicherheitszonen“ in Absprache beider Regierungen geschaffen werden?

K. BURKAY: Seit jeher gibt es eine Zusammenarbeit zwischen der Türkei und dem Irak im Kampf gegen das kurdische Volk. D. h. auch wenn hier kein offizielles Abkommen existiert, besteht kein Zweifel, daß eine Übereinstimmung vorliegt.

Es ist durchaus möglich, daß ein offizielles Abkommen existiert. Beide Staaten haben seinerzeit vereinbart, zur Verfolgung von Kurden bis zu 20 km in das Territorium der jeweils anderen Seite eindringen zu dürfen.

FRAGE: Können Sie die Zahl der Deportierten in Türkei-Kurdistans nennen?

K. BURKAY: Es wurden bereits um die hundert Dörfer sowohl in der Grenzregion zum Iran und Irak als auch im Landesinneren zwangsumgesiedelt. Hinzu kommt, daß aufgrund des staatlichen Terrors sehr viele Kurden ihre Heimat verlassen haben.

FRAGE: Die Türkei ist Mitglied der NATO. Die türkische Presse berichtete, daß die Anti-Terror-Einheiten in den USA ausgebildet werden. In der kurdischen Provinz Van erfolgt eine Ausbildung durch die bundesdeutsche GSG 9 usw. Wie ist Ihre diesbezügliche Meinung?

K. BURKAY: Die NATO-Staaten, die ihren Partner Türkei militärisch und wirtschaftlich unterstützen, tragen eine wichtige Verantwortung bei der Politik der Türkei.

Im Krieg in Kurdistan setzt die Türkei Waffen der NATO ein. Mit ihren Bombern und Panzern wird Kurdistan bombardiert. Selbst chemische Waffen wurden bereits eingesetzt. Vor einigen Jahren wurden Eichenwälder in der Region Dersim mit chemischen Waffen bombardiert, und mitten im Sommer fielen alle Blätter der Bäume.

Wir rufen die NATO-Staaten auf, ernsthaften Druck auf die Türkei auszuüben. Sie müssen ihren Doppelstandard, den sie hierbei an den Tag legen, beenden.

FRAGE: Die Bundesregierung will der Türkei für die Jahre 1990-92 eine Rüstungsbeihilfe von 280 Mio DM gewähren. Haben Sie einen Überblick, wieviel Geld an Rüstungsbeihilfe insgesamt seitens der NATO an die Türkei fließt?

K. BURKAY: Eine genaue Zahl kann ich leider nicht angeben. Allein die Hilfen der USA belaufen sich auf rd. 750 Mio \$. Zählt man die ohne Rückzahlungen hinzu, so ergibt sich eine Summe von nahezu 1 Mrd \$. Insgesamt, so schätze ich, beläuft sich die Hilfe des Westens auf jährlich ca. 1,5 Mrd \$.

Der Westen hat im Grunde über die Wirtschaftshilfe eine gute Möglichkeit, wirksamen Druck auf die Türkei auszuüben, wenn er dies will. Worte bewirken im Falle der Türkei nichts.

FRAGE: Teilt ihre Organisation die Ansicht, daß der Beitritt zur EG seitens der Türkei eine Verbesserung der Menschenrechte bewirkt? Oder müßte sich vorher einiges verändern?

K. BURKAY: Hierzu haben wir unterschiedliche Standpunkte. Wenn Sie jedoch meine persönliche Meinung wissen wollen, so besteht meines Erachtens durch den Beitritt die Möglichkeit einer Verbesserung der Menschenrechte, allerdings nur dann, wenn der Westen den Doppelstandard, den er gegenüber der Türkei einnimmt, aufgibt und den Beitritt als Druckmittel einsetzt. D. h. es müssen ernsthafte Schritte erfolgen, noch bevor die Türkei in die EG aufgenommen wird.



In den Aufstandsgebieten entscheidet die Armee über Tod, Folter und Vertreibung

kalen Bevölkerung nicht möglich. So dürfte es durchaus typisch sein, wenn im Juli auf einer Fahrt im Sammeltaxi von Siirt nach Şirnak zunächst ein Dorf-Hoca und kurz darauf ein jugendlicher Arbeiter im Beisein der übrigen Mitfahrer laut und deutlich von den Untaten der türkischen Armee in den Dörfern, vom Einsatz von Giftgas gegen die Guerilla im Monat zuvor, von deren Heldentaten sowie dem Wunsch nach Unabhängigkeit sprachen. Gerade der junge Arbeiter nahm kein Blatt vor den Mund, als er seinem deutschen Mitfahrer auftrag, „Apo“ von ihm zu grüßen und ankündigte, er wolle bald auch zur Guerilla gehen.

Die Entwicklung gerade seit dem Frühjahr 1989 hat dazu geführt, daß Anfang Juli der Befehlshaber der Gendarmerie in der Region, Generalleutnant Ibrahim Selen, nach nur 82-tägiger Amtszeit wieder abgesetzt wurde. Es ist inzwischen sogar die Rede von der Ablösung des „Supergouverneurs“ Hayri Kozakcioglu, der 1987 eingesetzt wurde, um die Aktivitäten gegen die PKK in allen betroffenen Provinzen Kurdistans zu koordinieren. Er mußte schon 1988 zugeben, daß die türkische Armee in den Cudi-Bergen nicht mehr frei operieren könne und gesteht heute ein, daß Botan nicht mehr völlig zu kontrollieren sei.

Die Gründe für diese offensichtlich massenweise Unterstützung der PKK hier, die sich nicht zuletzt darin äußert, daß es für die ARGK keine Rekrutierungsprobleme gibt, sind vielfältig. Zum einen sollte es nicht verwundern, daß die Parole der Unabhängigkeit, die von der PKK ausgeht, Massenerwartung hat, wenn man weiß, daß z. B. auch die bäuerlichen Guerilleros im benachbarten irakischen Kurdistan stets die Unabhängigkeit im Sinn hatten, auch wenn die Barzanis sich offiziell nur für Autonomie stark machten. Weiterhin tritt der türkische Staat hier seit je als Fremdherrscher auf. Die Mitglieder der Repressionsorgane – Armee, Polizei, Jandarma – sowie die wichtigeren Staatsfunktionäre sind Türken.

Im Frühjahr wurde die Meldung internatio-

nal verbreitet, daß eine türkische Armee-Einheit die Einwohner des Dorfes Yeşilyurt bei Cizre gezwungen hatte, Menschenkot zu essen. Das wurde bekannt, weil sich die BewohnerInnen erstmalig getraut hatten, öffentlich zu protestieren. Seitdem passiert dies auch anderenorts – so im Juli in Hakkari, in Çatak am Fuße des Cudi-Bergs und am 20. September als Reaktion auf die Ermordung und Verstümmelung von neun Bauern des Dorfes Derbasi durch die Armee in Silopi.

Untaten wie die genannte sind jedoch seit langem hier alltäglich. Schließlich verbindet sich der Abscheu gegen die fremden Unterdrücker mit der traditionellen Helden-Bewunderung für die Guerilleros. In einem Land, wo die Menschen aus geographischen ebenso wie aus politischen Gründen oft wie im Vorhof der Hölle leben, werden auch die teilweise brutalen Strafen, mit denen die Guerilleros Kollaborateure und Verräter, oder die sie dafür halten, bedenken, anders aufgenommen als in angenehmeren Breiten.

In Hakkari, einem der ödesten unter den öden Orten des wilden Ostens, umgeben von nackten grauen Felsen, wo im Winter der Schnee zwei Meter hoch liegt, wird der Besucher zunächst von einigen schmutzigen grauen Kasernen empfangen. Auf dem Hauptplatz steht wie in allen Städten der Türkei ein Reiterdenkmal von Kemal Atatürk, Republikgründer und Schlächter der Kurden 1925 und 1930, ein Werk, daß seine Nachfolger in Dersim (Tunceli) 1938 fortsetzten.

Von hier aus ist der Blick frei auf den ebenfalls üblichen Triumphbogen mit der Aufschrift „Glücklich der, der sagen kann, ich bin Türke“ (K. Atatürk). Darunter drei „Bergtürken“ in einer Tracht, wie sie auch ihre Stammesbrüder in Irakischem Kurdistan tragen. In einer Türkei, wo es angesichts von Massenelend, von Inflation und Unterdrückung schon von den Türken nicht als Glück empfunden wird, Bürger ausgerechnet dieses Landes zu sein und keine Frage so häufig gestellt wird wie die, wie man denn in die BRD kommen könne, was kann da das Glück der Kurden sein?

**Aktuelle
Kommunal
Politik**



„Kirchturmspolitik“, „tagespolitisches Klein-Klein“, „Gaslaternensozialismus“...

...lauten die oft wenig schmeichelhaften Urteile über die kommunale Politik-Ebene. Da wollen wir als grün-alternatives Zeitschriftenprojekt gegen halten, damit in den Rathäusern der Altparteienfilz aufhört.

Die AKP berichtet laufend über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr usw..

Ein Nachrichten- und Magazinteil, sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältigste Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

Die AKP erscheint 6-mal im Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 8,- DM (zzgl. 1,50 Versand), das Abo gibt es portofrei für 48,- DM.

Redaktion und Vertrieb:

ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(0521/177517)

Fachzeitschrift für grüne und
alternative Kommunalpolitik

INGRID EL MASRY

Nach dem Abkommen von Taif

Der zerbrechliche Frieden

Am 5. November d.J. wurde ein neuer Staatspräsident, der Maronit René Mu'awad, gewählt. Dies markiert einen ersten Erfolg in der Umsetzung der „Nationalen Versöhnungscharta“, die am 22. Oktober im saudischen Taif vom libanesischen Parlament gebilligt wurde.

Der längjährige Parlamentarier René Mu'awad (63 Jahre), in den 60er und 70er Jahren mehrfach Minister, gilt als moderater maronitischer Christ und als der arabischen Welt gegenüber offen. In dem seit 1975 währenden libanesischen Bürgerkrieg hat er sich niemals offen eingemischt. Dennoch sprach er sich in der Vergangenheit für politische Reformen aus. Er gilt als energischer Verfechter der territorialen und nationalen Einheit und erkennt die Rolle Syriens bei der Regelung der politischen Probleme des Libanon an. (1) Damit ist er schon als Person ein klarer Gegner der maronitischen Fraktion General Aouns, welcher seit der gescheiterten Präsidentenwahl im September 1988 (vgl. DRITTE WELT 11/1988) die Regierungsmacht beansprucht.

Die Präsidentschaftswahl fand unter schwierigen rechtlichen und sicherheitspolitischen Bedingungen auf dem Luftwaffenstützpunkt Qlaiaat im Nordlibanon, welcher unter syrischer Kontrolle steht, statt. Die libanesischen Parlamentarier hatten sich in Taif zum Abschluß ihrer dreiwöchigen Gespräche über politische Reformen im Libanon darauf geeinigt, bis zum 7. November d.J. auf libanesischem Territorium zusammenzukommen, um einen neuen Präsidenten zu wählen und die politischen Reformen zu ratifizieren.

Bis zuletzt hatten Aoun und seine AnhängerInnen mit zunehmenden Einschüchterungsversuchen vornehmlich gegen christliche Parlamentarier, Drohungen und Gewalt die Präsidentschaftswahl und die Ratifizierung des Reformabkommens zu verhindern gesucht. Die an den Taif-Gesprächen beteiligten christlichen Abgeordneten hatte Aoun als Verräter gebrandmarkt.

Am Abend des 3. November wurden gegen die Wohnungen dreier Abgeordneter Anschläge verübt. Am 4. November ließ Aoun in Ostbeirut seine Gefolgschaft mit radikalen Parolen aufmarschieren und erklärte das Parlament kurzerhand für aufgelöst. Es sei ein „großes Verbrechen“, so Aoun, sollte trotzdem ein neuer Präsident gewählt werden. Unverhohlen drohte er mit einer Spaltung des Landes und einer Fortsetzung seines im März d.J. begonnenen „Befreiungskrieges“ gegen die syrischen Truppen

in Libanon, der zu den schwersten Kämpfen des Bürgerkrieges zählt. (2)

Die Tatsache, daß die christlichen Abgeordneten sich von den ernstzunehmenden Drohungen Aouns nicht einschüchtern ließen, zeigt jedoch, daß der General mit seiner Position weitgehend isoliert ist. Offiziell hat Aoun wiederholt erklärt, daß er dem Reformabkommen von Taif inhaltlich-politisch zustimme. Jegliche Umsetzung von Reformen macht er jedoch von einem vorherigen Abzug der syrischen Truppen im Lande abhängig. Deren Präsenz stilisierte der General seit seiner Machtübernahme zu einer Frage der nationalen Souveränität hoch, während er den Verfall der nationalen Strukturen Libanons sowie die anhaltende Besetzung von Teilen Südlibanons durch die israelische Armee offensichtlich in Kauf nimmt.

Inwieweit hinter Aouns Haltung lediglich eine Strategie steckt, jegliche politische Reformen in Libanon zu verhindern und die Vorherrschaft der christlich-maronitischen Bourgeoisie zu sichern, sei dahingestellt. Denn immerhin sind die Reforminhalte von Taif insofern ein politischer Durchbruch

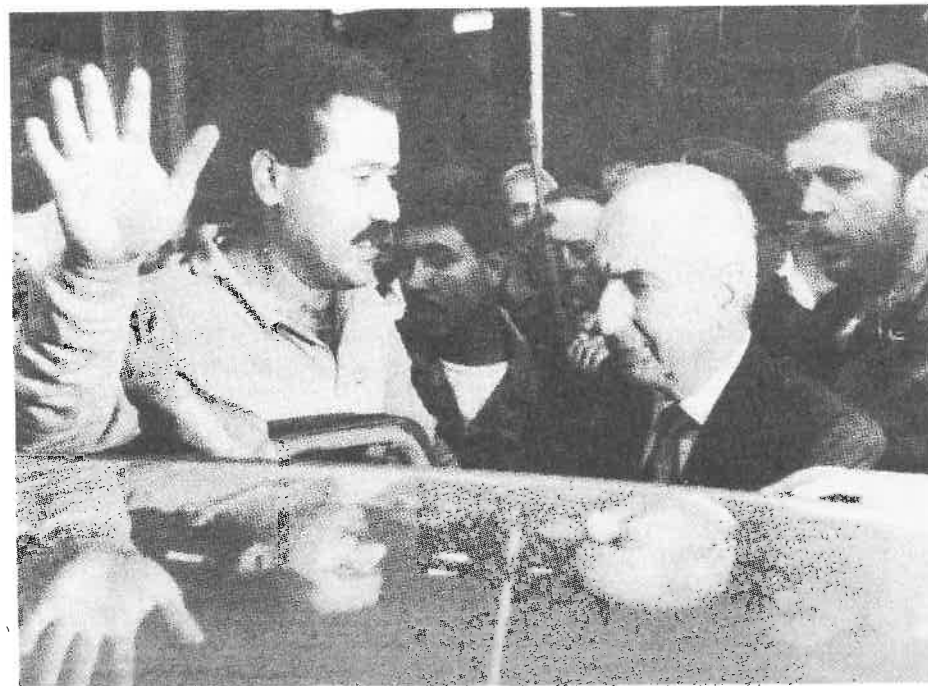
dem Weg zu einer umfassenden politischen Lösung der Libanonkrise, als damit erstmalig Teile des herrschenden Blocks einer politischen Machtverschiebung zugunsten der moslemischen Bevölkerungsmehrheit rechtskräftig zugestimmt haben.

Von wesentlicher Bedeutung ist die Übergabe der Exekutivgewalt vom christlichen Präsidenten auf den sunnitisch-moslemischen Ministerpräsidenten – und zwar deshalb, weil zuvor die nahezu uneingeschränkten Vollmachten des Staatsoberhauptes in Verbindung mit dem Monopol der Maroniten auf die Besetzung des Präsidentschaftsamt zu einer politischen Hegemonie der Maroniten im ganzen Lande geführt hatten. Desweiteren soll der Staatspräsident sein Stimmrecht im Ministerrat sowie sein alleiniges Vorrecht, diesen einzuberufen verlieren. Die Parlamentssitze schließlich sollen gleichzeitig auf Christen und Moslems verteilt werden. (3)

Diese Regelungen sind jedoch Kompromißformeln, die noch keine umfassende und dauerhafte Lösung der politischen Probleme des Landes verheißen:

Erstens erhalten sie das religiöse Proporz-

Der neue Präsident René Mu'awad (2.v.r.) kurz nach seiner Wahl



system der politischen Ämterverteilung auf Basis des von der französischen Kolonialmacht 1943 installierten, ungeschriebenen Nationalpaktes aufrecht. Jede konfessionelle Bevölkerungsverschiebung wird zu neuen Spannungen führen.

Zweitens tragen die Reformen deutlich die Handschrift Saudi-Arabiens, welches Mitglied des Libanon-Vermittlungskomitees der Arabischen Liga ist. Die Saudis unterstützen traditionell das sunnitische Establishment im Libanon, welches seine Macht nunmehr erheblich ausweiten konnte. Die Reformen müssen allen übrigen konfessionellen und politischen Gruppen und Parteien des Libanon einen Handel zwischen maronitischem und sunnitischem Establishment auf ihre Kosten gleichkommen.

Drittens profitieren gerade die am meisten marginalisierten und militantesten Gruppen im Libanon, die schiitischen Moslems, am wenigsten von den Reformen. Ihnen stehen allenfalls einige Parlamentssitze mehr zu. Ansonsten müssen sie sich wie zuvor mit dem Amt des Parlamentspräsidenten begnügen.

Viertens stand bei früheren Verhandlungen über eine Reform des politischen Systems Libanons bereits ein wesentlich weitreichenderes Konzept zur Diskussion, die vollständige Abschaffung des politischen Konfessionalismus, d.h. des Nationalpaktes von 1943 zugunsten einer politisch-parlamentarischen Repräsentation. Bereits 1975 verknüpfte die nationalprogressive Front die Forderung nach einer entsprechenden Verfassungsreform mit der nach sozialökonomischen Umgestaltungen. Die politisch-militärische Überlegenheit der Front gegenüber der phalangistisch-nationalliberal-maronitischen Rechtsallianz wurde erst mit der militärischen Intervention Syriens 1976 zugunsten der Rechtskräfte beendet.

Auf der zweiten Runde der „libanesischen Versöhnungskonferenz“ im März 1984 scheiterte ein solches Reformprojekt trotz günstiger Bedingungen an den egoistischen Machtinteressen der sunnitischen Moslems sowie Syriens und an Machtkämpfen innerhalb des maronitischen Blocks. Um die Jahreswende 1985/86 fiel ein bereits unterzeichnetes Reformabkommen Machtkämpfen und Putschen zwischen verschiedenen Fraktionen des Rechtslagers zum Opfer. (4)

Eben weil das Reformpaket von Taif nicht derart weitreichende Veränderungen beinhaltet, war es offensichtlich durchsetzbar. Es könnte langfristig in eine grundsätzliche Reform des politischen Systems des Libanon einmünden, falls es die nächsten Monate überleben und die Lage im Libanon sich stabilisieren sollte.

Ein zerbrechliches Abkommen bleibt es jedoch zweifelsfrei. Abgesehen von der destabilisierenden Rolle der ständigen militärischen Interventionen Israels besteht die Gefahr eines Militärputsches von Seiten Aouns. Diese dürfte jedoch relativ gering zu veranschlagen sein. Dies einmal aufgrund



Trotz des „Versöhnungsabkommens“ ist ein erneuter Ausbruch des Krieges nicht auszuschließen

der militärischen Überlegenheit der syrischen Truppen, zum anderen weil der General über eine ausreichende Unterstützung weder im internationalen noch im nationalen Rahmen verfügt – das maronitische Lager ist faktisch gespalten. Die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, also auch die USA, haben das Abkommen von Taif begrüßt und sich für die Wiederherstellung der nationalen Einheit des Libanon ausgesprochen. (5)

Andere Gefahren drohen von Seiten der militanten schiitischen Gruppen. Sie haben das Abkommen verurteilt, da es die Macht in den Händen der Maroniten und sunnitischen Moslems beläßt. Die Organisation Jihad Islami reagierte am 1. November d.J. mit einem Attentat auf einen saudischen Diplomaten in Beirut. Die schiitischen Jihad Islami, Hezbollah, Amal sowie die Drusen Jumblatts zählen zu den erklärten Gegnern des Abkommens. Erstere werden vom Iran, letztere von Syrien unterstützt. Hezbollah und Amal schlossen jedoch auf einem Treffen in Teheran im Juli d.J. ein Bündnis. Während der Iran über seine libanesischen Klientel einen Machtkampf gegen den sunnitischen Islam Saudi-Arabiens ausficht, dürfte dem wirtschaftlich bedrängten Syrien, das zur Zeit von Saudi-Arabien als einzigem Ölland finanzielle Hilfe erhält, kaum an einer Torpedierung des Abkommens gelegen sein. Im übrigen hat Syrien als erstes arabisches Land die Reformen sowie die Wahl Mu'awads begrüßt.

Damit sind aber auch Syriens Verbündeten, der Amal Berries sowie den Drusen Jumblatts, die Hände gebunden. Beide Organisationen haben erklärt, sich trotz ihrer Ablehnung des Abkommens und ihrer Kritik an Syrien, es habe seine libanesischen Verbündeten im Stich gelassen, der syrischen Haltung fügen zu wollen.

Die größten Gefahren drohen dem Ab-

kommen insofern von Seiten der an Teheran orientierten, schiitischen Gruppen und Milizen. Es könnte zu einem erneuten Aufbrechen innermoslemischer Gegensätze kommen. Diese waren durch den gemeinsamen Kampf gegen General Aoun geglättet worden, sind aber in den Taif-Vereinbarungen erneut angelegt. Derartige Konflikte können jedoch lediglich dem maronitischen Block nutzen.

So unzulänglich das Abkommen gemessen an den alten Zielen der libanesischen Nationalbewegung und gemessen an den speziellen Interessen der Schiiten des Libanon auch ist, es markiert erstmals in der Geschichte des Libanon eine Machtverschiebung zugunsten seiner moslemischen Bevölkerung. Es spiegelt nicht nur Verschiebungen in der libanesischen Bevölkerungsstruktur zugunsten der Moslems wider, sondern auch die letztendliche Durchsetzung einer sich über viele Umwege bereits seit Jahren abzeichnenden Veränderung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der herrschenden, maronitischen Clans.

Der zerbrechliche Friede sollte deshalb gefestigt und mittelfristig in eine vollständige Überwindung des politischen Konfessionalismus übergeleitet werden. Nur auf diese Weise wird Frieden in das Land der Zedern einkehren und äußeren Interventionen Einhalt zu gebieten sein.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Liberation, Paris, 4./5.11.1989; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 6.11.1989
- 2) Vgl. FAZ, 6.11.1989; die tageszeitung, West-Berlin, 6.11.1989
- 3) Vgl. Le Monde (LM), Paris, 14.10.1989; International Herald Tribune, Paris/ Zürich, 11.10.1989 und 13.10.1989
- 4) Vgl. W. Brönnner, Der Nahostkonflikt und die Palästinafrage, Frankfurt/ M. 1979, S. 194 sowie AIB 5/1984, 1-2 und 5/1986 und Le Nouvel Afrique Asie, Paris, Nr.2/ November 1989
- 5) Vgl. LM, 2.11.1989

1. Bundeskongreß „Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 – 1992“

Kontinuität des Kolonialismus

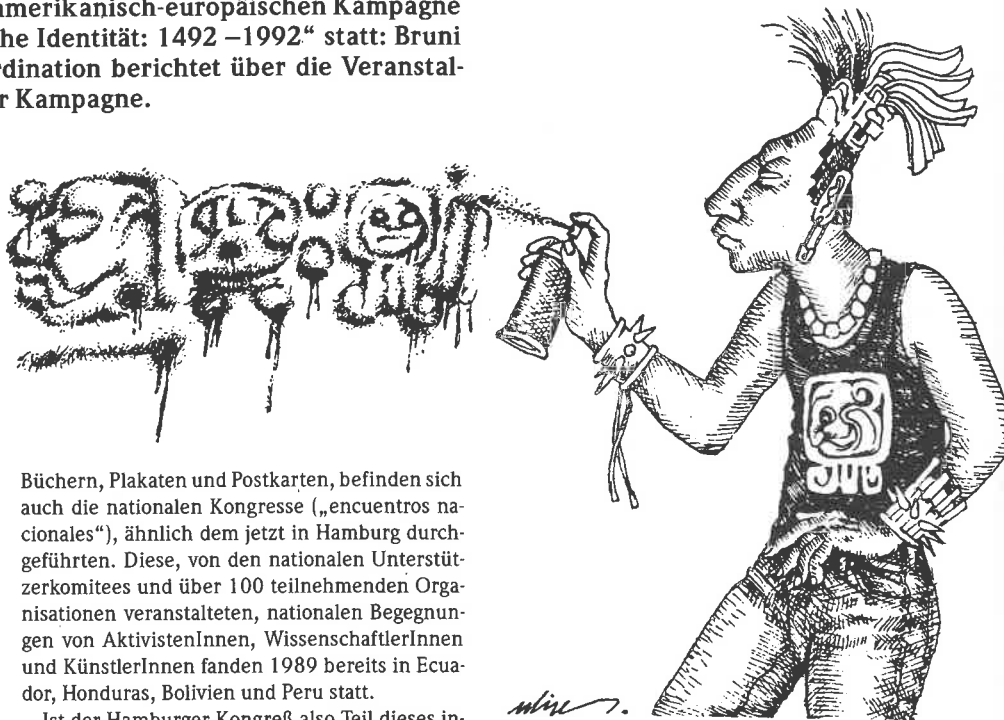
Am 28./29. Oktober d.J. fand an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik mit rund 350 TeilnehmerInnen aus der BRD, Schweiz und Österreich der 1. Bundeskongreß der lateinamerikanisch-europäischen Kampagne „Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 – 1992“ statt: Bruni Höfer von der bundesdeutschen Koordination berichtet über die Veranstaltung und erläutert die Entwicklung der Kampagne.

Der unmittelbare Anlaß für diese Kampagne, die vor drei Jahren in Mexiko gegründet wurde und seitdem in über 20 Ländern auf beiden Kontinenten arbeitet, (siehe DRITTE WELT 11/1988, S. 45 f.) war der Beginn der imperialen Jubelfeiern zum 500. Jahrestag der „Entdeckung Amerikas“. Unter Führung der spanischen Regierung hatten sich Mitte der 80er Jahre alle lateinamerikanischen Regierungen entschlossen, bis 1992 jährlich an den entsprechenden Feierlichkeiten zum 12. Oktober teilzunehmen.

Die offizielle Maschinerie für die angemessene Durchführung der Zelebrationen fand ihr geistiges und organisatorisches Zentrum in Madrid. Von dort aus fließen auch die Gelder, oder besser gesagt, Investitionen, die inzwischen erstaunliche Summen ausmachen. Für die Olympischen Spiele in Barcelona und die Weltausstellung in Sevilla 1992 hat die spanische Regierung allein rund 20 Mrd DM bereitgestellt. Für die Festlichkeiten zum „V Centenario“ (500. Jahrestag) sind rund 2 Mrd DM eingeplant. Ein Teil dieser Finanzierung kommt aus dem Etat der spanischen Regierung, ein Teil aus EG-Geldern und der Rest wird über Steuererleichterungen, staatliche Lotterien usw. aufgebracht. Offensichtlich wird, daß, wie meist bei diesen Jubelveranstaltungen imperialer Größe, die spanischen Steuerzahler den Großteil der Zeche bezahlen müssen.

Gemeinsame Nenner der offiziellen Feierlichkeiten sind, wie schon im Unternehmen des Kolumbus 1492, Profit und Macht. So wird die US-Delegation zum „Centenario“, die Beobachterstatus hat, vom US-Unternehmer John Goudie aus Miami angeführt, der zur republikanischen „Mafia“ des Bundesstaates Florida gehört und persönlicher Freund des spanischen Staatssekretärs für den 500. Jahrestag, Luis Yañez, ist. Die japanische Delegation des letzten internationalen Treffens der offiziellen staatlichen Kommissionen zum „V Centenario“ (in Guatemala) wurde angeführt vom Banker Hayashiya.

Angesichts dieser sich seit 1984 abzeichnenden Tendenzen der europäischen Metropolen, den Beginn des Völkermords und der Errichtung des 500jährigen Reiches – ähnlich wie die Berliner Olympiade 1936 – zynisch zu zelebrieren, hatte sich 1986 in Mexiko die Initiative „Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 – 1992“ gebildet, um ein kritisches und alternatives Gegenforum zu erarbeiten. Unter ihren vielfältigen Aktivitäten, wie der Herausgabe und des Vertriebs der Dreimonatszeitschrift „Amerika, la Patria Grande“ in 20 Ländern, der Durchführung eines internationalen Wettbewerbs über die Thematik in den Genres Essay, Roman, Fotografie, Radio, Video, Karikatur usw., der Produktion von



Büchern, Plakaten und Postkarten, befinden sich auch die nationalen Kongresse („encuentros nacionales“), ähnlich dem jetzt in Hamburg durchgeführten. Diese, von den nationalen Unterstützungskomitees und über 100 teilnehmenden Organisationen veranstalteten, nationalen Begegnungen von AktivistInnen, WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen fanden 1989 bereits in Ecuador, Honduras, Bolivien und Peru statt.

Ist der Hamburger Kongreß also Teil dieses internationalen antiimperialistischen Zusammenhangs, so stellt er zugleich einen wichtigen Schritt in der Fortsetzung der antiimperialistischen Arbeit in der BRD dar.

Der Beginn dieser Arbeit liegt zwei Jahre zurück, als die Initiatoren der lateinamerikanischen Kampagne mit dem Verein Monimbó, medico international, terre des hommes in Osnabrück und Basel, Swiss Aid und später der Stiftung Umverteilen, beschlossen, das Projekt in beiden Kontinenten durchzuführen. Die nationale Koordination in der BRD übernahm der Verein Monimbó. In der Schweiz hatte sie Jörg Weiss vom Zentralamerika-Sekretariat übernommen, der im August 1988 in El Salvador von Sondereinheiten der Armee ermordet wurde.

Erstes Ergebnis dieser Zusammenarbeit war das Sonderheft „Emancipación e Identidad de América Latina: 1492 – 1992“ von epd-Entwicklungspolitik, das im Oktober 1988 erschien und Informationen für eine allgemeine Diskussion der Problematik zur Verfügung stellte. Mit dem Fortschreiten der Diskussion wurde es notwendig, ein tiefergehendes theoretisch-politisches Verständnis über das Fünfhundertjährige Reich zu gewinnen. Diesem Bemühen diente am 17./18. Juni d.J. ein in Dietzenbach durchgeführtes Seminar mit rund 80 TeilnehmerInnen. Als Referenten nahmen Alfred Schmidt von der Universität Frankfurt, Jan Philipp Reemtsma vom Hamburger Institut für Sozialforschung und Heinz Dieterich von der Universidad Autónoma Metropolitana in Mexiko-Stadt teil. Aus diesen Beiträgen und Diskussionen entstand die zweite Arbeitsbrochure unter dem Titel „500 Jahre ‚Entdeckung‘

Amerikas – Alter und neuer Kolonialismus“ (96 S., 9,80 DM).

Die Auswertung des Dietzenbacher Seminars sowie das große Interesse an der Thematik, das von vielen Gruppen und Einzelpersonen in der BRD bekundet wurde, führte zum Entschluß, die geleistete Arbeit mit lateinamerikanischen ReferentInnen weiter zu vertiefen, sie einer interessierten Öffentlichkeit nun auch bundesweit vorzutragen und in eine gemeinsame zukünftige Arbeit einzubringen. Dies war die Funktion des Kongresses in Hamburg.

Zu Beginn der Veranstaltung begründete Klaus Meyer, warum der „eher für praktische Solidaritätsarbeit“ bekannte Verein Monimbó (Projektarbeit in Masaya) als Förderinstitution an der internationalen Kampagne „Emanzipation und Lateinamerikanische Identität: 1492 – 1992“ teilnimmt. Im gleichen Sinne sprach Beate Sydow von terre des hommes Osnabrück, die zugleich die Schweizer Förderorganisation Swiss Aid vertrat.

Heinz Dieterich von der Generalkoordination in Mexiko stellte die Gründungszusammenhänge dar und erläuterte den länderübergreifenden, pluralistischen und antiimperialistischen Charakter des Projekts. Es handelt sich um ein großes „lateinamerikanisch-europäisches Forum und zugleich um eine Kampagne“, in der Wissenschaftler, Künstler, Bauern, „Indigenas“ (Nachkommen der autochthonen Bevölkerung), Arbeiter, Afro-Amerikaner, Frauen usw. zusammen gegen das Fünfhundertjährige Reich (atlantisches Herrschaftssystem) kämpfen.

Iñaki Egaña, Koordinator der baskischen Komitees „Amairuko Quetzal Agiria“, die Teil der internationalen Kampagne sind, verglich die „Conquista“ Amerikas mit der „Conquista“ des Baskenlandes durch die gemeinsame Okkupationsmacht Kastilien und wies auf Parallelen in Unterdrückung und Widerstand hin.

Angel Tolosa, Vertreter der kolumbianischen Bauernvereinigungen ANUC und Organisator der lateinamerikaweiten Bauern- und „Indígena“-Kampagne gegen den „V Centenario“ („Campaña: 500 años de resistencia indígena-campesina-popular“), erläuterte die Haltung der darin zusammengeschlossenen Verbände, wie sie sich auf einem Einigungskongreß Anfang Oktober d.J. in Bogota herauskristallisiert hatten. Dort war deutlich geworden, daß die beiden Kampagnen, „500 años de resistencia...“ und „Emancipación e Identidad...“ die einzig bestehenden kontinentalen Initiativen zum „V Centenario“ darstellen. Es wurde beschlossen, als „verschwierte Institutionen“ gemeinsam den Kampf bis 1992 zu führen. Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit bekräftigt, die lateinamerikanische Arbeiterbewegung als dritte große Kraft in die Kampagne mit einzubeziehen.

Die Kontinuitätsproblematik des deutschen Kolonialismus und Neokolonialismus war Thema des Referats von Karl Heinz Roth von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte. Der dafür gewählte Erkenntnisaspekt bezog sich auf das Verhältnis von Zwangsarbeit und Kolonialismus. In der Tat war das Aufzeigen der Entstehung einer Vernichtungswissenschaft aus den Interessen deutscher Kolonialpolitik (vor allem in Afrika), deren Fortführung in der nationalsozialistischen Expansionspolitik und ihrem Überleben im heutigen monopolkapitalistischen Herrschaftssystem von außerordentlicher Bedeutung für das dringend notwendige konkrete Verständnis des „V Centenario“. Es handelt sich dabei weder um „Kultur“ noch um „Vergangenheit“ allein, sondern v.a. um das gegenwärtige internationale Herrschafts- und Ausbeutungssystem des Kapitals.

Hans Branscheidt von medico international sprach über „500 Jahre Verleugnung und die Wiederkehr des Verdrängten – Reflexionen über die sozialanthropologischen Konstitutionsmerkmale des ‚neuen Weltbürgers‘“. Gaby Gottwald diskutierte die aus der Solidaritätsarbeit mit Mittelamerika folgenden „Konsequenzen für die politische Arbeit hier“. Während Branscheidt vor teils erheitertem, teils betroffenem Publikum den „neuen Weltbürger“ sezierte, fiel Gottwalds kompromißloser Analyse die bundesdeutsche Solidar-

Bücher und Materialien

Die Beiträge des Hamburger Kongresses, einschließlich der Dietzenbacher Referate von Alfred Schmidt, „Der Kolonialismus in der Sozialphilosophie und politischen Ethik Jean Paul Sartres“, Jan Philipp Reemtsma, „Cortéz et al“ und Heinz Dieterich, „Ironien der Weltgeschichte: Strukturparallelen zwischen Nazi-Lebensraum und 1/3 Welt heute“ werden Anfang Dezember 1989 als Paperback vorliegen. Das Buch kann ebenso wie die Broschüre „500 Jahre ‚Entdeckung‘ Amerikas – Alter und neuer Kolonialismus“, eine Serie von Farbpostkarten sowie Farbplakate beim Solishop 3. Welt, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90 bezogen werden.

itätsbewegung „zum Opfer“. „Verzichtsapologeten, Humanisten, radikale Klassenkämpfer und Antiimperialisten, Pazifisten“ und andere Bereiche der Solidaritätsszene wurden in guter aufklärerischer Tradition radikal, aber solidarisch „verhandelt“. Starker Beifall für beide RednerInnen zeigte, daß das Publikum die Beiträge in diesem Sinne aufnahm.

Alba Guzman, seit 25 Jahren verantwortlich in der bikulturellen Edukation (Bildung und Ausbildung) von „Indígena“-Frauen in Mexiko tätig, zeichnete ein realistisches Bild der gegenwärtigen „Indígena“-Gesellschaft Lateinamerikas, welches als Korrektiv für das romantisierende Bedürfnis nach dem „guten Wilden“ vieler selbstdefinierter „Stadtindianer“ in den Metropolen heilsam sein könnte. Probleme wie Machtmißbrauch, Korruption, „Machismo“ usw. stellen, ebenso wie in der Mestizengesellschaft, alltägliche Erscheinungen dar. Ihre Überwindung, ebenso wie die Befreiung der Frau, ist nur im Rahmen der nationalen Befreiung möglich.

Heinz Dieterich zeigte, wie Sprache als herrschaftskommunikatives Mittel unseren Zugang zur Realität verwehren kann. Eine der wesentlichen Aufgaben für 1992 besteht darin, den eurozentristischen, neokolonialen Herrschaftsdiskurs des Westens zu durchbrechen.

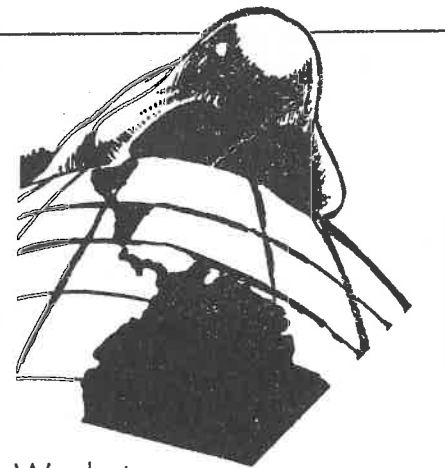
Danach referierte Miguel Bonasso, ein früherer Berater des argentinischen Präsidenten Campora (1973), der zwei Jahre im Untergrund gegen die Militärdiktatur kämpfte, heute Direktor der mexikanischen Tageszeitung „El Independiente“ und zusammen mit 70 bekannten Persönlichkeiten Amerikas Mitglied des Ehrenrates der Kampagne ist. Er sprach von einem „brutalen Paradox“ im gegenwärtigen Lateinamerika: absehbare soziale Explosionen aufgrund der wirtschaftlichen Misere und fehlende revolutionäre Kader und Projekte, um die in diesen Explosionen freier werdende politische Energie für eine gesellschaftliche Veränderung zu kanalisieren. Um Lehren für diese dringende Aufgabe zu ziehen, analysierte er die Erfahrungen der argentinischen Guerillaorganisation Montoneros, der chilenischen Unidad Popular (Volkseinheit) und des Sandinismus.

Die große Resonanz auf die bisher im Rahmen des Projektes durchgeführten Aktivitäten machen das starke Interesse an einer Problematik deutlich, die in den nächsten Jahren in der politischen Diskussion von zunehmender Bedeutung sein wird. Allgemein bedauert wurde, daß aufgrund des dichten Programms zu wenig Möglichkeit bestand, die vorgetragenen Referate in Arbeitsgruppen intensiver zu diskutieren bzw. künftige Aktivitäten in der BRD zum 500. Jahrestag der Eroberung zu planen und zu koordinieren.

Die Veranstaltung in Hamburg war als Angebot zur Auseinandersetzung mit den verschiedenen Aspekten, die unser gesellschaftliches Sein bestimmen – repräsentiert durch die thematischen Schwerpunkte der Referate –, zu verstehen. Die gemeinsame Weiterentwicklung der Diskussion, Planung von Aktivitäten und deren Koordinierung sollte in den nächsten Monaten von allen interessierten Gruppen in Angriff genommen werden.

Der Kongreß endete mit der erneuten Einladung der Veranstalter an die TeilnehmerInnen und Gruppen zur Mitarbeit an dem Projekt „Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 – 1992“.

Kontaktadresse: Monimbó e.V., Darmstädter Str. 23, 6057 Dietzenbach.



Was hat

Kokain

mit den Chancen der Linken, die nächsten

Wahlen in Brasilien

zu gewinnen, mit den

Latinos in den USA

und den

Frauenbewegungen in Lateinamerika

zu tun?

Es sind unsere Schwerpunktthemen bis Dezember.

Zusätzlich, wie immer, aktuelle Reportagen, kurze Ländernachrichten, Berichte aus der Solidaritätsbewegung, Besprechungen von Büchern, Filmen, wichtige Termine ...

Kostenloses Probeheft anfordern, am besten gleich abonnieren.

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika

erscheint 10x im Jahr, DM 4

ila

Oscar-Romero-Haus
Heerstr. 205
5300 Bonn 1

MARIANNE KOLTER

Pretoria unter Druck

Der ANC durchbricht den Bann

Trotz der Freilassung von Walter Sisulu und anderen führenden Mitgliedern des Widerstands, trotz weiterer Lockerungen der Repression deutet sich noch kein grundlegender Wandel des Apartheidregimes an. Aber der Druck auf die Klerk ist ungemein angewachsen.

8 0 000 SüdafrikanerInnen feierten am 29. Oktober d.J. im Johannesburger Soccer-City-Stadion die freigelassenen Führer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) Walter Sisulu, Raymond Mhlaba, Ahmed Kathrada, Elias Motsoaledi, Andrew Mlangeni und Wilton Mkwayi, die in den Jahren 1963/64 zu lebenslänglicher Haft wegen ihrer Aktivitäten für den ANC inhaftiert worden waren, sowie den 1985 verhafteten Oscar Mpetha. Außer den ANC-Sieben war Jafta Masemola, Mitglied des Panafrikanischen Kongresses (PAC), freigelassen worden.

Die Veranstaltung wurde eröffnet mit der Verlesung einer Rede des im Exil lebenden ANC-Präsidenten Oliver Tambo. Anschließend sprach der frühere ANC-Generalsekretär Walter Sisulu (siehe Kasten). Fahnen in den Farben des ANC und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei wehten zu Hunderten über den Köpfen der Menschen.

Die Polizei hatte Order, nicht einzugreifen, wie auch in den Tagen vor der Massenveranstaltung gegen die öffentlichen Auftritte der Freigelassenen nichts unternommen worden war. Der ANC, so Teilnehme-

rInnen der Veranstaltung und BeobachterInnen, sei damit faktisch entbannt.

Bereits unmittelbar nach den Wahlen zum Drei-Kammern-Parlament am 6.9.1989, an denen die Bevölkerungsmehrheit, die Schwarzen, nicht teilnehmen durften, hatten der neue Staatspräsident Frederik de Klerk und seine Regierung Demonstrationen und Massenveranstaltungen genehmigt. Damit wurde mit einer jahrzehntelangen Tradition des Verbietens gebrochen. Mehr als 300 000 Menschen haben seitdem auf Südafrikas Straßen ihre Ablehnung der Apartheid in genehmigten Demonstrationen deutlich gemacht.

Auch hat es in diesem Sommer zahlreiche Gespräche gegeben, in denen die Klerk und sein Unterhändler, Verfassungsminister Gerrit Viljoen, mit Vertretern des ANC zusammenkamen, u.a. auch mit dem immer noch inhaftierten Nelson Mandela. Übertrieben ist aber wohl die Einschätzung der US-Zeitschrift „Newsweek“ vom 30.10.1989: „Die entscheidenden Vorbedingungen für direkte Gespräche sind nun Wirklichkeit: die de-facto-Entbanntung des ANC und die stillschweigende Aussetzung

politischer Gewalt durch die Organisation.“

W. Sisulu und andere VertreterInnen des ANC machten in den letzten Wochen wiederholt deutlich, daß es für die Befreiungsbewegung keine Veranlassung gebe, grundsätzlich auf den bewaffneten Kampf als Mittel der Auseinandersetzung zu verzichten. Sie verwiesen darauf, daß es noch keinen grundlegenden Wandel der Politik der südafrikanischen Regierung gegeben habe. Die Bedingungen für Verhandlungen mit der Regierung wurden erneut von den Bedingungen abhängig gemacht, die 1987 vom ANC aufgestellt und vom OAU-Komitee zum Südlichen Afrika im August d.J. übernommen wurden (siehe DRITTE WELT 11/1989, S. 6 f. und Aufruf der Kirchen- und Gewerkschaftsführer in diesem Heft).

Die Politik der neuen Regierung unter der Klerk wird als Zugeständnis an den trotz des Ausnahmestatus ungebrochenen Widerstands innerhalb des Landes und als Reaktion auf die bestehenden Sanktionen gegen das wirtschaftlich geschwächte Land eingeschätzt. Skepsis herrscht gegenüber der Klerks Absichten, eine wirkliche Veränderung der Verhältnisse herbeiführen zu wol-

len, was letztendlich nur Abschaffung der Apartheid bedeuten kann.

Der Zeitpunkt der Freilassung der acht prominenten Vertreter des Widerstands kurz vor Beginn der Tagung der Commonwealth-Staaten am 18.10.1989 in Kuala Lumpur/ Malaysia und vor Umschuldungsverhandlungen mit westlichen Banken unterstreicht den Verdacht, daß auch die neue Regierung in Pretoria auf Kosmetik setzt, um internationalen Druck abzuschwächen.

45 der 46 vertretenen Commonwealth-Staaten entschieden sich in einer abschließenden Erklärung zu dieser Frage für eine „Schonfrist“ für die Regierung von der Klerk von sechs Monaten, in denen keine neuen Sanktionen beschlossen werden sollen. Bereits verhängte Sanktionen sollen auch in diesem Zeitraum aufrechterhalten werden. Gegen dieses Vorgehen sprach sich allein die britische Ministerpräsidentin Margaret Thatcher aus, die gerne Abstand von allen Sanktionen genommen hätte. Dies obgleich auch sie zugeben mußte, daß zu der

veränderten Haltung der südafrikanischen Regierung der internationale Druck durch Sanktionen beigetragen hat.

Das Vorgehen der Commonwealth-Staaten fand Zustimmung unter VertreterInnen des südafrikanischen Widerstandes, etwa durch Allan Boesak, der sich zur Berichterstattung über die Situation in seinem Land in Kuala Lumpur aufhielt.

Die 34 Banken, mit denen Südafrika bereits im März 1987 ein bis 31.12.1990 datiertes Umschuldungsabkommen geschlossen hatte, konnten mit Pretoria einen neuen, günstigen Vertrag abschließen. Am 18.9.1989 gab der Gouverneur der südafrikanischen Zentralbank, Chris Stals, bekannt, daß der Umschuldungsvertrag bis Ende 1993 verlängert und Südafrika lediglich zu einer Rückzahlung von 1,5 Mrd \$ von den fälligen 8 Mrd verpflichtet sei. Zu der Gruppe der 34 Gläubigerbanken gehören auch die Dresdner Bank, die Deutsche Bank und die Commerzbank.

Mit US-amerikanischen Banken, die in

den USA unter starkem politischen Druck gegen Geschäfte mit der Apartheid stehen, hat Südafrika in den letzten zwei Jahren in Verhandlungen Einzelverträge abgeschlossen, die kurzfristige Darlehen in langfristige umwandeln. Die genannten Umschuldungen mit ihren äußerst günstigen Bedingungen für Südafrika sind Überlebenshilfen für den Apartheidstaat. Nicht eine der Forderungen des Widerstand, Umschuldungen von wirklichen politischen Veränderungen abhängig zu machen, wurde von den Banken eingelöst.

Wie weit die Bereitschaft der südafrikanischen Regierung geht, mit den VertreterInnen des Widerstand in Verhandlungen über die Abschaffung der Apartheid zu treten und einen wirklichen Wandel zuzulassen, wird nicht zuletzt vom internationalen Druck abhängen. Der südafrikanischen Regierung jetzt eine bedingungslose Chance zu geben, dazu gibt es keine Veranlassung. Diese hat sie, wie W. Sisulu sagte, 40 Jahre gehabt.

Südafrikanische Kirchen- und Gewerkschaftsführer

Aufruf für verstärkte Sanktionen

Acht südafrikanische Kirchen- und Gewerkschaftsführer haben im Oktober d.J. zur Verstärkung der Sanktionen gegen das Apartheidregime aufgerufen.

Wir, die Unterzeichner, möchten nach umfassender und ernsthafter Beratung den Ruf nach Sanktionen, der vom Südafrikanischen Kirchenrat (SACC), dem Südafrikanischen Gewerkschaftskongress (COSATU), dem Nationalen Gewerkschaftsrat (NACTU) und den Massenorganisationen erhoben wurde, bekräftigen.

Die Änderung in der Führung des Apartheidregimes darf nicht als Wechsel in der Politik angesehen werden. Die Eckpfeiler der Apartheid bleiben bestehen: die Landgesetze, das Gesetz über Gruppengebiete, das Gesetz zur Registrierung der Bevölkerung und das Gesetz über die Gruppenrechte. Diese werden verschärft von einer Fülle von diskriminierenden Gesetzen und Ausnahmebestimmungen. Der Ausnahmezustand ermächtigt die Regierung, durch Verfügungen zu regieren. Die durchgehende Zensur der Medien schafft eine falsche Wahrnehmung von Stabilität. Seit die Klerk an die Macht gekommen ist, wurden mehr als 200 Gegner der Apartheid ohne Verfahren inhaftiert, viele wurden faktisch mit Hausarrest belegt, sechs wurden an Pretorias Galgen gehängt und die Beschränkungen, die gegen 33 Organisationen verhängt wurden – die COSATU, die UDF und die Azanische Volksorganisation inbegriffen –, sind immer noch in Kraft.

Wir meinen, daß Wahlen auf rassistischer Basis, wie jene vom 6. September 1989, die Krise in Südafrika nicht lösen können, da der Mehrheit der Südafrikaner das Recht zu wählen verweigert wird. Diesen Wahlen fehlte die Legitimation. Die Regierung, die auf der Grundlage dieser Wahlen gebildet wurde, regiert ohne die Autorität eines Mandates der Mehrheit.

Die Klerks Gerede von Verhandlungen bleibt hinter den Forderungen der Mehrheit der Südafrikaner zurück. Seine Vorschläge zu Reformen bauen auf der Grundlage von Gruppenvorrechten und dem Schutz weißer Vorherrschaft innerhalb

von Apartheidstrukturen auf. Die Verweigerungskampagne („Defiance Campaign“) und die Wahrheitskampagne hatten zum Ziel, die irreführenden Versprechungen des Staates für Reformen bloßzulegen. Wir meinen, daß die Regierung der Klerk gezwungen wurde, dem Recht des Volkes auf friedlichen Protest stattzugeben, indem sie eine Reihe von Friedensmärschen in den letzten Wochen erlaubte. Es war eher eine Antwort auf den anhaltenden Widerstand des Volkes gegen die Apartheid und kein Anzeichen für einen tiefgehenden Wandel.

Wir sind überzeugt, daß das Apartheidregime niemals in wirkliche Verhandlungen mit legitimen Vertretern eintreten wird, wenn es dazu nicht gezwungen wird. Verhandlungen in Südafrika werden das Ergebnis verstärkten Drucks sein, nicht aber ein Ersatz dafür. Jetzt auf Druck zu verzichten, wäre ein historischer und strategischer Fehler, eine Tragödie für unser Land.

Wir unterstreichen demgemäß aufs Neue unsere Aufforderung an ausländische Regierungen, sich für umfassende und verbindliche Sanktionen durch die Vereinten Nationen einzusetzen und wirksame und umfassende Sanktionen gegen Apartheid zu verhängen. Diese sollten einschließen:

- die Verstärkung bestehender Sanktionsmaßnahmen, wie die zu Öl, Waffen und Computertechnologie;
- die Verschärfung finanzieller Sanktionen im Rahmen der kommenden Umschuldungsverhandlungen;
- die Beendigung aller Handelskredite an Südafrika;
- die Verstärkung aller wirksamen Handels-sanktionen;
- die strikte Überwachung der Einhaltung von Sanktionen;
- die Propagierung der Strategie des Common-

wealth unter anderen Nationen, insbesondere jenen mit wirtschaftlicher Macht über Südafrika, und durch internationale Organisationen wie z.B. die Vereinten Nationen;

● das Herstellen von Verbindungen mit und die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen in deren Sanktionskampagnen.

Wir glauben, daß Sanktionen aufrechterhalten und verstärkt werden müssen, bis die Abschaffung der Apartheid unumkehrbar gemacht worden ist. In Übereinstimmung mit den Richtlinien der OAU (Organisation für afrikanische Einheit; d.Red.) zur Schaffung der Bedingungen für Verhandlungen bedeutet dies die Verstärkung von Sanktionen, bis die folgenden Bedingungen erfüllt worden sind:

- Die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangen;
- die Aufhebung der Einschränkungen gegen Organisationen und Personen;
- der Abzug der Truppen aus den Townships;
- die Aufhebung des Ausnahmezustands und der Unterdrückungsgesetze;
- der Verzicht auf politische Prozesse und Hinrichtungen;
- der Entwurf und die Annahme einer neuen Verfassung durch eine ordentlich eingesetzte Verfassungsgebende Versammlung.

Reverend Dr. Frank Chikane, Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates
Ehrenwerter Reverend Desmond Tutu, Anglikanischer Erzbischof von Kapstadt
Seine Exzellenz Dr. Stanley Mogoba, Präsidierender Bischof der Methodistischen Kirche von Südafrika

Reverend Dr. Allan Boesak, Präsident des Weltbundes der Reformierten Kirchen
Jay Naidoo, Generalsekretär von COSATU
Phiroshaw Camay, Generalsekretär von NACTU
Dr. Beyers Naudé, ehemaliger Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates
Pater Smangaliso Mkhathswa, Generalsekretär des Instituts für Kontextuelle Theologie.

Zehntausende GewerkschafterInnen demonstrierten am 14. Oktober d.J. in Johannesburg gegen die neuen Arbeitsgesetze



Nur der Kampf führt zu Verhandlungen

Rund 80 000 Menschen hatten sich am 29. Oktober d.J. in einem Stadion von Soweto (Johannesburg) versammelt, um die freigelassenen Langzeitgefangenen des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) zu begrüßen. Auf dieser faktisch ersten legalen ANC-Versammlung seit seinem Verbot (1960) sprach der prominenteste Freigelassene, der ehemalige ANC-Generalsekretär Walter Sisulu. Wir dokumentieren seine Rede in Auszügen.

Heute sehen wir, daß das Apartheidregime einer tiefen und unumkehrbaren Krise gegenübersteht. Alle seine politischen Strategien, die Apartheid zu reformieren, sind elendig gescheitert.

Die verheerende Politik der verschiedenen Regierungen der Nationalistischen Partei hat zu einem wirtschaftlichen Chaos geführt. Eine ansteigende Inflation ist an der Tagesordnung. Diese Krise hat sich beschleunigt wegen der Ablehnung der Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die internationale Gemeinschaft. Sanktionen, Boykotte und Desinvestitionen haben Apartheid-Südafrika als Paria der Welt isoliert.

Das Gesetz über die Arbeitsbeziehungen und andere arbeiterfeindliche Maßnahmen haben den Widerstand der Arbeiterklasse angespornt. Große Schlachten wurden von den Gewerkschaften ausgetragen, um die Rechte der Arbeiter zu verteidigen. Laßt uns nicht vergessen, daß es mehr gibt, was die Arbeiter vereint als was sie trennt. Wir rufen auf zur Einheit aller organisierten Arbeiter unter dem Banner: ein Land, eine Föderation.

Freunde der Apartheid-Regierung argumentieren, Sanktionen würden dazu führen, daß schwarze Arbeiter ihre Jobs verlieren. Wir sagen, daß es die anormale Lage in diesem Land ist, die solche Folgen hervorbringt. Für uns ist die zentrale Frage: Was ist die wirksamste Strategie, um das Leiden zu beenden? Es besteht für uns kein Zweifel, daß Sanktionen größtenteils dafür verantwortlich sind, die Regierung empfänglich für die Forderungen unseres Volkes zu machen. Wir rufen die Welt auf, die Sanktionskampagne zu intensivieren.

Während die Krise gegen die Apartheid sich verschärft, nimmt die Fragmentierung der herrschenden Klasse immer mehr zu. Sie haben jegliche Vision der Zukunft verloren. Heute hat der ANC die Hauptbühne des politischen Lebens in Südafrika erobert.

Mehr und mehr Leute, schwarze und weiße, werden von den Idealen des ANC inspiriert. Die Vision eines nicht-rassistischen, demokratischen und vereinigten Südafrika wird von allen Abteilungen der südafrikanischen Gesellschaft geteilt. Diese Ideen dringen sogar in die Repressionsorgane ein.

In den letzten Monaten haben sich Millionen unseres Volkes in Massenaktionen unter dem Banner der Demokratischen Massenbewegung vereint. Der Anblick von Hunderttausenden friedlicher Demonstranten, die die Straßen unserer Städte und Townships als Wahlurnen benutzen, sollte für uns ein Ansporn sein, den Kampf für die vollständige Befreiung zu verstärken. Wir rufen unser Volk auf, sich den von der COSATU und der UDF angeführten Massenorganisationen anzuschließen.

Der Aufbau disziplinierter und verantwortlicher Organisationen unserer Menschen muß ei-



Nach 26 Jahren wieder vereint: ANC-Veteran Walter Sisulu und UDF-Führerin Albertina Sisulu

ne unserer wichtigsten Aufgaben bleiben. Wir begrüßen die großen Anstrengungen, die unternommen wurden, um Frauen zu organisieren, damit sie ihren rechtmäßigen Platz im Kampf einnehmen können.

Während wir viele Fortschritte gemacht haben, ist das Gemetzel unter unseren Leuten in Natal ein Schandfleck unseres edlen Kampfes für die Befreiung. Alle, die dem Frieden unter den Menschen verpflichtet sind, müssen gemeinsam gegen die Gewalttäter handeln. Wir rufen COSATU, UDF und Inkatha auf, ihre Suche nach Frieden fortzusetzen.

Der ANC ist stetig, während seiner ganzen Geschichte, der Politik des Friedens und der Verhandlungen verpflichtet gewesen. Ich möchte aus meiner eigenen Erfahrung sprechen.

1952 schrieb ich als Generalsekretär des ANC, zusammen mit Dr. Moroka, dem damaligen Präsidenten des ANC, an Premierminister Malan und rief ihn auf zu verhandeln.

1960 wurde der ANC verboten und Tausende seiner Führer und Mitglieder wurden eingekerkert oder ins Exil gezwungen. 1961 schrieb Nelson Mandela, der damals im Untergrund war, an Premierminister Verwoerd und forderte ihn auf, eine Nationale Konvention einzuberufen. Unsere Bitten stießen auf taube Ohren.

Deshalb bildeten wir Umkhonto we Sizwe, den Speer der Nation (bewaffneter Arm des ANC; d. Red.), um unsere Menschen zu verteidigen und um für unsere Freiheit zu kämpfen.

Trotz unzähliger bitterer Erfahrungen werden wir es der Vergangenheit nicht erlauben, uns davon abzuhalten, dauernd nach dem kürzestmöglichen Weg zur Freiheit zu suchen. Wir stimmen mit der kürzlich angenommenen Harare-Erklärung (des OAU-Komitees zum Südlichen Afrika, d.Red.; Wortlaut in: DRITTE WELT 11/1989, S. 6-7) überein, in der es heißt:

„Wir glauben, daß die bestehenden Bedingungen – sofern das Pretoria-Regime den eindeuti-

gen Willen hat, wirklich und ernsthaft an Verhandlungen teilzunehmen – die Möglichkeit bieten können, das Apartheidregime durch Verhandlungen zu beenden. Eine solche Möglichkeit könnte Ausdruck des Weges sein, nach dem sich die Mehrheit der Menschen Südafrikas immer gewünscht hat, eine politische Regelung zu erreichen. Zusammen mit dem Rest der Welt glauben wir, daß es, bevor irgendwelche Verhandlungen stattfinden können, wesentlich ist, das für Verhandlungen notwendige Klima zu schaffen.“

Wir rufen das Regime auf:

- alle politischen Gefangenen und Inhaftierten bedingungslos freizulassen,
- alle Verbannungen und Einschränkungen über alle verbotenen und eingeschränkten Organisationen und Personen aufzuheben,
- alle Truppen aus den Townships abzuziehen,
- den Ausnahmezustand und jegliche Gesetzgebung, die der Unterdrückung dient, aufzuheben,
- alle politischen Prozesse und politischen Hinrichtungen zu beenden.

Wenn ein solches Klima geschaffen ist, ist der ANC bereit, wie die Harare-Erklärung sagt, über die Beendigung der Feindseligkeiten auf beiden Seiten zu diskutieren. Es kommt für uns nicht in Frage, den bewaffneten Kampf einseitig aufzugeben. Zur Zeit sehen wir keine eindeutigen Hinweise, daß die Regierung ernsthaft Verhandlungen will. All ihre Äußerungen sind vage.

Jetzt spricht die Regierung von ethnischen Wahlen, um die Führer des schwarzen Volkes zu wählen. Dies ist unannehmbar für uns. Wir sehen der Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung auf der Grundlage eines allgemeinen Wahlrechts für Erwachsene mit Erwartung entgegen. Dort werden die wahren Vertreter des Volkes die Zukunft diskutieren. Wenn die Regierung ernsthaft eine beständige und dauerhafte Lösung will, wird sie diesem logischen Schritt zustimmen.

In der Zwischenzeit ist es unsere Pflicht, den Kampf zu verstärken bis wir fähig sind, das Regime dazu zu bringen, die Frage der Normalisierung der Lage in Südafrika zu diskutieren. In dieser Phase können wir nicht nachlassen aufgrund bloßer Erklärungen.

Die Vision des ANC wurde von den Kämpfen von Millionen unseres Volkes gegen Ungerechtigkeit geformt. Der Kampf gegen die Apartheid ist ein Kampf der gesamten Menschheit. Gleichzeitig erkennen wir die wechselseitige Abhängigkeit zwischen uns und den Völkern der Welt an. Wir teilen die Ideale der friedliebenden Menschen der ganzen Welt. Wir sind interessiert an der neuen Phase der politischen Offenheit und des Friedens, die sich in der ganzen Welt herausbildet. Durch die Beseitigung der Apartheid werden wir zum Frieden zuhause und zum Weltfrieden beitragen. Wir widmen unser Leben diesem Ziel. Schließlich wiederholen wir, daß die Stufe, die wir im Kampf erreicht haben, unumkehrbar ist. Deshalb die Notwendigkeit der Einheit, der Konsolidierung und der Disziplin, um den Befreiungskampf zu verstärken.

Vorwärts zu Frieden und Demokratie!

Lang lebe der ANC!

Lang lebe unser Bündnis mit der Südafrikanischen Kommunistischen Partei!

Lang lebe die Bewegung der Arbeiterklasse!



TATJANA CHAHOUD

Lomé-IV-Verhandlungen

Zwischen Verschuldungskrise und EG-Binnenmarkt

Anfang 1990 soll das Lomé-IV-Abkommen zwischen der EG und 66 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) in Kraft treten. Die Ausgangslage für die Entwicklungsländer in den seit Oktober 1988 andauernden Verhandlungen ist extrem ungünstig.

War Lomé I noch ganz durch den Aufbruch der OPEC-Staaten (Organisation erdöllexportierender Länder), den Anstieg zahlreicher Rohstoffpreise sowie das unüberhörbare Auftreten der Dritte-Welt-Länder mit ihren Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung geprägt – Entwicklungen, die seinerzeit auch die EG zu ökonomischen und politischen Zugeständnissen veranlaßten –, so sind jene Lomé-Verhandlungen, die der Weltwirtschaftskrise von 1980 folgten, durch die anhaltende und tiefgreifende Depression in den meisten AKP-Staaten überschattet.

Seit 1981 sind z. B. die Importe Afrikas (zahlenmäßig die größte Gruppe unter den AKP-Staaten) gemessen am Gesamtimport der Dritten Welt um ein Drittel gefallen. Entfielen 1981 auf Afrika 14,95 % der Importe aller Dritte-Welt-Länder, so erreichte dieser Anteil 1986 nur noch 10,5 %. Dieser Abwärtstrend war allem voran das Resultat der drastisch gesunkenen Exporteinkünfte sowie der fast spiegelbildlich ansteigenden Auslandsverschuldung.

Mit dem skizzierten Importeinbruch wurde ein scheinbar unüberwindlicher Teufelskreis in Gang gesetzt: Die verarbeitende Industrie, weitgehend von eingeführten „inputs“ (Vorleistungen; d. Red.) abhängig, konnte seither nur noch einen Teil ihrer Kapazitäten auslasten. Gleichzeitig wurde der Agrarsektor durch einen Mangel an Düngemitteln, Brennstoffen und an Ersatzteilen für die Verarbeitung sowie den Transport getroffen. Die insgesamt desolante Versorgung entmutigte die Bauern darüber hinaus, die Nahrungsmittelproduktion für den Markt zu erhöhen. Das Gesamtergebnis war ein scharfer Rückgang bei den durchschnittlichen Realeinkommen, die Reduzierung sozialer Dienstleistungen und eine Zunahme jener Haushalte, die ihr Leben in absoluter Armut und Fehlernährung fristen müssen.

Die offenkundige Zerrüttung der AKP-Ökonomien führte jedoch keineswegs zu einer Beschleunigung der Hilfezahlungen im



Werbung für EG-Milchpulver in Simbabwe

Rahmen des Lomé-III-Abkommens, im Gegenteil. Die Fortsetzung sowie die Inangriffnahme neuer Entwicklungsprojekte wurden behindert und führten zu deutlichen Verzögerungen beim Tempo der Auszahlungen. Ein Vergleich der finanziellen Zuflüsse zwischen Lomé II und Lomé III während der ersten Phase gibt deutliche Aufschlüsse: Beliefen sich bis Ende 1987 die Auszahlungen unter Lomé III auf 6,3 % des Europäischen Entwicklungsfonds (EDF), so lag dieser Anteil unter Lomé II noch bei 10,9 %.

(1) Von weit gravierender Bedeutung ist in diesem Kontext allerdings die seit langem zu beobachtende Erosion der Weltmarktposition der AKP-Staaten. Lag ihr Anteil an den Importen der EG beim Abschluß des er-

sten Lomé-Abkommens (1975) noch bei 8 %, so ist dieser Anteil inzwischen auf 3,8 % gesunken. Noch augenfälliger wird die schwindende Präferenz, wenn man die Marktanteile der AKP-Staaten mit jenen der übrigen Dritte-Welt-Länder vergleicht. Erreichten die AKP-Staaten 1975 hier noch einen Anteil von 20 %, so fiel dieser Anteil inzwischen auf 14 % ab, und dies, obwohl die Zahl der AKP-Staaten im gleichen Zeitraum von 44 auf 66 angewachsen ist. (2)

Auf die zukünftige Perspektive bezogen sieht das Bild der AKP-Staaten eher noch ungünstiger aus, zumal in Rechnung gestellt werden muß, daß Lomé III bereits als grundlegende Neugestaltung des Vertragswerkes ausgegeben wurde, dessen zentrale Prinzipien in Lomé IV übernommen werden. Ein-

zelne Akzentverschiebungen sind allenfalls in Detailfragen zu erwarten. Hatte Lomé III zutreffend die Förderung der ländlichen Entwicklung bzw. die Ernährungssicherung als Kernprobleme herausgestellt, auf die Dringlichkeit von Umweltproblemen verwiesen und die Rolle der Frau im Entwicklungsprozeß betont, so bleibt das eigentliche Herzstück der Lomé-Konvention, die handelspolitische Kooperation, faktisch auf dem Status quo.

Den AKP-Ländern wird zwar freier Zugang zur EG gewährleistet, ohne daß dies umgekehrt auch gilt, aber die sog. EG-Marktornungsgüter bleiben von dieser Regelung nach wie vor weitgehend ausgeklammert. Gleiches trifft auf diverse Fertigwaren, v. a. Textilien und Bekleidung zu, die unter das Multifaser-Abkommen fallen und auch von daher nur beschränkter Zugang im EG-Raum genießen.

Auf die wiederholten Forderungen der AKP-Staaten, auch für Marktornungsgüter den EG-Markt zu liberalisieren, reagiert die EG-Kommission bis heute vorrangig mit dem Hinweis, diese Produkte seien für die AKP-Länder überwiegend irrelevant. Tatsächlich blockt die bestehende EG-Agrarmarktornung bereits die Produktionsaufnahme entsprechender Agrargüter ebenso ab wie die seit Jahren zunehmenden, nicht-tarifären Handelshemmnisse die Gründung und Expansion von Unternehmen für den Fertigwarexport behindern.

Als zusätzliche Barriere für die Überwindung der internationalen Arbeitsteilung nach kolonialem Muster gilt die nach wie vor bestehende Ursprungsklausel, wonach der freie Zugang zur EG nur gewährt wird, wenn 50 % der Wertproduktion innerhalb des EG-AKP-Raums erwirtschaftet wird. Die Nutzung anderwärtiger, preisgünstigerer Vor- und Zwischenprodukte wird auf diese Weise blockiert. Dies trägt ebenfalls zu einer Verfestigung überkommener Produktionsstrukturen bei.

Demgegenüber kam es im Zuge von Lomé III auf dem Gebiet der finanziellen und technischen Zusammenarbeit zu nachhaltigen Umgestaltungen des Vertragswerkes. Ganz im Gleichschritt zur Weltbank wurde auch hier der traditionelle Projektansatz abgeändert und, wie es heißt, zugunsten einer kohärenten Förderung entwicklungspolitischer Schwerpunktbereiche wie etwa Ernährungssicherung verändert. Soweit Finanzmittel für Projekte bereitgestellt wurden, wurde während der Lomé-III-Phase der Akzent auf Instandsetzung und Instandhaltung verlagert.

Als Begründung für diesen entwicklungsstrategischen Wandel wird darauf verwiesen, daß in der Vergangenheit die sektorspezifischen Rahmenbedingungen sowie Instandhaltung und Instandsetzung bei zahlreichen Projekten vernachlässigt worden wären. Mag dieser Hinweis z. T. auch zutreffend sein, so dürfte der Hauptgrund jedoch in den Folgen der Verschuldungskrise bzw. den verordneten Kürzungen der Staatshaushalte zu suchen sein. Diese zogen in den

meisten AKP-Ländern nicht nur die drastischen Reduzierungen der Investitionen nach sich, sondern verursachten den Verfall einzelner Projekte wie auch ganzer Wirtschaftssektoren.

Da diese neue Struktur bzw. Sektororientierung mit den jeweiligen AKP-Partnern für die länderspezifischen Indikativ-Programme (NIP) festgelegt wird, wurde im Rahmen von Lomé III der sog. „globale Dialog“ eingeführt. Kaum überraschend hat sich dieser Verhandlungsgegenstand als der schwierigste nicht nur für das auslaufende Lomé III-Abkommen, sondern auch bei den gegenwärtigen Verhandlungen für Lomé IV erwiesen.

Mit welchem taktischen Geschick die EG diese Verhandlungen führt, läßt sich den Äußerungen G. Frischs von der EG-Kommission entnehmen: „Letztlich sind die entsprechenden Vorschriften des Abkommens in der Sache (gemeint ist der sog. ‚Politik-Dialog‘; d. Verf.) vollbefriedigend, wenn gleich den AKP-Partnern in der Terminologie (!) einige Konzessionen gemacht werden mußten.“ (3)

Zwar läßt sich den vielfach wiederholten Äußerungen der EG-Vertreter entnehmen, daß diese Neuorientierung nicht den partnerschaftlichen Charakter der Lomé-Kooperation ablösen soll, de facto ist dies dennoch der Fall. Praktiziert wird die neu erschaffene Lomé-Konditionalität seither sowohl im Rahmen der Indikativ-Programme für die konkrete Ausgestaltung der Entwicklungsfinanzierung wie auch v. a. hinsichtlich der Zuteilung von STABEX-Finanzierungsmitteln (System der Stabilisierung von Exporterlösen).

War bis 1985 die Verwendung dieser Kreditmittel im Falle plötzlicher Erlösausfälle bei einzelnen Rohstoffen eine souveräne Angelegenheit der jeweiligen AKP-Staaten, so wird seither unter dem Stichwort „Ver-

stems für Privatinvestitionen als besonderer Erfolg herausgestellt. Und tatsächlich dürfte dieser EG-Vorstoß als Vorreiter der nachfolgenden Weltbank-Investitionsschutzgarantie-Agentur (MIGA) zu werten sein.

Die Verhandlungen um Lomé IV zeichnen sich durch eine äußerst geringe Kompromißbereitschaft der EG gegenüber den AKP-Staaten aus. Im Handelsbereich fordern die AKP-Staaten größere Konzessionen, um Agrarprodukte in die EG einführen zu können. Wie bereits bei Lomé III stoßen entsprechende Einfuhr liberalisierungen v. a. auf den erbitterten Widerstand der südlichen EG-Länder, die aus Konkurrenzgründen eher an die finanzstarken EG-Mitglieder appellieren, das Finanzvolumen für die AKP-Staaten zu erhöhen.

Auch hinsichtlich der AKP-Forderung zur Reform des STABEX-Systems (v. a. die Vermeidung von Verlusten bei Wechselkursänderungen bzw. die Einführung einer Selbstbeteiligung zur Verbesserung der Auslöseschwelle sowie die Abschaffung der Rückzahlungspflicht für alle STABEX-Empfänger) liegt noch kein überzeugendes Reformpaket vor. Dabei steht der Stellenwert einer grundsätzlichen STABEX-Reform außer Zweifel: Expertenberichten zufolge führte der Rohstoffpreisverfall für Schwarzafrika in den Jahren 1981–86 zu einem Einnahmeverlust von fast 100 Mrd \$. Über drei Viertel davon können demgegenüber bei der EG als Gewinn verbucht werden, ein Betrag, der alle Leistungen aus Entwicklungshilfe und Handelsvergünstigungen weit übersteigt. (4)

Immerhin hat die EG hinsichtlich der bisherigen Ursprungsklausel, wonach mindestens 50 % der Wertschöpfung aus dem EG-AKP-Raum stammen muß, eine größere Kompromißbereitschaft signalisiert. Durch eine mögliche Reduzierung auf ca. 35 % sollen in- und ausländischen Investoren zukünftig größere Anreize geboten werden.

Eine weitere Verständigung deutet sich ferner im Umweltbereich an: Der Export giftiger Abfälle der EG in die Dritte Welt soll künftig unterbunden werden. Allerdings drängt die EG gleichzeitig auf eine Ausnahmeklausel, wonach von dieser Bestimmung abgewichen werden kann, falls im Bestimmungsland des Abfalls die notwendigen technischen Einrichtungen zu dessen Behandlung vorhanden sind. Zurecht stehen die AKP-Staaten dieser EG-Ausnahmeklausel äußerst skeptisch gegenüber. (5)

Bei der Behandlung des gravierendsten Problemkomplexes, der Überwindung der Verschuldungskrise, stießen die AKP-Staaten bei der EG bislang auf absolut taube Ohren. Die Forderung der AKP-Staaten, die Verschuldungsproblematik in das Lomé-IV-Abkommen einzubeziehen, wurde v. a. mit dem Verweis auf die bewährten Gremien, speziell den Pariser Club, aber auch dem Hinweis, Brüssel spiele als Dritte-Welt-Gläubiger nur eine sehr marginale Rolle, abgelehnt.

Immerhin finden sich innerhalb der EG

Die ökonomische Situation der stark verschuldeten Länder Afrikas (Subsahara-Region)

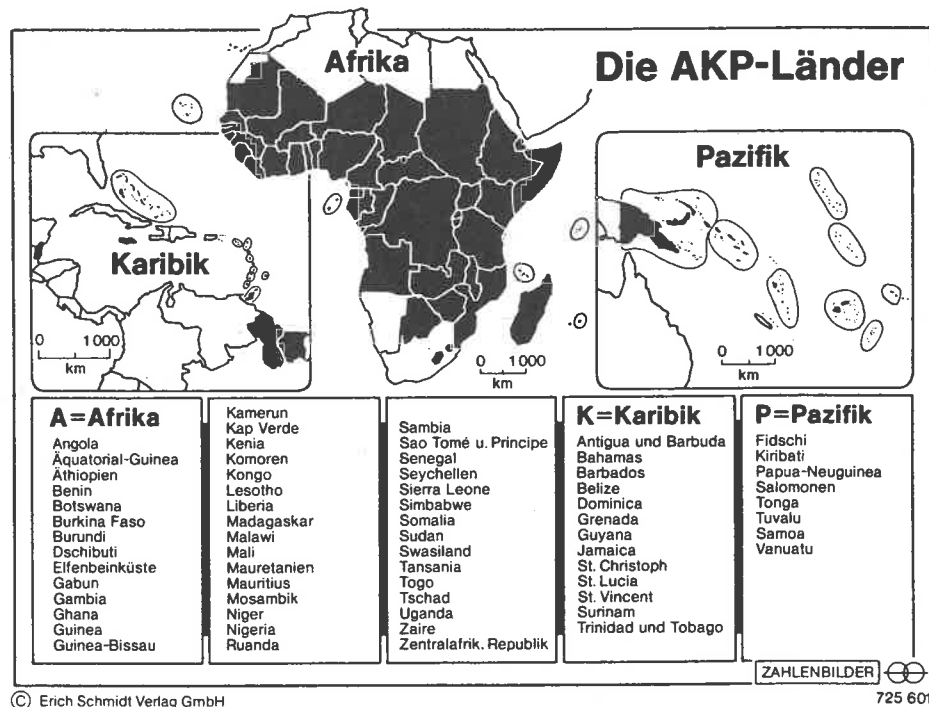
(US-Dollar in Preisen von 1980)

	1980	1986	Änderungen in %
Pro-Kopf-Produktion	324,0	270,0	-16,6
Pro-Kopf-Konsum	356,0	312,0	-12,4
Investitionen (Mrd \$)	9,1	7,7	-15,6
Exporte (Mrd \$)	10,2	7,1	-30,1

(Quelle: World Bank (Hg.) World Debt Tables, Jg. I, Washington 1988)

wendungstransparenz“ das jeweilige Land noch vor den Transferzahlungen zu einer genauen Berichterstattung verpflichtet. Kommt ein Konsens zwischen dem AKP-Staat und der EG nicht zustande, so droht die Einstellung künftiger Auszahlungen.

Als einschneidende instrumentelle Neuerung zählt seit Lomé III nicht zuletzt die vertraglich festgelegte Förderung von Privatinvestitionen. Von Seiten der EG-Kommission wird dieser grundsätzliche Durchbruch zugunsten eines gemeinsamen Garantiesy-



auch abweichende Minderheitenpositionen. So unterbreitete z.B. der belgische Entwicklungsminister A. Geens den Vorschlag, die ausstehende Außenschuld der AKP-Staaten zu Marktpreisen über einen spezifischen Fonds aufzukaufen. Mit einem solchen Mini-Brady-Plan würde die EG der international übernommenen Verpflichtung hinsichtlich der Aufstockung der Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttosozialprodukts tatsächlich einen Schritt näher kommen, von gegenwärtig 0,3% auf 0,5%. (6)

Tatsächlich setzt die EG im Zuge der gegenwärtigen Verhandlungen jedoch allem voran auf eine einseitige Strukturanpassung der AKP-Staaten. Lomé IV soll demnach den sog. „Politik-Dialog“ über die bisherige Sektoranpassung in Richtung gesamtwirtschaftlicher Strukturanpassung erweitern. Mit der Einrichtung einer eigenen

Strukturanpassungsfazilität (Kreditmöglichkeit; d. Red.), die an den EDF anzugliedern ist, soll die gewünschte Anpassungspolitik finanziell flankiert werden.

In Form und Inhalt sollen die EG-Strukturanpassungsmaßnahmen sich allerdings von den IWF / Weltbank-Programmen abheben. Die von Seiten der EG auferlegte Konditionalität soll „weicher“ gestaltet werden und v.a. die spezifische Lage sowie die sozialen Verhältnisse in den betroffenen Staaten berücksichtigen. Ernährungssicherung sowie Unterstützungsmaßnahmen im Bildungs- und Gesundheitswesen gehören daher zu den erklärten Zielen dieser Anpassungspolitik. Auf diese Weise – so läßt sich den einschlägigen Äußerungen von EG-Experten entnehmen – solle Strukturanpassungspolitik mit einem „europäischen Profil“ versehen werden. Insgesamt würden diese Politiken mit anderen internationalen Gebern koordiniert, ihnen jedoch auf keinen Fall unterstellt werden. (7)

Welche Bedeutung diesen Verlautbarungen letztlich beigemessen werden kann, bleibt fraglich. Hinsichtlich der Einführung einer „weichen Konditionalität“ relativierten westdeutsche Entwicklungsexperten inzwischen, es könne davon ausgegangen werden, daß die EG-Kommission immer dann automatische Unterstützung leisten könne, wenn ein IWF- oder Weltbank-Abkommen vorliege. Nur in abweichenden Fällen müßte nach eigenen EG-Kriterien vorgegangen werden. (8)

Die gegenwärtigen Lomé-Verhandlungen stehen nicht nur im Schatten der ungelösten Verschuldungskrise, sondern werden zusätzlich geprägt durch die bevorstehende Vollendung des europäischen Binnenmarktes. Insgesamt umfaßt dieses Binnenmarktpaket ein komplexes Maßnahmenpaket zur Vollendung des freien Waren- und Kapitalverkehrs sowie Schritte zu einem ungehinderten Verkehr von Personen und Dienstleistungen.

Für die AKP-Staaten ebenso wie für die meisten übrigen Dritte-Welt-Länder stehen die geplanten Harmonisierungen im Handelsbereich eindeutig im Vordergrund. Konkret geht es hier v.a. um die Beseitigung nationaler Importquoten und / oder gegebenenfalls die Einführung einer Gemeinschaftsquote sowie um die Harmonisierung technischer und hygienischer Standards. Desweiteren ist der Wegfall der bisher gängigen nationalen Textilquoten im Rahmen des Multifaser-Abkommens sowie die Beseitigung der Zollkontingente im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems vorgesehen. Abgerundet wird dieses interne Liberalisierungsbündel schließlich durch die anstehende Europäisierung des öffentlichen Beschaffungswesens, wonach bei staatlichen Aufträgen zukünftig die Anbieter aus der EG, aber auch die AKP-Staaten zu berücksichtigen sind. (9)

Aus EG-Sicht wird die Verschmelzung von 12 Einzelmärkten auch auf die Handelspartner ausstrahlen, da es ihnen möglich werde, sich mit größeren Serien auf den gemeinsamen Markt einzustellen. Etwaigen Abschottungstendenzen hält die EG-Kommission die weltwirtschaftliche Verflechtung der EG wie auch die rechtlichen Verpflichtungen, die sich v.a. aus dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT), der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) bzw. der Lomé-Konvention ergeben, entgegen. (10)

Unzweifelhaft ist, daß die Binnenmarkteffekte auf die Dritte-Welt-Staaten sehr unterschiedlich ausfallen werden. Vom Wegfall der Binnengrenzen werden die leistungsstarken, exportorientierten Schwellenländer (Südkorea, Brasilien usw.) am meisten profitieren können. Umgekehrt dürften sie aber auch zu den Hauptadressaten diverser protektionistischer Maßnahmen zählen. Nur wenn es ihnen gelingt, durch Direktinvestitionen in den europäischen Markt einzudringen, wären diese Importhürden zu umgehen.

Die Gruppe der Dritte-Welt-Länder mit mittlerem Produktionsniveau wird sich v.a. aufgrund des Fortfalls nationaler Quoten und Kontingente mit einem drastisch verschärften Konkurrenzkampf konfrontiert sehen. Und es ist äußerst fraglich, ob die Vergünstigungen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems ausreichen werden, bisherige Marktanteile und einzelne Nischen zu halten.

Für die ärmeren Dritte-Welt-Länder dürfte der EG-Markt aufgrund ihrer traditionellen Produktionsstruktur, d.h. ihrer Rohstoffabhängigkeit allenfalls indirekt, infolge eines möglichen Wachstumsschubs, teilweise wirksam werden. Letzteres gilt weitgehend auch für die AKP-Staaten, wobei diese allerdings mit einer spezifischen Verschlechterung konfrontiert sein werden. Ein Rückgang ihrer Marktanteile droht durch den Wegfall der nationalen Importquoten wie auch infolge der Zugeständnisse der EG im Hinblick auf einen allgemein erleichterten Zugang für tropische Produkte

im Rahmen der laufenden Uruguay-Runde des GATT. Nicht zuletzt wird auch die Süd-erweiterung der EG durch den Beitritt Spaniens und Portugals den Präferenzstatus der Mittelmeerländer wie auch einzelner AKP-Länder aushöhlen. (11)

Die aktuelle, von den meisten AKP-Staaten, aber auch anderen Dritte-Welt-Ländern kaum zu bewältigende Herausforderung kommentiert E. Carrington, Generalsekretär der AKP-Staaten, zutreffend: „Die im Entstehen begriffene Realität ist, daß die Gemeinschaft grundsätzlich die Position bezogen hat, daß Präferenzhandel nicht länger das Kernstück der Beziehungen ist. Sie sagen uns nun: ‚Verlaßt Euch nicht auf Präferenzen. Verlaßt Euch auf Wettbewerbsfähigkeit.‘“ (12)

Die Pikanterie dieser EG-Botschaft bleibt gleichwohl unübersehbar. Gestützt auf eine hochsubventionierte EG-Agrarmarktorde-nung, auf Einfuhrquoten im Rahmen des Multifaser-Abkommens sowie eine ständige Ausdehnung nicht-tarifärer Handelshemmnisse in zahlreichen anderen Sektoren werden umgekehrt Freihandels- und Marktmechanismen in einem „Politik-Dialog“ jenen gegenüber angemahnt und mit unzähligen Überkreuzkonditionierungen festgezurr, die ums nackte Überleben bangen müssen.

Dr. Tatjana Chahoud ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der FU Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaften

Anmerkungen

1) Vgl. Ch. Stevens, Die Lehren aus Lomé III, in: epd-

- Entwicklungspolitik, Lomé-Briefings, Nr. 2, 3.10.1988
- 2) Nach: Financial Times (FT), London, 21.7.1989
- 3) D. Frisch, Lomé III, in: BMZ (Hg.), Entwicklungspolitik-Materialien Nr. 75, Lomé III, Bonn 1986
- 4) Vgl. Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, Frankfurt, Mai – Juni 1989
- 5) Vgl. Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 8.6.1989
- 6) Vgl. Nachrichten für Außenhandel (NfA), Köln, 19.5.1989
- 7) Vgl. NfA, 6.6.1989
- 8) Vgl. NZZ, 18.5.1989
- 9) Vgl. J. Wiemann, EG-Binnenmarkt und Dritte Welt, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, Bonn, Nr. 8–9/1989
- 10) Vgl. D. Frisch, Der große Binnenmarkt 1992 und die Entwicklungsländer, unveröff. Manuskript, 25.10.1988
- 11) Vgl. A. Eußner, EG-Binnenmarkt 1992 und Agrarhandel mit Entwicklungsländern. Probleme und Liberalisierungsmöglichkeiten, Berlin 1989
- 12) FT, 21.7.1989

Erklärung von Nichtregierungsorganisationen zu den Lomé-Verhandlungen

Die Arbeitsgemeinschaft NRO-Netzwerk, die sich im Februar 1987 als Zusammenschluß verschiedener Nichtregierungsorganisationen (u. a. Misereor, Terre des Hommes, Deutsche Welthungerhilfe, BUKO konstituierte, nahm am 5. Oktober d.J. zu den Lomé-IV-Verhandlungen Stellung.

Die Lomé-Abkommen blicken auf eine 15jährige Geschichte zurück. Unter dem Namen „Lomé I“ wurde 1975 das erste Abkommen unterzeichnet. Es beinhaltet die Fortsetzung einer Entwicklungspolitik, die seit der Kolonialzeit einen Kompromiß zwischen den Interessen der Industriestaaten an gesichertem Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten für Industriegüter sowie den Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung darstellt. (...)

Die Nichtregierungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit (NRO) sind der Auffassung, daß die mit den Lomé-Abkommen verknüpften entwicklungspolitischen Erwartungen nicht eingetreten sind. Ohne grundlegende Änderungen der Beziehungen zwischen der EG und den AKP-Ländern kann angesichts der herrschenden Strukturbedingungen der Weltwirtschaft die Lomé-Zusammenarbeit nicht als Modell für eine neue Partnerschaft zwischen Nord und Süd angesehen werden.

Die EG beabsichtigt, mit der neuen Lomé-Verordnung strukturelle Anpassungen in den AKP-Ländern durchzusetzen. Auch wenn dafür ein eigenständiges Profil entwickelt werden sollte, ist doch eine Übernahme der von IWF und Weltbank verfolgten Politik zu befürchten, deren Auswirkungen die NRO mit großer Besorgnis sehen. (...)

Für die NRO zeichnet sich immer mehr eine Diskrepanz ab zwischen den auf kurzfristige Stabilisierungsziele ausgerichteten Strukturanpassungsprogrammen und langfristigen Überlegungen zu einer menschlichen und ökologisch nachhaltigen Entwicklung. Da bei den Verhandlungen zwischen Weltbank / IWF und den jeweiligen Regierungen der Dritten Welt prioritär die Finanzminister einbezogen sind, bleiben die Auswirkungen auf alle Bereiche der Gesellschaft ausgeblendet. Die Empfängerländer akzeptieren Strukturanpassungsprogramme, um neue finanzielle Unterstützung erhalten zu können. Die eigenen Vorstellungen der Länder, besonders die Vorstellungen (Bedürfnisse) der von den Programmen

betroffenen Bevölkerungsteile, werden nicht berücksichtigt.

Die Nichtregierungsorganisationen sind der Meinung, daß die Durchführungsart der Strukturanpassungsprogramme dem Demokratisierungsprozeß der Entwicklungsländer schadet, da die Maßnahmen oft nur mit Zwang gegen die eigene Bevölkerung durchgesetzt werden können. Selbstbestimmte Entwicklung setzt jedoch die möglichst breite Beteiligung der Bevölkerung an Planungs- und Entwicklungsprozessen voraus.

Forderungen

Im Bewußtsein, daß sich die Situation in den AKP-Ländern wie auch in den anderen Ländern der Dritten Welt letztendlich nur verbessert, wenn eine grundlegende Entlastung von der Schuldenbürde erfolgt und gleichzeitig die Weltwirtschafts- und Welthandelsstrukturen im Interesse der AKP-Länder verändert werden, stellen die in der Arbeitsgemeinschaft NRO-Netzwerk zusammenarbeitenden Nichtregierungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit folgende Forderungen:

1. Eine Verknüpfung von Leistungen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds mit den Strukturanpassungsprogrammen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank darf nicht erfolgen, da sie grundlegend dem im Lomé-Abkommen festgehaltenen Gedanken einer gleichberechtigten Partnerschaft widerspricht. Die Lomé-Zusammenarbeit darf nicht zu einem Abfederungsinstrument der durch die Strukturanpassung verursachten sozialen Folgekosten werden.

Anstatt ein eigenes Konzept der Strukturanpassung zu entwickeln, sollte die EG ihren Einfluß bei der Weltbank im Sinne der Lomé-Verträge geltend machen. Der von der Europäischen Gemeinschaft geforderte Politikdialog droht in dieser Situation sonst zum einseitigen Diktat zu werden. Die AKP-Länder müssen die Möglichkeit erhalten, die entwicklungshemmenden Politikbereiche der EG zum Verhandlungsgegenstand zu erheben.

2. Die Europäische Gemeinschaft und vor allem

die einzelnen Mitgliedsstaaten müssen über das Geleistete hinaus einen substantiellen Beitrag zur Lösung der Schuldenkrise leisten. Die Schulden der AKP-Staaten sind zu streichen. Neue Zahlungen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds an die AKP-Länder sollten grundsätzlich als nicht rückzahlbare Zuschüsse vergeben werden.

3. Die im Lomé-Abkommen eingesetzten Mittel müssen bevorzugt den armen und unterprivilegierten Bevölkerungsschichten zugute kommen. Die Auswirkungen aller Maßnahmen auf diese Bevölkerungsgruppe sind zu untersuchen und in das Projektprüfungsverfahren einzubeziehen. Das bedeutet die Achtung und Wertschätzung der Tradition und Kultur, die maßgebliche Beteiligung der Betroffenen in Planung und Durchführung, die Anerkennung der Rolle der Frau, die Berücksichtigung ökologischer Kreisläufe und die tatsächliche Verbesserung der Lebensbedingungen.

4. In Bekräftigung der Forderungen der Resolution des NRO-Netzwerkes vom Oktober 1987 zur EG-Agrarpolitik und Nahrungsmittelhilfe fordern wir die EG zum grundlegenden Umbau der gemeinsamen Agrarpolitik auf. Kurzfristig bedeutet dies: Verzicht auf sämtliche Exportsubventionen im Agrarbereich. Die dadurch eingesparten Haushaltsgelder sollen zur Kompensation der bisherigen negativen Auswirkungen der gemeinsamen Agrarpolitik eingesetzt werden. Die bisher aus dem Entwicklungshilfeeat genommenen Gelder für die Nahrungsmittelhilfe, welche dem Abbau der Agrarüberschüsse diene, sollen weiterhin für die Entwicklungshilfe zur Verfügung stehen.

5. Die Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes darf sich nicht zum Nachteil der Entwicklungsländer auswirken. Die Ausdehnung bisheriger nationaler Sonderregelungen auf Gemeinschaftsniveau darf die Bedingungen des Marktzuganges der AKP-Staaten nicht verschlechtern. Neueregulungen beim Rohstoffhandel (z.B. Zucker, Bananen) dürfen die AKP-Staaten nicht benachteiligen. Wir fordern die EG auf, sich für eine wirksame Verringerung des Protektionismus einzusetzen und gleichzeitig eine wirk-same Öffnung des EG-Binnenmarktes für verarbeitete Produkte der AKP-Staaten herbeizuführen.

HELMUT GROSCHUP

Filme aus der Dritten Welt sind im Kommen

Bilderreichtum versus Geschäft mit den Bildern

Auf den Filmfestivals der letzten Monate schnitten Streifen aus der Dritten Welt überraschend gut ab. Woran mag es liegen, daß Filmprodukte aus den Entwicklungsländern in den westlichen Metropolen wieder „in“ sind?

Die Liste der FilmemacherInnen aus dem Trikont, die mit Bären, Palmen, Löwen, Leoparden oder Tauben ausgezeichnet wurden, ist lang. Die Filme, die wirklich in die Kinos kommen, und dann auch von vielen Leuten gesehen werden, sind schnell aufgezählt. Viele bleiben in ihren Herkunftsländern bloß Geheimtip, da die Märkte von Billigware aus den Metropolen überschwemmt werden.

Einerseits stellen wir die Bewunderung einer fremden Welt, wie sie sich im Kino ausdrückt, fest. Andererseits werden dieselben Produkte als „wild“ und „roh“ verachtet und den Betroffenen vorenthalten, um ihnen die scheinbar heile Welt des Nordens vorzugaukeln. „Wir wollen weder bewundert noch verachtet werden“, lautet eine der Grundthesen des argentinischen Filmemachers Fernando Birri, die er in seinem Manifest für ein „realistisches, kritisches, populäres und nationales Kino“ vertrat. (1)

Der Forderung nach Interpretation der Wirklichkeit, wie sie sich uns darstellt, wird kaum nachgekommen, es sind die Filmemacher selber, die mit den Bildern spekulieren, da sie mit dem Erfolg liebäugeln. Eine neue Spielart von „Entwicklungshilfe“, die Koproduktion lateinamerikanischer Kinofilme mit dem spanischen Fernsehen, bestätigt Birris These und befriedet den Willen zur Befreiung der Köpfe. Nach einer Trendwende in den letzten Jahren, afrikanischen und asiatischen Filmen wurde mehr Aufmerksamkeit gewidmet, steht uns für das Gedenkjahr 1992 ein neuer Lateinamerika-Boom ins Haus.

„Gegen das Kino kommt niemand an. Das Kino vollbringt mehr Wunder als das Wasser aus Lourdes. Mit ceylonesischem Zimt heilt man den erkälteten Leib, mit Petersilie das Rheuma und mit dem Kino alles andere.“ (2) Eduardo Galeano beschreibt den Siegeszug des Kinos um 1910 in Havanna über den Zirkus. 70 Jahre später können wir den Siegeszug des Fernsehens über das Kino mit ähnlichen Worten beschreiben.

Kino ist heute eine Angelegenheit von ei-

ner intellektuellen Minderheit, und wer Kino machen will, dem wird es nicht gelingen, ohne das Fernsehen auszukommen. „Es ist pervers, aber das, was uns kaputt macht, hält uns am Leben.“ (3) Um diesem Fakt Rechnung zu tragen, gibt Birri in seiner Schule der „Drei Welten“ in Kuba dem Fernsehen denselben Stellenwert wie dem Kino. (4)



Also kann es sich heute nicht mehr nur um eine Befreiung des Kinos handeln, sondern vielmehr muß von einer Befreiung des Fernsehens gesprochen werden. Dies sei erwähnt, um in einer Auseinandersetzung mit dem „Dritte-Welt-Kino“ nicht ganz aus der Realität zu fallen. Überdies muß die Frage nach der Funktion des Kinos aufgeworfen werden.

In Brasilien, das siebenmal so viele Einwohner hat wie Peru, werden 45mal so viele Spielfilme pro Jahr mit einem über zweimal so hohen Budget für jeden Film gedreht wie im Andenland. Die zwei Spielfilmpro-

duktionen Perus stehen 120 abendfüllenden Spielfilmen in Spanien gegenüber. Nach Peru werden 400 Filme pro Jahr importiert, die in 400 Kinos von ca. 60 Mio Besuchern gesehen werden. (5)

Über die Abhängigkeit, Manipulation der Köpfe und Unterentwicklung in diesem lateinamerikanischen Land braucht nicht mehr gesagt werden. In diesem Kontext fiel

beim Filmfest in Havanna 1988 ein peruanischer Film auf, der eine Geschichte von Straßenkindern in Lima authentisch erzählt. „JULIANA“ der Gruppe „Chaski“ wurde zu großen Teilen mit Geldern des ZDF gedreht und war 1988 einer der beiden in Peru produzierten Filme. (6)

Die Gruppe „Chaski“ ist bei uns durch den Film „GREGORIO“ (Peru 1984) bekannt geworden. Es ist die Geschichte des Indianerjungen Gregorio, der mit seinen Eltern in die Stadt zieht und sich dort einer Jugendbande anschließt. Rosa Isabel als die 14jährige Juliana spielt ihre eigene Ge-

schichte, die in demselben Milieu wie „GREGORIO“ angesiedelt ist. Im März d.J. ist der Film in Lima angelaufen und hatte bald einen so großen Ansturm zu verzeichnen, daß die wenigen Kopien nicht ausreichten, um der Nachfrage gerecht zu werden. Motorradfahrer belieferten bei laufenden Vorstellungen die verschiedenen Kinos. (7)

Der Kreis hat sich geschlossen: Eduardo Galeano (8) berichtet uns von Boten, die um das Jahr 1910 die Kopien zwischen den beiden Kinos in Havanna hin- und hertragen, weil in beiden derselbe Film gespielt wurde. „Chaski“ heißt bei den Inkas Meldeläufer und die Gruppe von Filmemachern versteht den Film als modernes Meldesystem. Wichtige Botschaften für die Unterprivilegierten werden weitergegeben.

Ein indischer Film wurde 1988 mit der Camara d'Or ausgezeichnet und für die Oscar-Preisverleihung 1989 nominiert. „SALAAM BOMBAY“ ist ein Film über Kinder im Großstadtdschungel und über gesellschaftliche Widersprüche in Indien. Die Regisseurin Mira Nair drehte mit Originalton an Originalschauplätzen. Profis und Laien führt sie jenseits der stereotypen indischen „Schauspielerei“ durch den „red-light“-Distrikt von Bombay, auf einen moslemischen Friedhof, in Bordelle, auf das Ganpati-Fest, auf die Bahnhofe und in die berühmte Besessenenanstalt von Bombay, „chiller room“.

Für einige der Kinder, die vor den Drehaufnahmen das wichtigste in Workshops lernten, war die Dreharbeit der erste Fixpunkt in ihrem Leben, und die Schauspielprofis bewunderten die Fähigkeiten der Analphabeten, sich Texte zu merken. Mira Nair verlangte alles von den Kindern ab, um Authentizität zu erzeugen. (9)

In Indien liegt den Filmemachern eine andere Struktur, wie in vielen afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten, zugrunde. 2 Mio Menschen sind dort direkt oder indirekt von der Filmindustrie abhängig, und mit einem Investitionsvolumen von 20 Mrd Rupien (das sind 2,2 Mrd US-\$) ist die Filmindustrie ein ernstzunehmender Wirtschaftszweig. Indien ist ein Filmland der Superlative: über 800 Produktionen jährlich, 2-3 Mrd Besucher in über 8000 Kinos pro Jahr, 61 Studios, 39 Kopierwerke, 1000 Produktions- und 1200 Verleihfirmen und 315 Filmzeitschriften mit illustrierten Charakteren.

Das alles bewirkt, daß nur mehr 10 % der Filme eingeführt werden. Doch sind die meisten Produktionen banal und trivial, so daß sich Ende der 60er Jahre das „New Cinema Movement“, eine Gegenbewegung zum kommerziellen Kino entwickelte. (10) Ein Merkmal dieses neuen Kinos ist die Berücksichtigung der regionalen Sprache als Filmsprache. Dies hatte zur Folge, daß heute Filme in Hindi nur mehr 20 % der Gesamtproduktion ausmachen.

Jüngstes Beispiel einer Produktion, die auch in Europa zu Festivals gereichte, ist „PIRAVI“ von Shaji N. Karun. Er erzählt die Geschichte des alten Chakyar, der ver-

geblich auf seinen Sohn Raghu wartet, in Malayalam, das im Bundesstaat Kerala gesprochen wird. Gegenüber „SALAAM BOMBAY“ ist „PIRAVI“ in indischem Rhythmus montiert, der ein fremdes Zeitgefühl vermittelt. Mira Nair taucht ihre Geschichte in Bilder, die eher westlichen Sehgewohnheiten entsprechen.

Doch ihre Absichten sind unbestreitbar: Einen Teil der Einnahmen des mit viel Er-

FILMEMACHERINNEN
STELTEN IN LOCARNO FEST,
DAß DIE FILMISCHEN
NORD-SÜD-BEZIEHUNGEN
NOCH IMMER AUF EINER
SCHIEFEN EBENE
STATTFINDEN.

folg in Westdeutschland und Österreich angelaufenen Films will sie für die Verbesserung der Lebenssituation der Straßenkinder einsetzen. Die von ihr eingerichtete „Saalam-Bombay-Stiftung“ soll zwei Lernzentren für Straßenkinder in Bombay und Delhi errichten.

In einer Zeit, in der das goldene Zeitalter des indischen Films endet, weil der Konkurrent staatliches Fernsehen mit 5 Mio TV-Geräten schon 50 Mio Menschen erreicht (was verglichen mit der Einwohnerzahl Indiens immer noch wenig ist), hat der Autofilm durchaus eine Chance, zu überleben.

Zu einer Nord-Süd-Begegnung von FilmemacherInnen kam es am Rande des Festivals von Locarno im vergangenen August. Es wurde festgestellt, daß die Beziehungen Nord-Süd noch auf einer schiefen Ebene stattfinden. Frankreich subventioniert Filmemacher in den ehemaligen Kolonien. So kommt es, daß die frankophonen Länder mit relativ gut entwickelten Kinematografien ausgerüstet sind; allen voran Senegal, das bedeutendste Film- und Schwarzafrikas.

Ousmane Sembène, bekannt durch „MANDABI“ (Die Postanweisung, 1968), schon ein Klassiker des afrikanischen Films, wurde im Vorjahr in Venedig der große Spezialpreis für sein Geschichtsepos „CAMP DE THIOROYE“ (Das Lager von Thiaroye, Senegal 1987) verliehen. Sembène entblättert ein düsteres Kapitel französischer Kolonialgeschichte des Jahres 1944. Die Unterstützung solcher und anderer Produktionen ist lobenswert, doch, wenn die Bedingungen auf dem Tisch liegen, kommen Zweifel. Die „schiefe Ebene“ besteht darin, daß Frankreich seinen Teil in Naturalien beisteuert (europäische Techniker, europäisches Filmmaterial, europäische Labours). So wird den FilmautorInnen aus Afrika oft die Autonomie genommen. Was besonders fehlt, sind die finanziellen Mittel. Es stellt sich die Frage, ob ein westlicher Cutter nicht auch westliche Schnitte anlegt

und so dem Film einen westlichen Rhythmus verpaßt. (11)

Im Anklang an das „Unperfekte Kino“ (12), das in den 60er Jahren der Kubaner Julio García Espinoza proklamierte, meinen die Afrikaner: „Wir brauchen kein professionelles Kino, wir wollen kein verwestlichtes Kino, sondern ein ‚cinéma utile‘.“

Schwierig ist mit Begriffen wie „das afrikanische“, „das asiatische“, „das lateinamerikanische Kino“ zu operieren, da kaum Einheitlichkeit im Kinoschaffen eines einzelnen Landes existiert. JurorInnen prämiieren oft die Schönheit des „anderen Kinos“, und KritikerInnen fehlt das Instrumentarium zur Einschätzung.

Mehrere Gründe sind verantwortlich für den Erfolgszug des Kinos der Peripherie: das Fehlen eines innovativen europäischen Filmschaffens, die Anpassungsfähigkeit der RegisseurInnen aus der Dritten Welt, das Engagement der Dritte-Welt-Bewegung und eine daraus resultierende Aufgeklärtheit im Publikum. Seit den großen Tagen Hollywoods haben sich die CineastInnen emanzipiert.

Helmut Groschup ist freier Journalist in Innsbruck.

Anmerkungen

- 1) Fernando Birri, Manifest zu „Los Inundados“ (1961), in: F. Birri, Materialien und Dokumente, zusammengestellt von Peter Kürner, Oberhausen 1987. Siehe auch Birri-Beitrag in DRITTE WELT 5/1989
- 2) Eduardo Galeano, 1910, Havanna. Das Kino, in: Erinnerungen an das Feuer, Bd. 3, S. 31
- 3) Xaver Schwarzenberger (österreich. Filmemacher), Pressekonferenz Welser Filmtage 1989
- 4) Internationale Film- und Fernsehschule in San Antonio de los Baños, Kuba
- 5) Vgl. Das Gupta/Kobe-Kino, in: Indien, Freiburg i.Br. 1986
- 6) Im ZDF am 1./8./15.10.1989 gesendet, Wiederholung in 3 SAT am 6.12.1989
- 7) Vgl. Berichte in Süddeutsche Zeitung, München, 30.9./1.10.1989 und Der Spiegel, Hamburg, Nr. 40/1989
- 8) E. Galeano, 1910 ... a.a.O.
- 9) Verleihbroschüre Filmhaus Stöbergasse Wien: Mira Nair zu den Dreharbeiten
- 10) Das Gupta/Kobe-Kino, a.a.O.
- 11) Vgl. Tessiner Zeitung, 12./13.8.1989
- 12) J. García Espinoza, Theorie des nicht-perfekten Kinos, Havanna 1971, in: P.B. Schumann, Kino und Kampf in Lateinamerika, München 1976

Bücher für AbonnentInnen

535

In dieser AIB-Ausgabe finden Sie einen achtseitigen Prospekt mit einem umfangreichen Vorzugsangebot für alle AbonnentInnen. Sollte der Prospekt verlorengegangen sein, rufen Sie uns kurz an: 0221/36002 - 44 (Durchwahl Vertrieb). Wir schicken Ihnen Ersatz.

Unsere Bücher sind Lebens-Mittel
PAHL-RUGENSTEIN

Blut

Die westlichen Industriestaaten verbrauchen über 80% der aus menschlichem Blutplasma hergestellten Medikamente. Den mit Abstand weltweit größten Pro-Kopf-Bedarf hat die Bundesrepublik. Sie nimmt eine Spitzenstellung beim Import von Rohplasma und Plasmaprodukten ein.

Während die aufwendige Bereithaltung von Vollblutkonserven aus unentgeltlichen Blutspendern dem gemeinnützigen Sektor – z.B. dem Roten Kreuz – überlassen bleibt, ist der am Profit orientierte Handel mit Blutplasma eine Domäne der pharmazeutischen Industrie. Von den ca. 13 Mio l jährlich „geernteten“ Blutplasma, so Gerd Fätkenheuer in seinem Buch „Bluternte“ (Reinbek 1984), werden 10 Mio l von kommerziellen Firmen, den Blutmultis, in eigenen oder vertraglich verpflichteten Blutbanken abgezapft. Dort erhält der Spender eine Aufwandsentschädigung, d.h. er wird für seine Plasmaspende bezahlt.

Die führenden Unternehmen im Blutgeschäft sind neben Alpha Therapeutic/Japan, Hyland-Baxter-Travenol/USA vor allem zwei bundesdeutsche Konzerne: Cutter, seit 1974 voll im Besitz der Bayer AG, Leverkusen, und Höchst, dessen Tochtergesellschaft, die Behringwerke AG, Marburg, lange Zeit den brasilianischen Blutmarkt beherrschte.

1942 setzte die (damalige US-) Firma Cutter ihre erste kommerzielle Plasmafraktionierungsanlage in Betrieb. Vielfach hatte sich gezeigt, daß die Verabreichung von Plasmaderivaten medizinisch völlig ausreichte. Zudem versprach das gut konservierbare, als Paste oder Pulver erhältliche Produkt, nicht nur in Kriegszeiten, beste Absatzchancen.

Aus dem farblosen Plasma gewinnt die Pharmaindustrie eine Reihe wertvoller Bestandteile: Albumin (Indikation: schwere Verbrennungen, Schockzustände, hoher Blutverlust), Immunglobuline (als Passivimpfstoffe gegen Hepatitis, Tetanus u.v.m.) und die in der Behandlung von Bluterkranken äußerst gefragten und marktbestimmenden Gerinnungsfaktoren (z.B. Faktor VIII).

Die Plasmagewinnung erfolgt mittels sog. Plasmapherese. Hierbei wird zunächst Vollblut gespendet, dieses dann durch Zentrifugieren in Plasma und Blutkörperchen getrennt. Letztere erhält der Spender sogleich zurück. Dieses Verfahren erlaubt eine wesentlich häufigere, in den USA sogar wöchentliche Plasmaentnahme. Vollblutspenden hingegen sind nur viermal im Jahr möglich. Somit gestatten die USA pro Person ein jährliches Spendenvolumen von 50-

60 l. Europäische Richtlinien begrenzen die Höchstmenge auf nur 15 l Plasma pro Jahr.

Schnell hatten skrupellose Geschäftsmacher die Elendsviertel der Dritten Welt als einträgliche Rohstoffquelle erkannt. Und die hoffnungslose Lage der Ärmsten der Arme machte diese zu willfährigen Opfern internationaler Blutsauger. Überall entstanden Plasmapheresezentren, in Lateinamerika, Indien usw.

Vor Haiti berüchtigter Plasmastation Hemo Carribean standen arbeitslose und unterernährte Männer, Frauen und sogar Kinder der Schlange, um sich ihr Blut für 2-3 Dollar abzupfen zu lassen. (In den USA zahlte man derzeit 20-40 Dollar!) 200 000 bis 300 000 l Blut, die den Armen ausgepreßt wurden, flossen jährlich aus Somozas Blutbank in Managua in die wohlhabenden Länder. Zumindest bis 1978, so die Autoren des Buches „Bluternte“, trieb der Vampirismus in den Entwicklungsländern ungeahnte Blüten.

Die Verurteilung des kommerziellen Bluthandels 1975 durch die 28. Generalversammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie internationale Proteste veranlaßten einige Länder (u.a. Mexiko, Kolumbien, Brasilien), den Blut- und Plasmaexport zu verbieten.

Heute stammen 90 % des in der BRD verarbeiteten Plasmas aus den USA, die auch OPEC des Plasmas genannt werden. Miami gilt als Drehscheibe des internationalen Bluthandels. Aus Lateinamerika illegal eingeschleustes Plasma, z.B. versteckt in kolumbianischen Blumenfrachten, wird hier mit US-Etiketten versehen. Vermutlich, schreibt Siegfried Pater in „Zum Beispiel Blut“ (Bornheim-Merten 1988), spielt Spanien in Europa eine ähnliche Rolle.

In den USA befinden sich die Blutbanken hauptsächlich in Gegenden mit einem hohen Anteil schwarzer, farbiger und hispanischer Bevölkerung. Der Aderlaß ist für die meist am Rande des Existenzminimums lebenden Menschen oft die einzige Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Auffallend viele Plasmastationen eröffneten an der US-Grenze zu Mexiko. Tagtäglich überqueren Tausende von arbeitslosen MexikanerInnen illegal die Grenze, um ihren Lebenssaft, teils schon professionell, gegen ein paar Dollar einzutauschen.

Erste Untersuchungen zur Langzeitwirkung regelmäßigen Plasmaspendens gehen selbst bei gesunden, wohlernährten Spendern von gesundheitlichen Folgen wie erhöhte Infektanfälligkeit, Gefäßerkrankungen, Thrombosegefahr u.a. aus.

Das kommerzielle Spendensystem, das



gerade gesundheitlichen Risikogruppen einen finanziellen Anreiz zum Dauerspenden verschafft, birgt auch Gefahren für die Empfänger von Plasmapräparaten, z.B. Hepatitisinfektionen. Spätestens aber seit der Aids-Epidemie unter Blutern, die mit industriell verarbeiteten US-Plasmaderivaten behandelt wurden, erhebt sich die Frage nach der Spenderqualität und der von Dritte-Welt-Gruppen lange geforderten unabhängigen Herkunftskontrollen für Plasmaimporte.

Einem in der Schweiz, Frankreich, Belgien und anderen europäischen Ländern erfolgreich erprobten Schritt, nämlich die nationale Selbstversorgung mit Plasma auf freiwilliger Grundlage, will die bundesrepublikanische Pharmaindustrie nicht folgen. Vielmehr erschließt sie sich neue menschliche Rohstoffquellen, nun, wie medico international berichtet, unter der schwarzen Bevölkerung Südafrikas.

Statt eine Ausweitung des internationalen Plasmahandels zuzulassen, gilt es, den Widerspruch zwischen Ist-Verbrauch und dem sinnvollen Einsatz dieser teuren Medikamente zu überdenken.

In der BRD will der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) mit seiner Pharmakampagne zu einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Aufklärung über die Praktiken der Blutmafia beitragen. Im Einklang mit internationalen Organisationen wie der WHO, der Liga der Rot-Kreuz-Gesellschaften und der Gesellschaft für Bluttransfusionen fordert er eine Entkommerzialisierung des Blut- und Plasmahandels: „Blut (ist) menschliches Gewebe, welches ebenso wie andere Organe nur freiwillig zum Wohle anderer Menschen gespendet wird und nicht Gegenstand von Verkauf, Handel und Spekulation sein darf.“

Hanne Denk

Thesendiskussion

Internationalismus auf neuen Wegen?

Die von uns im Frühjahr 1989 aufgegriffene Thesendiskussion zum „Neuen Internationalismus“ ist zur Jahresmitte zum Erliegen gekommen. Die in Heft 3/89 wiedergegebenen Einleitungsbeiträge von Peter Wahl (ASK), Rainer Falk (ASK) und Werna Rosenke (AKA-FRIK Münster/BUKO), die auf einem Ratschlag des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) in Frankfurt präsentiert worden waren, lösten mehr oder weniger zustimmende oder ergänzende Wortmeldungen aus. Diese kamen mit Heft 6/89 freilich zum Erliegen. Einige bei uns vorangemeldete Beiträge blieben aus. Auf jeden Fall krankte die Debatte daran, daß kein entgegengesetzter Standpunkt von VerfechterInnen eines traditionellen Verständnisses von Internationalismus vorgetragen wurde. Stimmen traditionistischer Kritiker ließen sich lediglich im Organ der Westberliner Kuba-Freundschaftsgesellschaft vernehmen. Auf sie soll nachstehend in einem abschließenden Beitrag aus den Reihen unserer Redaktion eingegangen werden. Für uns ist damit die Selbstverständnisdebatte keineswegs abgeschlossen. Wir plädieren dafür, sie anhand internationalistischer Teilbereiche zu vertiefen, etwa im Rahmen der von uns vorgesehenen Streitthemen „Frauenemanzipation, christliche Befreiungssolidarität, Internationalismus von Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und EG-Integration. Das gilt gleichermaßen für die Sozialismus-Problematik, die Heinz Dieterich in Heft 4/89 ins Spiel brachte und die von uns seit Heft 8-9/89 weitergeführt wurde.

WOLFRAM BRÖNNER

„Augen auf – und mehr Verantwortung übernehmen!“

„Kopf hoch – nicht die Hände!“ So überschrieb Ralf Punkenberg in „CUBA SI“ (2. Quartal 1989) seine Fundamentalkritik an der ASK-Internationalismus-Diskussion und insbesondere den Einleitungsthesen Peter Wahls. Verwerflich soll schon das Aufwerfen neuer Fragen, der Versuch eines (selbst)kritischen Überdenkens althergebrachter Solidaritätsarbeit und einer Weiterentwicklung des Internationalismusverständnisses sein. Anstatt sich allerdings selbst in eine solche produktive Verarbeitung der in den 70er/80er Jahren entstandenen neuen Realitäten mit eigenen Überlegungen einzubringen, beließ es Punkenberg beim Zerfetzen der Wahl-Thesen, um dann dem Vorwurf des Kapitulantentums („Hände hoch!“) zu fröhnen. An gleicher Stelle (CUBA SI, 3. Quartal 1989) überführte Rolf Zander unter der Schlagzeile „Das Narrenschiff“ sodann „Rainer Falk und seine Kameraden von der ‚DRITTEN WELT‘-Zeitschrift“ (Differenzierungen überflüssig?) des „Verrats“ an der internationalen „Klassen-solidarität“, des „Bruchs mit der Klassenideologie“.

Beide Kritiker beließen es bei der Verneinung sämtlicher neuer Gedanken bzw. Ansätze. Sie kamen nicht über ein Sichfestklammern am traditionellen Internationalismusrezept hinaus. Damit ersparte sich das Scherbengericht die Mühsal, die gängige Solidaritätsarbeit mit zu überdenken, sich eigene inhaltliche Positionen zum veränderten Weltgeschehen abzurufen,

mit umzudenken. Zugegeben, bloßes Beharren ist – jedenfalls vorübergehend – bequemer. Aber es bedingt einen schleichenden Realitätsverlust und treibt allzuleicht in eine Scheinwelt, in Selbstisolation. Eben dies kann sich die Linke, kann sich die Solidaritätsbewegung nicht leisten, schon gar nicht in der Bundesrepublik, einer der Bastionen des Neokolonialismus. Was waren die eigentlichen Beweggründe der InitiatorInnen dafür, in eine grundsätzliche Internationalismusdebatte einzutreten? Zunächst einmal entsprang sie mitnichten, wie uns das Kritikerduo weismachen will, Hirngespinnsten vereinzelter „Seiltänzer“ oder „Verräter“, sondern einer Reihe von Sachzwängen der sog. Umbruchperiode der 70er/80er Jahre. Es sind dies **gravierende Veränderungen der internationalen Rahmenbedingungen** für Befreiungsstrategien und -hilfen:

- ein Internationalisierungsschub der Produktivkräfte, der beide soziale Systeme erfaßt hat und der von Integrationsprozessen (EG-Binnenmarkt), von einem erhöhten Organisationsgrad und globalen Strategien des transnationalen Kapitals begleitet wird; angesichts der konservativen Offensive z.B. mußte die sich zu schleppend umstellende Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den imperialistischen Metropolen Federn lassen;

- globale Probleme bzw. Risikolagen wie Atomkriegsgefahr/ Wettrüsten, Umweltzerstörungen, Entwicklungskrise der Dritten Welt spitzten sich

in der Ost-West-Konfrontationsära der 80er Jahre existenzbedrohlich zu, sodaß die Überlebensinteressen der Menschheit nicht durch Widerstand von unten allein zu wahren sein, sondern zugleich klassen- und systemübergreifende Gegenmaßnahmen bzw. Lösungsstrategien unumgänglich werden;

- tiefgreifende Krisenprozesse im realen Sozialismus und mit ihm verbündeten, befreiten Ländern der Dritten Welt zogen revolutionären Siegen bzw. Umwälzungen engere Grenzen; die direkte Hilfsfähigkeit der UdSSR und anderer sozialistischer Staaten wurde eingeschränkt;

- schließlich taten sich im Zuge eines 1987/88 einsetzenden Entspannungstrends (Abrüstungseinstieg, Dialog, Perestroika-Ausstrahlung usw.) neue Möglichkeiten auf, die militärisch überfrachtete Ost-West-Konfrontationslogik aufzubrechen und politische Spielräume für emanzipatorische Anliegen in aller Welt wiederum auszudehnen.

Vor dem Hintergrund dieser Veränderungsfaktoren wird das Anliegen, das internationalistische Selbstverständnis grundsätzlich zu überdenken, neuzubestimmen und dies in der Solidaritätsarbeit nach und nach umzusetzen, zur dringlichen Angelegenheit. Der Sinn und Ertrag der ASK-Thesendiskussion ist dementsprechend in erster Linie an ihrem Befassen mit den aufgeworfenen neuen Fragen, mit ersten, ansatzweisen Antworten und mit einer selbstkritischen Aufarbeitung der eigenen Geschichte zu messen. Eben dies war auch der Anspruch der DiskutantInnen.

Zum anderen entfaltete sich diese Thesendiskussion nicht im Elfenbeinturm des ASK, sondern als Reflex auf eine andernorts längst mitbestrittene oder parallel angelaufene Internationalismusdebatte. Seit Jahren beschäftigt sich ein Großteil der Dritte-Welt-Bewegten unter dem Dach des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) mit der Aneignung neuer übergreifender Themen bzw. vernachlässigter Einzelbereiche (Ökologie, Kultur usw.) sowie mit der Geschichte der hiesigen Solidaritätsbewegung. Weitere Anstöße, in eine grundsätzliche Reflexion des Internationalismusverständnisses einzutreten, gingen 1988/89 von der sehr öffentlichkeitswirksamen IWF/Weltbank-Kampagne und der Nicaragua-Bewegung aus. Auch in Kreisen der bundesdeutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist unter dem Eindruck der EG-Integration eine Debatte zum „Neuen Internationalismus“ angelaufen, zu deren Verfechtern Prof. Frank Deppe und Detlef Hensche (IG Medien) gehören. Nicht von ungefähr entbrannte zeitgleich in den Reihen interna-

Titelmotiv von „CUBA SI“ 2/89: „Kopf hoch – nicht die Hände“



tional repräsentativer Kräfte wie der Nichtpaktgebundenen, so auf ihrem Gipfel in Belgrad vom September d.J., eine ähnliche Debatte um ihr Selbstverständnis und um neue Prioritäten (siehe DITTE WELT 11/89).

Aus solchen Sachzwängen erklärt es sich wohl auch, daß sich ein Großteil jener Kräfte, die sich dem traditionalistischen Internationalismusverständnis weiterhin verbunden fühlen, ebenfalls solchen globalen Risikolagen wie Schuldenkrise und Verelendung der Dritten Welt, Umweltkatastrophen- oder Atomkriegsgefahren zugewandt hat. Das ist so, wenngleich sich manche von ihnen der Diskussion der neu aufgeworfenen Fragen und der daraus abzuleitenden Konsequenzen für eine Erneuerung internationalistischer Solidarität vorerst nur zögerlich stellen mögen.

Unser Fundamentalkritiker Punkenberg hingegen hält sich an die Devise „Augen zu – und feste draufgedroschen!“ Er leugnet das Vorhandensein globaler Probleme bzw. Bedrohungslagen schlechthin. Die „Fähigkeit zur Selbstvernichtung“ der Menschheit im Atomzeitalter etwa ist für ihn „nicht existent“. Eben diese Gefahr aber war schon in der ersten Hälfte der 80er Jahre von Friedensbewegten und NaturwissenschaftlerInnen mit neuen Erkenntnissen über die Folgen eines „nuklearen Winters“ erhärtet, zum Allgemeingut gemacht worden. Tschernobyl signalisierte ähnliches. Weiter gibt es an Warnhinweisen über einen absehbaren ökologischen Kollaps, sofern es nicht rasch zu einer Abkehr von der Ozonschicht-, Regenwaldzerstörung usw. kommen sollte, wahrlich keinen Mangel.

Von diesen globalen Risikolagen sind die Überlebenschancen der Völker der Entwicklungsländer unmittelbar mitbetroffen. Noch mehr am eigenen Lebensnerv getroffen sehen sie sich überdies von der seit dem 2. Weltkrieg dramatischsten Entwicklungskrise, in die sie insbesondere dank der Schuldenkrise und dem 1983/84 einsetzenden Nettokapitalabfluß in die neokolonialistischen Zentren geraten sind. Die Folge dieser Überausbeutung: Vertiefung der Unterentwicklung, von sozialer Verelendung, von Massenarmut im Gros der Länder Afrikas, Lateinamerikas und Asiens, wo die bittere Erkenntnis von „einem verlorenen Jahrzehnt“ (Robert Mugabe) die Runde macht.

In den Einleitungsthese wurde diesen globalen Bedrohungslagen, ihrer Wechselwirkung und ihren Rückwirkungen auf die Metropolen als nicht grundlos ausgiebig Rechnung getragen. Ein erneuerter Internationalismus ist demnach zu ergänzen um eine **globale (Mit-)Verantwortung**, sein Interessenbegriff entsprechend erweiterungsbedürftig, wie Falk und Werena Rosenke zu recht betonten. Von daher ergibt sich auch ein erhöhter Stellenwert übergreifender Aktivitäten (IWF/ Weltbank-, Regenwald-, Rüstungsexportstop-Kampagnen u.ä.), des Einbringens globaler Bezüge in die länder- bzw. regionalspezifische Solidaritätsarbeit, der Vernetzung beider Tätigkeitsfelder.

Darin sehe ich ein Moment des von Rosenke geforderten offensiven Umgangs mit globalen Bedrohungslagen. Ein anderes Moment wäre wohl ein engeres Zusammenwirken der Dritte-Welt-Bewegung mit der Friedensbewegung (von Andrea Arcais in 4/89 als „ein Schlüsselement“ benannt) und der Ökologiebewegung. Hier gilt es, auf einen Wandel im Bewußtsein und – auch individuell – Alltagsverhalten der Bevölkerung, auf die Mobilisierung für demokratische Alternativen hinzuwirken, etwa: Abrüstung für Entwicklung, Regenwalderhalt durch Schulden-



Bankenaktionstag am 27.5.1988: Proteste gegen die Südafrika-Geschäfte vor der Dresdner und Deutschen Bank

streichung und eine ökologisch- und sozialverträgliche Entwicklungshilfe, Neue Weltwirtschaftsordnung. Mobilisiert werden muß jedoch zugleich – was bei Wahl und Falk außen vor blieb – gegen jene Kräfte, die einer Lösung der globalen Probleme Gegenwehr bzw. Ablenkungsmanöver entgegenzusetzen und die letztlich auch die Hauptverursacher ihrer dramatischen Zuspitzung sind.

Was spricht dafür? Die Ökologiekrise geht zu 3/4 auf das Konto der kapitalistischen Industriestaaten, die neokoloniale Auspressung und Entwicklungskrise der Dritten Welt in gleichem Maße, und selbst beim Wettrüsten, den Rüstungsexporten und erst recht bei Interventionsakten überwiegen ihre Gesamtanteile noch deutlich gegenüber den sozialistischen Staaten. Die bei Wahl angeführten Ursachen Produktivkraftentwicklung und Internationalisierung (These 5) bedürfen der Konkretisierung: Ihre vorwiegend monopolkapitalistische Austragung und die konfrontative Ost-West-Systemkonkurrenz (Wettrüsten, Ressourcenraub) zusammengekommen, riefen meines Erachtens nämlich erst jene Zuspitzung globaler Gefahren hervor. Daraus folgt, daß zwar auch der Sozialismus mit zur Lösung der globalen Probleme beitragen, Mitverantwortung übernehmen muß, aber den Bärenanteil der Verantwortung, an Finanzmitteln usw. haben die Westmächte beizusteuern. Um dies in den Metropolen mit zu erzwingen, kann auf die Ausrichtung des Widerstands von unten gegen die aggressivsten, borniertesten Kreise des Konzern- und Bankkapitals, den militärisch-industriellen Komplex und ihre Regierungslobbyisten nicht verzichtet werden. Sie gilt es zurückzudrängen. Eine solche demokratisch-antiimperialistische Lösungsstrategie zielt nicht zuletzt darauf, mittels der Zügelung der Westmächte (Antiinterventionismus!) sowie der Demokratisierung von Weltpolitik und Weltwirtschaft gerade auch die Rahmenbedingungen für Emanzipations- und Befreiungspro-

zesse in der Dritten Welt zu verbessern. Aus meiner Sicht ist dies gleichbedeutend damit, **indirekte Befreiungshilfe** zu leisten.

Und wie steht es um die gegenwärtigen Ausichten von Befreiungsprozessen? Wahl sieht (Thesen 19 und 20) die „deutliche Verminderung des Spielraums von sozialrevolutionären Bewegungen“, à la Nicaragua aufgrund vermehrten wirtschaftlichen und militärischen Drucks. Da ist ihm, soweit es die Befreiungsbewegungen an der Macht betrifft, beizupflichten, auch wenn Punkenberg solche Negativtrends wieder einmal nicht wahrhaben will. Zur Illustration sei angefügt: Die generelle Verschlechterung der Rahmenbedingungen für Befreiungsprozesse in der globalen Konfrontationsära (1979–87) spiegelte sich sowohl im Ausbleiben von Revolutionssiegen seit der Unabhängigkeit Simbabwe (1980) als auch in prekären Wirtschaftskrisen befreiter Länder (Mosambik, Nicaragua) wider. Von Illusionen über einen rasanten Vormarsch des Sozialismus in der Dritten Welt gilt es sich schon von daher freizumachen. Langwierigere Übergangsgesellschaften und flexiblere Entwicklungsstrategien sind sehr wohl heute angesagt. Die Lehren-Diskussion zu Nicaragua hat dafür ein schöpferisches Beispiel gesetzt (siehe Carsten-Thesen in DITTE WELT 6/89).

Wirklich kritikwürdig ist, so meine ich, das bei Wahl und Falk gleichermaßen anzutreffende Ausklammern der **nationalen Befreiungskämpfe** bzw. Bewegungen. Diese sind immerhin zwischenzeitlich in eine neue Aufschwungphase eingetreten (Palästina, Namibia, Südafrika) oder haben beträchtliches Durchhaltevermögen bewiesen (El Salvador, Guatemala, Philippinen, Westsahara, Osttimor). Als bevorzugte Adressaten der Solidaritätsarbeit werden sie auch nicht mit der Abtragung der 20 Restkolonien von der Bildfläche verschwinden, da nationale Befreiung über die Entkolonialisierung hinaus auch die Verteidigung gegen ausländische Interventionen, den Widerstand gegen fremde Militärpräsenz, neokoloniale Vorherrschaft oder Klientel-Regimes umfaßt.

Eine weitere Schwäche der Einleitungsbeiträge besteht in der Vernachlässigung der seit 1987/88 in Gang gekommenen weltpolitischen Veränderungen, welche Ansätze für die Verbesserung der internationalen (auch wirtschaftlichen) Rahmenbedingungen eröffnet und die politischen Spielräume für diverse Befreiungskräfte bereits wieder deutlich erweitert haben. Das belegen Teilerfolge in Angola/Namibia, Nicaragua oder Südafrika.

Dies fordert uns auch zur Neubelebung unserer **direkten Befreiungshilfe**, der politisch-materiellen Solidarität vorab mit Befreiungsbewegungen (ihre kürzliche Titulierung als „Überlebensbewegungen“ durch R. Falk halte ich für völlig abwegig), aber auch mit anderen emanzipatorischen Kräften, und mit revolutionären Prozessen heraus. Diese ist unersetzlich, kann doch das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, auf freie gesellschaftspolitische Wahl nur je konkret und mit der nötigen internationalen Rückendeckung durchgesetzt werden. Ihr bedarf es gerade seitens der InternationalistInnen in den imperialistischen Metropolen, etwa um den Stützen des Apartheidregimes oder der Nicaragua-Interventionen Druck zu machen, ihnen die Hände zu binden. Antiinterventionismus und aktive Solidarität im Einzelfall bleiben unverzichtbar, zumal die westlichen Kriegführungsstrategien und militärischen Vormachtambitionen in der Dritten Welt keineswegs abgelegt wurden.

Gewiß gilt es – im Sinne von Wahl und Falk – Abschied zu nehmen von eindimensional auf die Systemauseinandersetzung und auf einen primitiven **Antiimperialismus** verengten Sichtweisen, derzufolge bodenständige nationale, ethnische, kulturelle, religiöse usw. Beharrungsfaktoren oder Konfliktursachen unangemessen vernachlässigt wurden. Ein differenziertes Herangehen erfordert, die antiimperialistische Komponente zu relativieren und überdies die **demokratisch-humanistische Komponente** drastisch aufzuwerten. Negativerfahrungen in der Solidaritätsarbeit, wo seitens des ASK-Spektrums in Sachen Kambodscha oder Iran unter Khomeini die Verurteilung krassester Menschenrechtsverletzungen aus falscher Rücksichtnahme allzu lange verdrängt bzw. zurückgestellt worden sind, machen eine frühzeitige Position kritischer Distanz unabdingbar. Die universelle Respektierung von Menschenrechten (Nein zu Folter, Diskriminierung von Minderheiten usw.) und des Demokratiebedarfs müssen als Kriterien für die Solidarität mit Befreiungskräften weitaus stärker gewichtet werden.

Andererseits haben gerade in den höchstentwickelten kapitalistischen Staaten bzw. Hochburgen des Neokolonialismus InternationalistInnen auch eine **spezifische Verantwortung** wahrzunehmen, welche in den Einleitungsbeiträgen außen vor blieb. Worin besteht sie? Sie besteht im Kern im Widerstand gegen das ambitionierte Vortriebstreben der imperialistischen Herrschaftszentralen im eigenen Land. Als eine der führenden Welthandelsnationen, Kapital- und Rüstungsexporteur (4. bis 5. Rang) profitiert die BRD mit von der Schuldenkrise, der Ausbeutung der Dritten Welt. Und sie hat jüngst wiederholt wegen illegaler Praktiken bei Atom-, C-Waffen- u.a. Geschäften oder wegen ihres Drängens auf eine NATO-„Modernisierung“ und stärkere NATO-Interventionsbeteiligung als internationaler Gefahrenherd von sich reden gemacht. Die „Globalisierungsstrategie“ bundesdeutscher Multis weist in dieselbe Richtung. Die EG-Integration bietet Bonn hier zusätzlich Gelegenheit, weiter gegenüber konkurrierenden Mächten wie Japan und den USA an Expansionskraft zuzulegen.

Aus der herausragenden BRD-Teilhabe an der Regenwaldvernichtung (siehe Regenwaldmemorandum in DITTE WELT 4/89), an der neokolonialen Ausplünderung oder Militarisierung der Dritten Welt ergibt sich meines Erachtens eher eine besondere Verpflichtung zur antiimperialistischen Akzentuierung hiesiger Befreiungshilfe. Zur spezifischen Verantwortung von InternationalistInnen in der BRD – da ist Harald Schuppe (6/89) zuzustimmen – gehört auch die Kampfansage an die gegenwärtig anschwellende ausländische, rassistisch-nationalistische Politik der Rechtskräfte und die Unterstützung Betroffener.

Es geht also um die Übernahme von mehr Eigenverantwortung, einer globalen und BRD-spezifischen, wenn wir das von Andrea Arcais (4/89) formulierte Vorhaben, „Solidaritätsarbeit als innenpolitisches Thema zu etablieren“, sinnvoll einlösen wollen. Schließlich läge es sowohl im Interesse demokratischer Veränderungen im Innern der Bundesrepublik als auch der internationalen Beziehungen, wenn die Gegenmachtspositionen fortschrittlicher Kräfte hierzulande ausgebaut werden könnten. Ein erneuerter internationalistischer Ansatz sollte daher, ganz im Sinne Werena Rosenkes, zum integralen Bestandteil linker Politikkonzepte, der Politik neuer und alter sozialer Bewegungen gemacht werden.

Rezension

Vergangenheit und Gegenwart Kurdistan

Daß die wenn nicht ablehnende, dann zumindest schwankende Politik der UdSSR gegenüber der kurdischen Nationalbewegung alles andere als Zufall ist, sondern der Logik der sowjetischen Nahostpolitik entspricht, macht

Fadil Rasoul, Großmachtspolitik und Freiheitskampf. Kurdistan und die sowjetische Nahost-Politik, Junius-Verlag, Wien 1988, 240 Seiten, 298,- ÖS

deutlich. Der irakisch-kurdische Wissenschaftler Fadil Rasoul bezahlte im Juli 1989 seine Vermittlerrolle zwischen dem iranischen Regime und der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran, genauso wie deren Generalsekretär Dr. Ghassemolou, in Wien mit dem Leben. Rasoul, dessen Darstellung sich ungeachtet seiner kritischen Position gegenüber der UdSSR und den ihr verbundenen kommunistischen Parteien der Region erfreulicherweise auch nationalistischer Mythen und Überspitzungen enthält, schildert nach einem kurzen Abriss der Geschichte seines Volkes seit der Antike die Entwicklung der Politik zunächst des Zarenreiches und sodann der Sowjetunion gegenüber dieser für sie strategisch äußerst sensiblen Region. In diesem Zusammenhang behandelt er auch die Politik der lokalen kommunistischen Parteien am Beispiel der iranischen Tudeh-Partei und der irakischen KP (IKP), die bis in jüngste Zeit eng den jeweiligen außenpolitischen Schritten der UdSSR folgte. Er analysiert die theoretischen Begründungen, die sowohl in der UdSSR als auch bei den genannten kommunistischen Parteien ausgearbeitet wurden und sichtlich primär den Charakter nachträglicher Rechtfertigungen hatten.

Im Mittelpunkt der sich auf eine große Zahl von Primär- und Sekundärquellen stützenden Untersuchung Rasouls stehen die Beziehungen der UdSSR zu den Kurden im Iran und im Irak,

während die zu den Kurden in der Türkei nur am Rand erwähnt werden. Dafür dürfte v.a. die Tatsache ausschlaggebend sein, daß die Sowjetunion zumindest seit der Republikgründung 1923 die kurdische Bewegung in der Türkei zugunsten eines angestrebten Bündnisses mit den vermeintlich antiimperialistischen Kemalisten ignoriert hat. Die seinerzeit von der Komintern sowie der Türkischen Kommunistischen Partei (TKP) vorgenommene und erst in neuerer Zeit teilweise zurückgenommene, eindimensionale Qualifizierung der Kurdenaufstände der 20er und 30er Jahre als reaktionär und vom – britischen – Imperialismus eingefädelt, war die ideologische Begleitung dieser einseitig auf die direkte Auseinandersetzung mit dem Imperialismus fixierten Außenpolitik der UdSSR.

Demgegenüber war die Geschichte der Politik der UdSSR gegenüber den Kurden im Irak und Iran sehr viel bewegter. Im übrigen war gleichzeitig die Bedeutung der kurdischen Organisationen in diesen Ländern bis vor kurzem gegenüber der kurdischen Nationalbewegung in der Türkei seit den 40er Jahren weitaus größer.

Zusammenfassend ergibt sich für die Kurdistan-Politik der UdSSR folgendes Bild: Nach der Oktoberrevolution um die Hoffnung auf eine Revolution in den wichtigsten westlichen Industriestaaten betrogen, war die UdSSR genötigt, den „Sozialismus in einem Land“ gegenüber der allenthalben drohenden Einkesselung zu verteidigen. Ihr Hauptinteresse in der Region war daher seinerzeit verständlicherweise auf das Herausdrängen der imperialistischen Kolonialmächte aus dieser für sie gewissermaßen einen „cordon sanitaire“ darstellenden Region gerichtet. Ihre Beziehungen zu Minderheitsnationen wie der kurdischen war diesem Ziel untergeordnet. Die kemalistische Türkei, die ihren Bestand gegen direkte imperialistische Intervention



verteidigen mußte, war in diesem Sinn ein nicht zu destabilisierendes Land, während auf die probrütischen Regierungen des Irak und Iran in verschiedene Hinsicht Druck ausgeübt werden mußte.

Theoretische Grundlage für spätere Bündnisse der UdSSR mit bürgerlich-nationalistischen Regimes der Region wie dem irakischen Baath-Regime war die unterdessen entwickelte Theorie vom „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg“, die eine Entwicklung zum Sozialismus hin ohne Führung durch die marxistisch-leninistischen Parteien des in diesen Ländern noch relativ schwachen Proletariats als möglich bezeichnete. Offensichtlich handelte es sich hier um eine Rechtfertigungsideologie für die Außenpolitik der UdSSR, die seit Ende des 2. Weltkrieges jedoch durchaus nicht mehr unmittelbar in ihrer Existenz bedroht war. Diese schon theoretisch falsche These ist wie erwartet durch die Realität widerlegt worden.

Hatte seinerzeit das iranische Parlament die vor dem Abzug der Roten Armee ausgehandelten Konzessionen nicht akzeptiert und war das Land bald mehr denn je in die Arme insbesondere der USA gefallen, so haben sich später auch die zur einen oder anderen Zeit von der UdSSR letztlich auf Kosten der Kurden sowie auch der IKP unterstützten irakischen Regimes gesetzlich weiter nach rechts entwickelt.

Die Verfolgung einer „Real“-Politik, die, unter mehr oder weniger offener Mißachtung oder Ignorierung grundsätzlicher marxistisch-leninistischer Positionen wie der Unterstützung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen oder der Beachtung des Klassencharakters von Regimes, auf kurzfristige außenpolitische Erfolge aus war, hat kaum materiellen Gewinn für die UdSSR erbracht. Sie hat aber die moralische Position der UdSSR und damit auch der ihr verbundenen sozialrevolutionären Kräfte in der Region untergraben. Das nach Kenntnis der Ergebnisse dieser Politik zuzuschreibende Motto könnte daher durchaus lauten: „Lieber die Taube – die bestehenden Staaten – auf dem Dach als den Spatz – die kurdische Bewegung – in der Hand“. Diese Politik scheint sich, wie das Schweigen der UdSSR zum Giftgasmassaker in Halabja deutlich gemacht hat, nicht gewandelt zu haben.

Die Situation der Kurden im syrischen Teil Kurdistans, im Libanon, in Jordanien, Israel, Ägypten, der UdSSR und der Diaspora in Europa behandelt. Ismet Chérif Vanly, Kurdistan und die Kurden, Bd. 3, Gesellschaft für bedrohte Völker (pogrom 142), Göttingen und Wien 1988, 131 Seiten, 14,80 DM

Wie der zweite Band (siehe AIB 1–2/1987, S. 76) stammt auch dieser im wesentlichen aus der Feder des kurdischen Politikers und Wissenschaftlers Ismet Chérif Vanly. Bedauerlicherweise leidet auch dieser Band wie sein Vorgänger nicht nur an der Unsystematik und teilweise Oberflächlichkeit des Autors, sondern auch an seinen politischen Vorlieben, was sich insbesondere im Kapitel über die kurdische Diaspora in Westeuropa niederschlägt.

Weder im Hinblick auf die Diaspora in Europa noch auf die politischen Aktivitäten der Kurden in Syrien wird der relativ starke Einfluß der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) auch nur eines Wortes gewürdigt, während durchaus von verschiedenen Miniororganisationen, wie u. a. dem Kurdistan Aktionskomitee (KAK) in London, die Rede ist. Auch die Bedeutung des Kurdischen Institutes mit Hauptsitz in Paris und insbesondere seiner bundesdeutschen Zweigstelle hat eine übermäßige Wertschätzung erfahren. Der positiven Darstellung widerspricht nicht nur die Tatsache, daß die Bonner Zweigstelle bereits 1988 u. a. aufgrund der ihrem Leiter Dr. Yekta Geylani angelasteten geschäftlichen Unre-

gelmäßigkeiten ihre Tore schließen mußte, sondern, daß dieses schon Jahre zuvor so gut wie keine Leistungen mehr für die Verbreitung kurdischer Kultur erbrachte. Ihre Zeitschrift „Mizgin“ erschien bestenfalls einmal im Jahr, die von Dr. Yekta betriebene Neuübersetzung der Bibel wurde in kurdischen Kreisen fast einhellig abgelehnt.

Diese Tatsachen sowie auch solche wie die Auflösung der Vereinigung der Demokraten Syrisch-Kurdistans und die Einstellung ihrer Zeitschrift „Dem“ zugunsten der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) bzw. von FEYKA-Kurdistan sollte einem Autor wie Vanly nicht entgangen sein. Davon abgesehen vermitteln einzelne Beiträge – insbesondere der über die aus Irakischem Kurdistan stammenden Juden in Israel, der über die Lage der Kurden in der UdSSR sowie der Beitrag des bundesdeutschen Kurdistan-Spezialisten Alexander Sternberg über die Kurden im Libanon – ungeachtet ihrer Kürze wichtige Einblicke.

Der dem ehemaligen sozialdemokratischen, österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky verbundene österreichische Journalist Ferdinand Hennerbichler hat mit

Ferdinand Hennerbichler, Die für die Freiheit sterben. Geschichte des kurdischen Volkes, Edition S, Verlag der österreichischen Staatsdruckerei, Wien 1988, 278 Seiten, 248,- ÖS, 32,- DM eines jener vielen Bücher geschrieben, die, ohne an und für sich schlecht zu sein, darunter leiden, daß sie gegenüber bereits erschienenen Büchern zum gleichen Thema kaum etwas Neues bringen.

In Kapiteln sehr unterschiedlicher Länge und Tiefe widmet sich der Autor zunächst der kurdischen Frühgeschichte und hier insbesondere den Namen Kurden und Kurdistan (S. 14–33), der Sprache, der Schrift und der Religion. Dabei sind von rund 13 Seiten 4 den mit den Kurden zusammenlebenden Christen und 5 den Juden Kurdistans gewidmet, eine zweifellos etwas schiefe Optik. Die Beiträge über die kurdischen Sunniten, Schiiten und Yezidi können dann auch nicht anders als zu wünschen übrig lassen. Hier wäre z. B. auf die Rolle der sunnitischen Tariqat einzugehen, die in Kurdistan eine nicht unerhebliche Bedeutung haben.

Ein Teil des Buches besteht aus Beiträgen anderer Autoren, so der im wesentlichen zwar schon bekannte, aber nichtsdestoweniger für den ersten Überblick sehr nützliche Beitrag Kamal Fuads über die kurdische Literatur. Die folgenden Kapitel sind der Geschichte des kurdischen Volkes gewidmet, und bis auf die Tatsache, daß sie nicht nur keine neuen Fakten, sondern auch keine neue Einsichten in die tieferen Zusammenhänge vermitteln, durchaus zufriedenstellend.

Diese generell nicht negative Wertung muß allerdings im Hinblick auf einen Aspekt relativiert werden. Die Darstellung der Geschichte seit Ende des 2. Weltkrieges beschränkt sich fast ausschließlich auf den Irak. Die Tatsache, daß dort bis vor wenigen Jahren der Schwerpunkt des bewaffneten kurdischen Widerstandes lag, ist dafür kein ausreichender Grund.

Unabhängig von der Einschätzung der konkreten Kampfformen, die die kurdische Nationalbewegung im türkischen Teil Kurdistans anwendet, ist gerade eine Analyse der Situation dort von nicht geringerer Bedeutung. Hier leben ca. 50 % des gesamten kurdischen Volkes. Die Türkei hat u. a. als NATO- und potentieller EG-Partner eine besondere regionale Bedeutung, und die dortige kurdische Bewegung ist am wenigsten vom keineswegs nur positiven Einfluß langjähriger Traditionen gekennzeichnet.

Die beiden Beiträge, die der dortigen Situation

gewidmet sind, stammen aus der Feder von kurdischen Nationalisten, die dank ihrer Organisationszugehörigkeit den Kampf der PKK als z. Z. stärkster Organisation in Türkei-Kurdistan bestenfalls durch „Nichterwähnung“ (so Ömer Tuku) und im schlechteren Fall durch unausgewiesene Kritiken (PKST-Generalsekretär Kemal Burkay) begleiten. Hennerbichlers eigene Bemerkungen zur Situation der nationalen Bewegung in Türkei-Kurdistan zeugen von schlichter Unkenntnis der Fakten, wenn er beispielsweise schreibt, daß die linken und marxistischen kurdischen Organisationen in der Türkei in erster Linie um ethnische und kulturelle Anerkennung der Kurden ringen, während es gerade die kurdischen Organisationen in diesem Land sind, die mit einer Ausnahme alle für die Gründung eines eigenen Staates eintreten (S. 196).

Der letzte Teil des Buches besteht aus Beiträgen bzw. Interviews mit bekannten Politikern aus Irak-Kurdistan (Omar Sheikhmous, Massoud Barzani und Mohammed „Sami“ Abderrahman, Dschalal Talabani), Iran-Kurdistan (Abdul Rahman Ghassemlou) und Türkei-Kurdistan (Kemal Burkay). Die Interviews mit dem Präsidenten der Demokratischen Partei Kurdistans-Irak, M. Barzani und den Generalsekretären der Demokratischen Volkspartei Kurdistans-Irak („Sami“ Rahman), der PUK (Talabani), der Demokratischen Partei Kurdistans-Iran (Ghassemlou) und der Sozialistischen Partei Türkisch-Kurdistans (Burkay) leiden nicht nur am taktischen Charakter vieler Antworten, sondern auch am Fehlen kritischer Fragen.

Zu dem in diesem Jahr erschienenen Buch **Guenther Deschner, Die Kurden. Das betrogene Volk, Verlag Dr. Dietmar Straube, Erlangen/Bonn/Wien 1989, 368 Seiten, 38,- DM**

ist im Grunde nur soviel zu sagen, daß es fast völlig identisch mit seinem 1983 bei Droemer-Knaur erschienenen und in AIB 8–9/1986 (S. 51) kurz, aber positiv rezensierten Buch „Saladins Söhne. Die Kurden – das betrogene Volk“ ist. Das neue Buch ist um einige Kapitel gekürzt und in einigen Teilen aktualisiert. Diese Aktualisierungen sind jedoch oberflächlich und zeigen zumindest im Hinblick auf den türkischen Teil Kurdistans, daß es mit der eigenen Anschauung des Autors nicht immer sehr weit her ist, so wenn er Diyarbakir als eine völlig orientalische und jeder Modernisierung fremde Stadt bezeichnet. Wer die Wahl zwischen Deschners Buch von 1983 und dem von 1989 hat, sollte zu ersterem greifen. Lothar A. Heinrich

EL SALVADOR LIBRE SPENDENAKTION -

Waffen für El Salvador

Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
288 59-107
Bankleitzahl 10010010
Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 61



Kontostand 14.9.89
4.241.977,33 DM

Bisherige UnterstützerInnen:
AIB - Dritte Welt Zeitschrift, Arbeiterkampf,
blätter des iz3w, Cuba St. des. Ila - Info,
Inprekorr, Konkret, Lateinamerika Nachrichten,
PROWO, Radio Dreieckland - Freiburg, Radio
100 - Westberlin, Radio Z - Nürnberg, Euskadi
Information

INFOS ZUR SOLIDARITÄT

Kultur

„Liberaturpreis“ für Autorinnen aus der Dritten Welt

Die Förderung des interkulturellen Dialogs sowie die Überwindung des „kulturellen Dünkels Europas und Nordamerikas“ hat sich die Initiative Liberaturpreis im ökumenischen Zentrum Christuskirche in Frankfurt zum Ziel gesetzt. Die Initiative wurde vor zwei Jahren von Ingeborg Kaestner gemeinsam mit anderen, die sich für Literatur interessieren und für die Dritte Welt engagieren, gegründet.

Die Mitglieder entschlossen sich zur regelmäßigen Vergabe eines „Liberaturpreises“ an Autorinnen aus der Dritten Welt. Die Bezeichnung des Preises erinnert bewußt gleichermaßen an die Begriffe „Buch“ und „Befreiung“. Als Leserpreis, der von den 40 zahlenden Mitgliedern der Initiative finanziert wird, ist das Preisgeld auf 1000 DM beschränkt.

Eine Vorauswahl über preisverdächtige Titel treffen 200 LeserInnen aus Dritte-Welt- und Frauengruppen, Kirchengemeinden und Privatpersonen. Die endgültige Entscheidung übernimmt eine unabhängige Jury. Verliehen wurde der Preis bisher an die schwarzafrikanische Autorin Maryse Condé aus Guadeloupe für „Segu-Mauern aus Lehm“ sowie an die Algerierin Assia Djebar für „Die Schattenkönigin“.

Kontaktadresse: Initiative Liberaturpreis im Ökumenischen Zentrum Christuskirche, c/o Ingeborg Kaestner, Gottfried-Keller-Str. 22, 6000 Frankfurt 50, Tel. 069-519161

Bildung

Unterrichtsreihe „Hunger in Afrika“

Die Lehrergemeinschaft des Dritte-Welt-Hauses Bielefeld hat eine neue Unterrichtsreihe zum Thema „Hunger in Afrika. Permanente Katastrophe?“ herausgegeben. Sie ist auf die Sek. I (ab Klasse 8) und Sek. II ausgerichtet. Anhand von acht Unterthemen werden im Lehrerheft (80 S.) ausgearbeitete Unterrichtssequenzen (für ca. 25 U-Stunden) übersichtlich präsentiert, ergänzt durch 13 Schülerarbeitsblätter, 11 Vorlagen für OHP-Folien und sechs Farb-Dias.

In den acht Themenbereichen (Hunger und Überfluß, Hunger schwarz weiß; Dürre, Dummheit, viele Kinder; wenn die Bäume sterben, ist die Erde müde; Bevölkerungswachstum – Fluch oder Segen; Produktion für den Eigenbedarf oder für den Export?; Hilfe gegen Hunger; Hunger in Afrika) werden die Ursachen und Erscheinungsformen des Hungers, unsere Vorurteile und unser Vorwissen ebenso behandelt wie ökologische Aspekte und die Bedrohung der Ernährung durch Agrarkonzern.

„Die Selbstverständlichkeit zu durchbrechen, mit der die Medien den Hunger in Afrika als quasi unvermeidliches Naturereignis darstellen, ist eine Zielvorgabe dieser Unterrichtsreihe...“, erklä-

ren die Herausgeber. Ergänzt wird die Unterrichtsreihe durch Aktionsvorschläge und Medienhinweise.

Die Unterrichtsreihe kann für 36 DM (zzgl. Porto und Verpackung) beim Dritte-Welt-Haus Bielefeld, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521-62802 bezogen werden.

Südafrika

Zwischenbilanzen zur U-Boot-Affäre

Anfang Oktober d.J. haben die VertreterInnen der Parteien im Untersuchungsausschuß, die sich mit der Lieferung von U-Boot-Konstruktionsplänen an Südafrika befaßten, Zwischenberichte über dessen Tätigkeit vorgelegt. In einer gemeinsamen Bewertung der CDU- und FDP-Obleute Bohl und Seiler-Albring hieß es, die Bundesregierung hätte keine Genehmigung zu dem Geschäft erteilt und eine solche sei auch nicht notwendig gewesen. Sie sprachen sich gegen einen Antrag der GRÜNEN zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung aus, um solche Geschäfte zu verhindern.

Zu gegenteiligen Bewertungen kam der Zwischenbericht der SPD-Abgeordneten. Die Regierung, heißt es darin, habe von dem rechtswidrigen Geschäft gewußt und nichts zu seiner Verhinderung unternommen. Das Geschäft sei nicht nur ein Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz, sondern auch gegen das Rüstungsembargo der UNO. Die Abgeordneten widersprachen der Auffassung, wie sie etwa von der Kieler Staatsanwaltschaft vertreten wurde, die ein Verfahren mit der Begründung abgelehnt hatte, die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik seien nicht erheblich gestört worden.

Die Vertreter der Koalition warfen hingegen dem SPD-Obmann Gansel vor, dem Ansehen der Bundesrepublik zu schaden. Er hatte auf Einladung des UN-Ausschusses, der mit dem Rüstungsembargo gegen Südafrika befaßt ist, am 27. September in New York über die bisherigen Ergebnisse des Ausschusses berichtet.

In der Beurteilung des Rüstungsgeschäftes stimmten die GRÜNEN weitgehend mit der Position der SPD überein. Sie verlangten ein Verbot jeglicher Rüstungslieferungen nach Südafrika. Ihr Bericht, erweitert um eine detailgetreue Chronologie und einen ausführlichen Dokumentenanhang, kann bestellt werden bei: Uschi Eid, MdB, Bundeshaus, 5300 Bonn 1.

Kalender

Die Zärtlichkeit der Völker

Für das Jahr 1990 hat der Peter Hammer Verlag einen Wandkalender unter dem Titel „Die Zärtlichkeit der Völker“ (19,80 DM) erstellt. Mitherausgeber sind die Welthungerhilfe, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschlands (BUND) und das DGB-Bildungswerk. Auf 12 Kalenderblättern im Format 30 x 42 cm ist jeweils ein farbiges Foto aus dem Alltagsleben der Menschen der Dritten Welt abgebildet.



Auf den Rückseiten stellen die Organisationen Projekte in der Dritten Welt wie Aufforstung im Sahel, Hygieneprogramme im Tschad, windbetriebene Pumpen oder Aufbau einer Landmaschinenfabrik in Nicaragua vor, für die sie auch um Spenden bitten. Weiterhin finden sich wichtige Buchhinweise zu Themen der Dritten Welt.

Ausländerpolitik

Kommunalwahlrecht und Ausländergesetzentwurf

Am 12. Oktober d.J. erließ das Bundesverfassungsgericht eine einstweilige Anordnung, mit der es die Pläne der Kieler Landesregierung und des Hamburger Senats, ein kommunales Wahlrecht für ausländische MitbürgerInnen einzuführen, vorerst stoppte. Auch die Westberliner Regierungskoalition hatte sich auf einen entsprechenden Gesetzesentwurf geeinigt, ihn aber dem Parlament noch nicht vorgelegt. Das Karlsruher Gericht machte mit seiner Entscheidung zwar noch keinerlei Aussagen über die Verfassungskonformität des Kieler Gesetzesvorhabens. Es setzte aber zumindest dessen Vollzug bis zu der für das kommende Jahr erwarteten endgültigen Entscheidung aus.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) legte am 29. September d.J. den Referentenentwurf für ein Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts vor. Mit dem geplanten Gesetz sollen – nach Schäuble – v. a. mehr Rechtssicherheit, eine bessere Integration der „rechtmäßig“ in der BRD lebenden AusländerInnen erreicht und größere Hürden gegen einen weiteren Zuzug von AusländerInnen aus Nicht-EG-Staaten errichtet werden.

Harsche Kritik gegen den Gesetzesentwurf kam vom DGB, den Kirchen sowie den Wohlfahrtsverbänden. So drohe den rd. 3,2 Mio von insgesamt 4,5 Mio AusländerInnen, die nicht aus EG-Staaten kämen, in vielen Bereichen eine weitere Einschränkung ihrer ohnehin dürftigen Rechte. Die Kirchen rügten am Entwurf insbesondere die Zielsetzung der rigorosen Zugangsbeschränkung. Die Verbände befürchteten aufgrund der vielen Detailvorschriften eine Komplizierung der Rechtslage, was dem erklärten Ziel der Rechtssicherheit entgegenstünde und der Integration von AusländerInnen zuwiderlaufe. Aufgrund der Proteste und Meinungsverschiedenheiten in der Koalition konnte der Entwurf nicht wie geplant vom Kabinett am 15. November verabschiedet werden.

KURZINFORMATIONEN

Menschenrechte

Jahresbericht von amnesty international

Ende Oktober d.J. legte amnesty international (ai) ihren Jahresbericht 1989 (erschienen im Fischer Taschenbuchverlag) vor, in dem Menschenrechtsverletzungen in insgesamt 133 Ländern aufgelistet sind. Mehrere zehntausend Menschen sind – laut Bericht – im vergangenen Jahr weltweit von Staatsorganen oder zumindest mit deren Duldung getötet worden. Noch immer wurden in zahlreichen Ländern Gefangene zu Tode gefoltert oder starben infolge von Vernachlässigung an Unterernährung, Krankheit usw. Dies gilt z.B. für El Salvador, China, Indien und die Türkei.

Viele Menschen verloren 1988 infolge staatlichen Eingreifens vor dem Hintergrund regierungsfeindlicher Demonstrationen ihr Leben. So wurden in den von Israel besetzten Gebieten über 300 palästinensische Zivilisten von israelischen Soldaten umgebracht. Zahlreiche Kinder und Jugendliche befanden sich unter den Opfern.

In über 100 Staaten ist die Todesstrafe fester Bestandteil des Sanktionsrechts. 58 Staaten machten 1988 von ihr Gebrauch. Aus China wurden 128 Hinrichtungen gemeldet, aus dem Iran mindestens 1700 und aus Südafrika mindestens 117. In den USA wurden im gleichen Zeitraum 11 Todesurteile vollstreckt, 2182 Gefangene befanden sich zum Jahresende in „Todeszellen“.

Ökologie

Bonn unterzeichnet Giftmüllkonvention

Am 11. Oktober d.J. beschloß das Bundeskabinett die Unterzeichnung der Baseler Giftmüllkonvention vom März d.J. (vgl. DRITTE WELT 5/1989, S. 28). Während Bundesumweltminister Klaus Töpfer die Konvention als einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung des wachsenden, unkontrollierten „Abfallterrorismus“ bezeichnete, kritisierte der SPD-Umweltexperte Harald Schäfer die noch erheblichen Lücken der Konvention. Er erklärte, daß durch die Übereinkunft der internationale Mülltourismus nicht verhindert, sondern lediglich „besser geregelt und legalisiert“ werde.

Die Länder der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) haben deshalb die Unterzeichnung der Konvention abgelehnt und einen eigenen Entwurf vorgelegt, der jeglichen Export in Länder der Dritten Welt verbietet. In einem Vier-Punkte-Programm hat die Umweltschutzorganisation Greenpeace vorgeschlagen, zur Lösung des Müllproblems Abfälle zu vermeiden, sie betriebsintern aufzubereiten und vereinzelt Herstellungsverbote zu verhängen. Die Ausfuhr von Giftmüll in außereuropäische Länder sei zu verbieten. Innerhalb der EG solle sie nur noch nach Frankreich, den Niederlanden und Belgien und außerhalb nur in die DDR erlaubt sein unter der

Voraussetzung, daß dort ab 1992 zumindest der technische Standard des Herkunftslandes gelte. Bis Ende 1995 solle auch der Müllhandel mit diesen Ländern endgültig eingestellt werden.

Westsahara

POLISARIO beendet einseitigen Waffenstillstand

Mit einem Angriff auf die marokkanische Garnison Guelta Zemmur in der besetzten Westsahara am 7. Oktober d.J. beendete die Volksfront für die Befreiung von Saguia el-Hamra und Rio de Oro (POLISARIO) ihren einseitigen Waffenstillstand, den sie seit Februar d.J. einhielt. Der Grund für diesen Schritt ist die Weigerung Marokkos, an einer politischen Lösung des Konflikts mitzuwirken.

Ein UN-Friedensplan vom August 1988, der ein Referendum über die Selbstbestimmung der Westsahara vorsieht, war von beiden Seiten zunächst positiv aufgenommen worden. Nach einem Treffen mit hochrangigen POLISARIO-Führern im Januar d.J. brach König Hassan die Kontakte jedoch ab. Weder auf Zugeständnisse der POLISARIO bezüglich der marokkanischen Truppenpräsenz während des Referendums noch auf die Freilassung von 200 marokkanischen Kriegsgefangenen reagierte der Monarch positiv. Direkte Verhandlungen hatte Marokko ohnehin immer abgelehnt und sich lediglich verbal zu einem Dialog bereit erklärt. Sowohl auf dem Belgrader Gipfel der Nichtpaktgebundenen Anfang September d.J. als auch in der UNO am 25. Oktober stimmte Marokko Resolutionen zu, die einen Dialog zwischen den Kontrahenten verlangten.

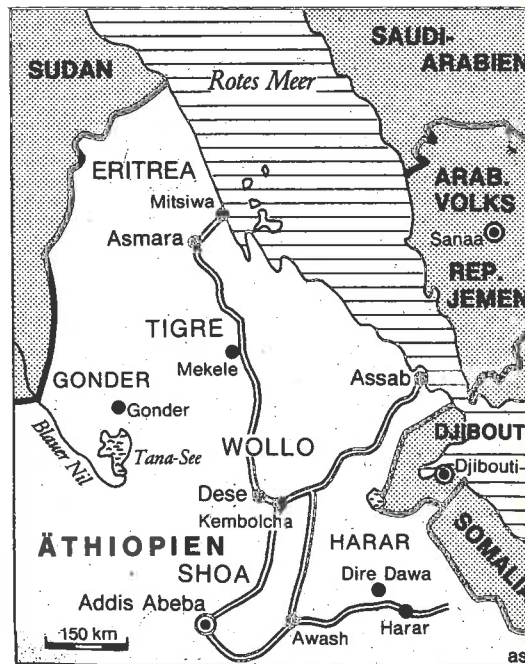
Die Angriffe der POLISARIO nahm der König jetzt zum Anlaß, ein angeblich geplantes, zweites Treffen abzusagen. Er hofft offensichtlich, daß der Konflikt sich nach der Gründung der Maghreb-Union am 17. Februar d.J. (siehe DRITTE WELT 4/1989, S. 50 f.) mit der Zeit von selbst erledigt. Dem hat Algeriens Außenminister Ghazaleh jüngst deutlich widersprochen.

Äthiopien

Verhandlungsbeginn nach Zuspitzung des Bürgerkrieges

Am 4. November d.J. begannen in Rom Vorverhandlungen zwischen Vertretern der äthiopischen Regierung und der Volksbefreiungsfront Tigres (TPLF) über eine Beendigung des Krieges. Bereits im September hatten in den USA erste Gespräche mit der Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF) begonnen, die fortgesetzt werden sollen.

Während die EPLF für die Unabhängigkeit Eritreas kämpft, ist das Ziel der TPLF und der mit ihr in der Äthiopischen Revolutionären Demokratischen Volksfront (EPRDF) zusammengeschlosse-



nen Äthiopischen Demokratischen Volksbewegung (EPDM) ein Machtwechsel in Addis Abeba. Sie schlagen einen sofortigen Waffenstillstand und die Bildung einer Übergangsregierung aus allen Oppositionsgruppen und der regierenden Arbeiterpartei Äthiopiens (WPE) vor.

Durch eine militärische Großoffensive hat die EPRDF ihre Verhandlungspositionen erheblich gestärkt. Nachdem die TPLF einen Großteil Tigres im letzten Jahr unter ihre Kontrolle gebracht hatte, stießen die Einheiten der EPRDF im September und Oktober tief nach Wollo und Gondar vor. Nach eigenen Angaben sollen ihre Truppen 300 km von Addis Abeba entfernt stehen und die lebenswichtige Straße zum Hafen Assab bedrohen.

Fast eine halbe Million ÄthiopierInnen demonstrierten am 24. Oktober d.J. in Addis Abeba für den „nationalen Kreuzzug gegen die Rebellen, die unser Land auseinanderreißen wollen“. Am 30. Oktober rief das Zentralkomitee der WPE zur allgemeinen Mobilisierung auf. Mit dem Beginn der Verhandlungen scheint es jedoch auf beiden Seiten zu einer Einstellung der Kämpfe gekommen zu sein.

Eine Beendigung des Krieges ist umso dringlicher, da Anfang 1990 v.a. in den Provinzen Eritrea und Tigre eine Hungersnot droht, mit ähnlichen Ausmaßen wie jene von 1984/85.

USA-Panama

Neue Vollmachten für FBI und CIA

Der gescheiterte Putschversuch vom 3. Oktober d.J. gegen den Oberkommandierenden der panamaischen Streitkräfte, General Noriega, hat in den USA eine Debatte über das Verhalten der Bush-Administration und das zukünftige Vorgehen in ähnlichen Fällen ausgelöst. Vertreter aus beiden Kongreßparteien kritisieren

das unentschlossene Vorgehen der Regierung. Diese hatte zwar zwei Tage vor dem Staatsstreich Kontakt mit den Putschisten und auch Noriega-treue Einheiten am Eingreifen gehindert, aber keine weitergehenden Schritte unternommen. Dies wird auf Probleme bei der Informationsbeschaffung, Koordinierungsschwierigkeiten und rechtliche Beschränkungen zurückgeführt.

CIA-Direktor William Webster erklärte in einem Interview der „New York Times“ vom 17. Oktober d.J., daß eine enge Auslegung des Beschlusses Präsident Gerald Fords von 1976, der es US-Beamten untersagt, sich an politischen Morden zu beteiligen, ein stärkeres US-Engagement beim Putsch verhindert habe. Diese Anordnung von 1976 war später noch verschärft worden und verbot auch die Unterstützung von Staatsstreichen, die die Ermordung von Staatschefs zum Ziel haben. Laut Webster sei dies so interpretiert worden, daß eine Beteiligung an Staatsstreichen auch dann untersagt sei, wenn sie zum Tod eines Diktators führen „könnten“. Er forderte eine Lockerung dieser Bestimmung, wobei er von Präsident Bush unterstützt wurde.

Bereits am 13. Oktober hatte das Justizministerium bekanntgegeben, daß es dem FBI schon seit Juni d.J. gestattet sei, Personen, die von der US-Justiz gesucht werden, im Ausland auch ohne Zustimmung der jeweiligen Regierungen festzunehmen. Diese flagrante Verletzung internationalen Rechts ist weder bei der Administration noch in der US-Öffentlichkeit auf Widerstand gestoßen.

El Salvador

Dialog ausgesetzt

Bei einem Bombenanschlag auf das Büro der Gewerkschaft FENASTRAS, einer Mitgliedsorganisation des Dachverbandes UNTS, kamen in San Salvador 10 GewerkschaftsführerInnen ums Leben. Stunden zuvor war ein Sprengkörper auf das Büro des Mütterkomitees der politischen Gefangenen und Verschwundenen geworfen worden, wodurch mehrere Personen verletzt wurden.

Damit erreichte die Repression gegen die Volksbewegung einen neuen Höhepunkt. Allein in den ersten vier Monaten der Regierung Cristiani gingen 449 Morde auf das Konto des Regimes. Rund 100 000 Menschen nahmen am Begräbnis der 10 Terroropfer teil.

Die FMLN machte den Generalstab der Streitkräfte für die Anschläge verantwortlich und sagte die dritte Gesprächsrunde mit der Regierung, die für den 20./21. November d.J. in Caracas geplant war, ab. Sie verlangte Garantien für Gewerkschafts- und Volksorganisationen als Vorbedingung für die Fortsetzung der Verhandlungen.

Bei der zweiten Verhandlungsrunde vom 16.–18. Oktober in San José waren keine greifbaren Ergebnisse erzielt worden. Die Regierungsdelegation, die von zwei Ministern geleitet wurde und der auch zwei hohe Offiziere angehörten, legte erstmals einen Verhandlungsvorschlag vor, während die FMLN ihren Plan vom September (siehe DRITTE WELT 11/1989, S. 31 f.) präziserte. Der Vorschlag des Regimes sieht einen sofortigen Waffenstillstand und eine Demobilisierung der FMLN bis zum 15.1.1990 vor. Verhandlungen über soziale und politische Reformen sollen erst danach beginnen.

Diese einseitige Kapitulation wurde von der FMLN abgelehnt. Beobachter führten das Schei-

tern der Gespräche auf die mangelnde Entscheidungsfähigkeit der Regierungsdelegation und den Widerstand der Armee zurück. Präsident Cristiani erklärte nach der Verhandlungsrunde, er werde nicht „den kleinsten Teil“ der FMLN-Forderungen annehmen.

Palästina

Tauziehen um Baker-Plan

Nachdem das aus 12 Personen bestehende, innere Kabinett Israels am 6. Oktober d.J. die 10-Punkte-Initiative des ägyptischen Präsidenten Mubarak (siehe DRITTE WELT 11/1989, S. 23f.) mit den Stimmen des Likud abgelehnt hatte, konzentrieren sich die Friedensbemühungen nun auf die Anfang Oktober vorgelegte 5-Punkte-Initiative von US-Außenminister Baker. Diese fordert einen israelisch-palästinensischen Dialog, bei dem es vorrangig um Israels Wahlvorschlag (siehe DRITTE WELT 8-9/1989, S. 5ff.) gehen soll. Der Dialog müsse jedoch offen für andere Angelegenheiten sein. Die Zusammensetzung einer palästinensischen Delegation wird von der Zustimmung Israels abhängig gemacht.

Dennoch forderte die israelische Regierung am 11. Oktober d.J. eine „Nachbesserung“ des Baker-Plans, um zu erreichen, daß ein israelisch-palästinensischer Dialog auf eine Diskussion des Wahlvorschlages begrenzt und eine Beteiligung der PLO ausgeschlossen wird. Diesen Forderungen kam Baker am 1. November d.J. mit einer Abänderung seines Plans bezüglich der ersten Phase eines Dialogs weitgehend entgegen. Einem grundsätzlichen Vetorecht Israels hinsichtlich Friedensverhandlungen stimmten die USA hingegen nicht zu.

Gegen die Stimmen der Likud-Abgeordneten Sharon, Modai und Levy akzeptierte das israelische innere Kabinett den modifizierten Baker-Plan am 5. November d.J. – offenbar, um eine Verständigung zwischen den USA und Israel im Vorfeld des Besuchs von Shamir in den USA Ende November zu vermeiden.

Am 6. November d.J. übermittelte auch die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) im Ergebnis von Tagungen ihres Zentral- und Exekutivkomitees einen Forderungskatalog zum Baker-Plan. Hierin fordert die PLO ihre volle Beteiligung an allen Etappen des Friedensprozesses und lehnt den Shamir-Plan als Grundlage eines Dialogs ab. Ein Dialog müsse stattfinden auf der Grundlage der von allen Konfliktparteien anerkannten UN-Resolutionen 242 und 338, des Prinzips „Land gegen Frieden“ und im Rahmen einer internationalen Friedenskonferenz.

Berichte der israelischen „Jerusalem Post“ vom 7. November d.J., die PLO habe hinsichtlich ihrer Forderungen neue Zugeständnisse gemacht und dem Baker-Plan insgeheim zugestimmt, wurden bisher nicht bestätigt.

Jordanien

Vormarsch islamischer Fundamentalisten bei Parlamentswahlen

Bei den Parlamentswahlen in Jordanien am 8. November d.J., den ersten seit 1967, haben Kandidaten der Moslebruderschaft 20 so-

wie unabhängig kandidierende, islamische Fundamentalisten 14 von insgesamt 80 Parlamentssitzen errungen. Erstmals waren auch Frauen zu den Wahlen zugelassen. Von den 12 Kandidatinnen errang jedoch keine einen Sitz. Etwa acht Sitze entfielen auf dem linken Spektrum zugeordnete Kandidaten. Die Wahlbeteiligung war mit 53 % der eingeschriebenen WählerInnen nach einem lebhaft und offen geführten Wahlkampf sehr niedrig.

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes standen, neben Forderungen nach Aufhebung des zwei Jahrzehnte währenden Ausnahmezustandes, Demokratisierung und Kampf gegen die Korruption, insbesondere Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Krise des Landes. Diese war die Ursache für die im April d.J. ausgebrochenen schweren Unruhen (siehe DRITTE WELT 6/1989, S. 46).

Mit den jetzigen Parlamentswahlen versuchte König Hussein, die Lage im Lande wieder zu stabilisieren. Als Hemmnisse für eine Demokratisierung des Landes gelten sowohl die absoluten Machtbefugnisse des Königs als auch das seit 1957 bestehende Verbot politischer Parteien. Lediglich die Moslebruderschaft konnte als religiöse Vereinigung geschlossen antreten. Angehörige politischer Parteien eines sehr breiten Spektrums (Kommunisten, Arabische Nationalisten, Baath-Partei u.a.) konnten lediglich individuell kandidieren.

Offen ist die Frage, ob die Wahlen Auftakt eines allgemeinen Demokratisierungsprozesses sein werden.

Wahlkundgebung eines Kandidaten der Moslebrüder



FARBE BEKENNEN! DEN WAHLKAMPF DER SANDINISTEN IN NICARAGUA UNTERSTÜTZEN

Am 25. Februar 1990 werden in Nicaragua **Präsidenten- und Parlamentswahlen** stattfinden. Die in der U.N.O. (Union Nacional Opositora) zusammengeschlossenen Rechtsparteien werden für diese Wahlen jede nur erdenkliche Unterstützung der finanzkräftigen "Demokraten" aus **Washington, Miami und Bonn** erhalten. Die FSLN braucht deshalb die Unterstützung und materielle Hilfe der internationalen Solidaritätsbewegung für ihren Wahlkampf gegen Rechts.

Das Ende der 40-jährigen Diktatur Somozas war der Anfang eines revolutionären Prozesses in Nicaragua, den die Bevölkerung mit Tausenden von Toten in den letzten Jahren gegen die Contra verteidigt hat. Eine **ruinierte Wirtschaft** und internationaler Boykott sind der Preis für Nicaraguas Versuch, sich von **imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung** zu befreien, und sich dem US-Einfluß zu entziehen.

Es ist der **sandinistischen Revolution** gelungen, eine Agrarreform und eine Alphabetisierungskampagne durchzuführen, ein Erziehungs- und Gesundheitswesen für die Armen aufzubauen, die Bevölkerung für ihre eigenen Interessen zu organisieren und Formen direkter Demokratie zu entwickeln. Nachdem die US-Strategie, die sandinisti-

sche Revolution durch den **Contra-Krieg** zu zerstören, gescheitert ist, versucht die Regierung der Vereinigten Staaten nun, ihrem Ziel auf politischem Wege näher zu kommen. Mit dem Aufbau des Parteienbündnisses U.N.O. ist es den USA gelungen, die Contra in ein nationales Oppositionsbündnis zu integrieren. Mit offenen und verdeckten Aktionen arbeiten die USA nun an der **legalen Machtübernahme der Contra** bei den Wahlen.

Unlängst verabschiedete der US-Kongreß 2 Mio. US-Dollar direkt für die U.N.O. und 5 Mio. US-Dollar werden über das CIA-nahe National Endowment for Democracy für Wahlbeobachtungsdelegationen und "politische Bewußtseinsbildung" kanalisiert. Dies bedeutet nichts anderes als weitere 5

Mio. US-Dollar Wahlkampfunterstützung für die U.N.O. und legt die Vermutung verdeckter Aktionen durch den CIA nahe.

Die **Bundesregierung** boykottiert die sandinistische Revolution seit langem. Bereits die sozial-liberale Koalition vor 1982 die **Entwicklungshilfe** ein, die Wende-Regierung stellte sie endgültig ein. Während sie in klarer Übereinstimmung mit den USA immer neue Beweise der "Demokratisierung" von den Sandinisten verlangt, folgt sie erneut der US-Strategie. Die parteinahen Stiftungen der Regierungskoalition sponsern über "entwicklungspolitische Vorhaben" mit Geldern der Bundesregierung das politische Umfeld des Rechtsbündnisses U.N.O.. Die CDU-nahe **Adenauer-Stiftung** transferiert seit Jahren Gelder an die "Innere Front" der Contra, wie den Unternehmerverband COSEP und dessen Mitgliedsorganisationen, parteinahe Institute der Christdemokraten, die gelbe Gewerkschaft CTN, den Contra-Freund Obando y Bravo und dessen Infrastruktur sowie die Menschenrechtsorganisation der Opposition CPDH. Ein Großteil der **Günstlinge der CDU** gehören zum derzeitigen Unterstützernetz der U.N.O., über die die US-Regierung und ihr nahestehende Einrichtungen die verdeckte Wahlhilfe an den Rechtsblock kanalisieren.

F A R B E B E K E N N E N



SPENDET FÜR DIE FSLN

Informationsbüro Nicaragua e.V.
Sonderkonto FSLN 962 001,
Sparkasse Wuppertal,
BLZ 330 500 00 (Spendenquittung nicht möglich)

Adelante e.V. · AG Entwicklungspolitik/Internationale Gewerkschaftsarbeit der ÖTV, Berlin · AG für Kommunikation, Frankfurt · AG Internationalismus, DKP Hamburg · AG Kommunikation, Frankfurt · AG NICA BANANEN, Gelnhausen · Albrecht Christian, Vorsitzende der GEW Hamburg · Alternative Liste West-Berlin · Angehörige der polit. Gefangenen · ANN, Zürich · Arbeitskreis Nicaragua Bremer Gewerkschafter · Arbeitskreis Nicaragua Gelsenkirchen · ASTA FU West-Berlin · ASTA TU West-Berlin · ASTA Uni Köln · Antimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK), Frankfurt · ATES · Autorenkollektiv Coco Piñeros, West-Berlin · Bundesarbeitsausschuß der SDJ · Bundesvorsitz Die Grünen · Bremer Nicaragua Bündnis · Brigadengruppe La Trinidad, Moers · Brigadenvorbereitungsguppe, Hamburg · Buchhandlung 2 Antiquariat Renner, Albstadt · Christian für den Sozialismus, BRD und West-Berlin · Christliche Initiative Romero, Münster · Der andere Buchladen, Köln · de Boer Hans A., Duisburg · Die Grünen, Ortsverband Grevenbroich · Die Naturfreunde-Bundesleitung · Divimbo, Verein, Mainz · DKP, Parteivorstand · Dritte Welt · A.L.G., Marburg · Dritte Welt Laden, AK Dritte Welt e.V., Gelnhausen · Dritte Welt Haus, Bielefeld · Dritte Welt Haus, Frankfurt · Dritte Welt Laden, Kiel · Dritte Welt u. Buchladen, Witten · Duchrow Ulrich, Heidelberg · El Ejido, Hamburg · El Salvador-Komitee, Frankfurt · ESK, Frankfurt · Fedler, B., Düsseldorf · Forum Lateinamerika e.V., Kleve · Frenz, Helmut, Hamburg · Frontal Magazin, Bonn · Freunde Martin Niemöllers · Hospicio Granada e.V., West-Berlin · GAL, Göttingen · Grube, Birgit, SPD Stadträtin, München · Grünen, Kreisverband Göttingen · Honduras Komitee, Hamburg · Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal · Informationsstelle Lateinamerika, Bonn · Liberacion e.G., Lehrte · Karola

Bloch, Tübingen · Lateinamerika Komitee e.V., Duisburg · Lateinamerika Komitee, Nürnberg · Lateinamerika Nachrichten, West-Berlin · Lateinamerika Nachrichten/EDCL, West-Berlin · Mittelamerika Komitee, Freiburg · Mittelamerika Komitee, Münster · Mittelamerikasolidarität (MAS), Berlin · Müller, Dieter, Medico International, Frankfurt · Nicaragua AG Leoben e.V., Nicaragua AK, Moers · Nicaragua Arbeitskreis der DGB-Jugend, Hessen · Nicaragua Bananen e.V., Gelnhausen · Nicaragua Hilfe Bonn · Nicaragua Initiative der Uni Hamburg · Nicaragua Initiative Gymnasium Rehstedt, Hamburg · Nicaragua

Die Wahl zwischen der FSLN und dem Rechtsbündnis U.N.O. ist die Wahl zwischen Revolution und Konterrevolution.

Initiative Gesamtschule Mummelmannsberg, Hamburg · Nicaragua Initiative Elmshorn · Nicaragua Initiative, Neu-Isenburg · Nicaragua Initiative Erich-Kästner-Gesamtschule, Hamburg · Nicaragua Initiative Jahnschule, Hamburg · Nicaragua Gruppe, Kiel · Nicaragua Komitee Aschaffenburg · Nicaragua Komitee West-Berlin · Nicaragua Verein Hamburg · Nicaragua Komitee, Frankfurt · Nicaragua Komitee Hamburg · Nicaragua Komitee, Hannover · Nicaragua Koordinationsbüro für Friedens und Gerechtigkeit, München · Quadrux Buchladen, Hagen · Pulstina Komitee, Mainz · Paraguay AG e.V., Mönchengladbach · Pax Christi Hamburg · Prof. Dr. Marie Velt, Marburg · Prof. Norbert Greinacher, Tübingen · Projektgruppe "Daniel Pacheco", Hamburg · Puerto Morazan e.V., Oberhausen · Redaktion Barricada Internacional, Bonn · Reimer Paul, Göttingen · Schönherr, Dietmar · Sozialistischer Hochschulbund, Bundesvorsitz, Köln · Dorothée, Hamburg · Sozialistisches Büro, Hamburg · Städtefreundschaft Frankfurt-Granada · Städtepartnerschaftsinitiative Charlotteburg-Ciudad Sandino · Städtepartnerschaftsinitiative Linotepe/Marburg · Stiller Frieder · Sabine, Frankfurt · Sträfvollzugsinitiativen, Uralia Siegmayer, Pforzheim · Tupac Amaru, Bremen · Vereinigte Sozialistische Partei (VSP), Köln · Verein Helft Nicaraguas Kindern · Verein für Städtepartnerschaft Freiburg · Wille und Fraundeskreis Tonio Pfau, Freiburg · Verein Städtepartnerschaft Bremen-Corinto · Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Berlin · San Rafael, Berlin · Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Nürnberg-San Carlos · Verein zur Wissenschaftsförderung GfK-Nicaragua e.V., Kassel · VVN-Bund der Antifaschisten, Hamburg · Verein Monimbo, Dietzenbach